

# Befehlsblatt

Ausgabe A

## des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 28

Berlin, den 4. Juli 1942

3. Jahrgang



### Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

**Dr. Hans Frittsch**, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt Reichenberg, im August 1941

**Kurt Spitzner**, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt München, im September 1941

**Dr. Arthur Vonach**, SS-Oberscharführer, SD-Abschnitt Innsbruck, im September 1941

**Herbert Köhnen**, SS-Unterscharführer, SD-Schule Bernau, im Oktober 1941

**Dr. Herbert Scholz**, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Reichenberg, im Oktober 1941

**Walter Grigoleit**, SS-Rottenführer, SD-Abschnitt Tilsit, im November 1941

**Rudolf Schramm**, SS-Scharführer, a. pl. Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder, im November 1941

**Werner Kröger**, SS-Oberscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im November 1941

**Simon Schmalz**, SS-Oberscharführer, SD-Abschnitt Klagenfurt, im September 1941

**Franz Schattschneider**, SS-Unterscharführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im November 1941

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

**Arthur Thätmeyer**, Aushilfsangestellter, Staatspolizeistelle Allenstein, im Dezember 1941

**Bruno Arndt**, Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle Berlin, im Januar 1942

**Karl Zimmermann**, SS-Scharführer, a. pl. Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Trier, im Januar 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

## Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

**Sicherheitspolizei u. SD.** RdErl. 26. 5. 42 Rückgabe unbrauchbarer Rundfunk-Sende- u. -Empfänger-Röhren. S. 162. — RdErl. 27. 5. 42 Suspendierung der Staatspol. Stelle Aachen u. des SD-Abschn. Köln; Wiedereinrichtung des SD-Abschn. Köln. S. 162. — RdErl. 8. 6. 42 Jüdisches Vermögen. S. 162. — RdErl. 8. 6. 42 Unfallfürsorge f. d. Beamten u. ihre Hinterbliebenen. S. 163. — RdErl. 17. 6. 42 Personalien der Lohnempfänger. S. 163. — RdErl. 19. 6. 42 Anwendbarkeit des Dienstgradangleichungserl. v. 1. 7. 41 bei Angleichungsbeförderungen von W(SD)-Angehörigen. S. 163. — RdErl. 20. 6. 42 Zentrale Lehrstoff- u. Lehrmittelsammlung des RSHA. S. 164. — RdErl. 22. 6. 42 Schlafwagenbenutzung bei Dienstreisen. S. 166. — RdErl. 23. 6. 42 Verfahren gegen Hochverräter in minder schweren, weit zurückliegenden Fällen. S. 167. — RdErl. 24. 6. 42 Vorübergehende Abkürzung des Vorbereitungsdienstes f. d. Anwärter des gehob. Verw. Dienstes der Sich.

Pol. S. 167. — RdErl. 24. 6. 42 W-Dienstgradbezeichnung. S. 167. — RdErl. 25. 6. 42 Erfassung von Laboratoriumsgeräten aus Platin u. Platinbeimetalen. S. 167. — RdErl. 25. 6. 42 Beschlagnahme von Druckschriften usw. S. 168. — RdErl. 27. 6. 42 Vereinfachung im Reise- u. Umzugskostenrecht. S. 168. — RdErl. 30. 6. 42 Höflichkeit in öffentlichen Verkehrsmitteln. S. 168. — RdErl. 30. 6. 42 Aufhebung des „Tages der Dt. Polizei“. S. 168.

**SD-Angelegenheiten.** RdErl. 26. 6. 42 Bearbeitung von Unterstützungsgesuchen von SD-Angehörigen. S. 168. — RdErl. 26. 6. 42 Wohnsitzwechsel von ehrenamtl. SD-Angehörigen. S. 169.

**W- u. Parteiangelegenheiten.** RdErl. 25. 6. 42 Mitarbeit in der NS-Frauenschaft. S. 169.

**Verschiedenes.** Vorübergehende Dienststellenverlegung. S. 169.

**Personalmitteilungen.** S. 170.

## Sicherheitspolizei und SD

**Rückgabe unbrauchbarer Rundfunk-Sende- und Empfänger-Röhren.**

RdErl. des RSHA. vom 26. 5. 1942

— II D 1 —

(1) Die stark angespannte Rohstofflage und die Schwierigkeiten beim Arbeitseinsatz zwingen zu weitgehender Verwertung der Altstoffe und der noch brauchbaren Einzelteile unbrauchbarer Röhren bei Neuanfertigung von Röhren. Aus diesem Grunde und um eine möglichst rationelle Auswertung sicherzustellen, ist es notwendig, daß die sogen. Ausschachtung der unbrauchbaren Röhren von den Herstellern vorgenommen wird.

(2) Damit die Rücksendung der unbrauchbaren Röhren in größeren Mengen an die betreffenden Firmen zentral erfolgen kann, wird ersucht, die bei den einzelnen Dienststellen lagernden defekten Röhren an das RSHA. — II D 11, Technisches Labor, Berlin — einzusenden.

(3) Bei Neuanforderung von Röhren ist die defekte Röhre einzusenden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 162.

**Suspendierung der Staatspolizeistelle Aachen und des SD-Abschnitts Aachen. Wiedereinrichtung des SD-Abschnitts Köln.**

RdErl. des ChdSPudSD. vom 27. 5. 1942

— II A 1 Nr. 868 III/41-168 —

(1) Im Anschluß an den RdErl. vom 30. 5. 1941 II A 1 (neu) Nr. 423/41-168 — (nicht veröffentl.) wird die Staatspolizeistelle Aachen bis auf weiteres voraussichtlich für die Dauer des Krieges — mit Wirkung vom 1. 7. 1942 suspendiert und in eine Staatspolizei-Außendienststelle umgewandelt. Die Außendienststelle Aachen wird der Staatspolizeistelle Köln unterstellt, der auch die Grenzpolizeikommissariate nebst Grenzpolizeiposten und Nebenstellen des bisherigen Staatspolizeibezirks Aachen unmittelbar zugeteilt werden.

(2) Gleichzeitig wird die durch RdErl. vom 30. 5. 1941 — II A 1 (neu) Nr. 423/41 — (nicht veröffentl.)

angeordnete Suspendierung des früheren SD-Abschnitts Köln mit Wirkung vom 1. 7. 1942 aufgehoben und im Austausch dafür mit Wirkung vom gleichen Tage der SD-Abschnitt Aachen unter Umwandlung in eine SD-Hauptaußenstelle suspendiert. Der Dienstbereich des bisherigen SD-Abschnitts Aachen geht auf den neu gebildeten SD-Abschnitt Köln über. Die Führung des SD-Abschnitts Köln übernimmt der W-Sturmchef Hennieke. Der Erl. vom 6. 6. 1941 — II A 1 (neu) Nr. 423/41-168 — (nicht veröffentl.) betr. Suspendierung des SD-Abschnitts Köln ist damit hinfällig geworden.

(3) Für die Durchführung der organisatorischen Maßnahmen aus Anlaß der Suspendierung der beiden Dienststellen in Aachen gelten die RdErl. vom 30. 5. 1941 — II A 1 (neu) Nr. 423/41-168 — und vom 20. 6. 1941 — II A 1 (neu) Nr. 423 IX/41-168 — (beide nicht veröffentl.) sinngemäß.

(4) Die Staatspolizeistelle Aachen wird als Kassenanschlagstelle nachträglich mit Wirkung vom 1. 4. 1942 aufgehoben. Bei der Überleitung der Wirtschaftsgeschäfte auf die Staatspolizeistelle Köln ist der Erl. vom 12. 6. 1941 — S II C 1 Nr. 295/41-227 — (nicht veröffentl.) sinngemäß anzuwenden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 162.

**Jüdisches Vermögen.**

RdErl. des RSHA. vom 8. 6. 1942

— II A 5 Nr. 20 VI/42-212-5 —

Nachstehenden Erlaß des Reichsmin. der Finanzen gebe ich zur Beachtung bekannt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 162.

**Anlage:**

Der Reichsminister der Finanzen  
O 5210 — 2087 VI

Berlin W 8, am 23. 5. 1942.  
Wilhelmplatz 1/2

Verwaltung und Verwertung des eingezogenen und verfallenen Vermögens, Nachforschungen



gemeindlichen Pfandleihanstalten im Reich und bei der Zentralstelle in Berlin nach Erlösen aus der Verwertung von Wertgegenständen.

Die Staatspolizeistellen und die Oberfinanzpräsidenten stellen nach der Abschiebung oder Auswanderung von Juden oft fest, daß diese Juden nach der 3. Ordnung auf Grund der VO. über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 21. 2. 1939 (RGBl. I S. 282) Wertgegenstände aus Edelmetallen, Juwelen, Edelsteinen und Perlen an die gemeindlichen Pfandleihanstalten abgeliefert haben. Die aufgefundenen Unterlagen geben in den meisten Fällen keinen Aufschluß über die Entschädigungszahlungen. Es werden deshalb Nachforschungen bei den gemeindlichen Pfandleihanstalten oder bei der Städtischen Pfandleihanstalt in Berlin — Zentralstelle — angestellt.

Ich bemerke dazu das folgende:

Die Entschädigungen für die abgelieferten Wertgegenstände sind den Juden in sehr vielen Fällen bereits ausgezahlt worden. Ein Teil der Entschädigungen konnte nicht ausgezahlt werden, weil die Berechtigten inzwischen abgeschieden oder ausgewandert sind. Diese Beträge sind gemäß § 3 der 11. VO. zum Reichsbürgergesetz vom 25. 11. 1941 dem Reich verfallen. Sie sind von den gemeindlichen Pfandleihanstalten im Reich der Zentralstelle in Berlin überwiesen worden. Die Zentralstelle hat diese Beträge an die Reichshauptkasse abgeführt.

Es ist zur Vermeidung unnötiger Verwaltungsarbeit demgemäß nicht mehr erforderlich, bei den gemeindlichen Pfandleihanstalten oder bei der Zentralstelle in Berlin nach dem Verbleib von Entschädigungen für die von den Juden abgelieferten Wertgegenstände zu forschen und die Überweisung von Entschädigungsbeträgen zu beantragen, die dem Reich verfallen sind.

Die Erlöse für Wertgegenstände, die der Zentralstelle von den Oberfinanzpräsidenten zur Verwertung übergeben worden sind, werden von der Zentralstelle dem zuständigen Oberfinanzpräsidenten weiterhin überwiesen werden.

An die Oberfinanzpräsidenten — außer Prag—.

#### Unfallfürsorge für die Beamten und ihre Hinterbliebenen.

RdErl. des RSHA. vom 8. 6. 1942  
— II C 2<sup>1</sup> Nr. 696/42-282 —

(1) Ein Fall der Nichtdurchführung gibt mir Veranlassung, auf das Dritte Gesetz zur Änderung des DBG. vom 21. 10. 1941 (RGBl. I S. 646) und den RdErl. vom 18. 11. 1941 (MBliV. S. 2059) hinzuweisen. Hiernach sind die Versorgungsbezüge der aus Anlaß eines Dienstunfalls ausgeschiedenen Beamten und deren Hinterbliebenen neu zu berechnen.

(2) Ich ersuche, soweit noch nicht geschehen, dies unverzüglich nachzuholen und mir einen Durchschlag der Versorgungsnachweisungen zur Kenntnisnahme zu übersenden.

(3) Falls neben der Unfallversorgung noch von den Versorgungsämtern Renten gezahlt werden, ist diesen unter Übersendung einer Versorgungsnachweisung die Höhe der jetzigen Versorgungsbezüge mitzuteilen.

An die Regelungsbehörden der Sicherheitspolizei.  
— Befehlsblatt S. 163.

#### Personalien der Lohnempfänger.

RdErl. des RSHA. vom 17. 6. 1942  
— II C 1 Nr. 3244/42-291-3 —

Die Meldungen über Einstellung und Entlassung von Lohnempfängern sind in Zukunft nicht mehr vorzulegen. Desgleichen ist von der Vorlage der Karteikarten von diesen Gefolgschaftsmitgliedern abzusehen.

An die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 163.

#### Anwendbarkeit des Dienstgradangleichungserlasses vom 1. 7. 1941 bei Angleichungsbeförderungen von # (SD)-Angehörigen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 19. 6. 1942  
— I A 1 a Nr. 114/42 I —

Im Anschluß an den RdErl. vom 1. 4. 1942 — I A 1 a Nr. 114/42 — (nicht veröffentl.) über die Anwendbarkeit des Dienstgradangleichungserlasses vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — (nicht veröffentl.) auf die Einkleidung von Angehörigen der SichPol., die nicht der # angehören, folgen nachstehend Ausführungsbestimmungen zu den Angleichungsbeförderungen von #-Angehörigen gemäß dem Dienstgradangleichungserlaß vom 1. 7. 1941, die neben der Beseitigung noch bestehender Unklarheiten einige erforderlich gewordene Ergänzungen dieses Erlasses bringen.

#### Angleichungsbeförderungen von # (SD)-Angehörigen.

(1) Der Dienstgradangleichungserlaß vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — stellt eine Kannbestimmung dar.

(2) Angehörige der Sich.Pol., die der # angehören, können hiernach #-mäßig bis zu jenen #-Dienstgraden befördert werden, die ihren Dienstgraden in der Sich.Pol. entsprechen. Hierbei wird selbstverständlich vorausgesetzt, daß sich der betreffende Angehörige der Sich.Pol. durch seine Gesamthaltung einer Beförderung würdig gezeigt hat und von seinen Dienstvorgesetzten zu dieser Beförderung vorgeschlagen wird. Ein Anspruch auf eine derartige Beförderung besteht nicht. Daraus ergibt sich die selbstverständliche Folgerung, daß kein SD-Angehöriger sich die nach dem Angleichungserlaß als erreichbar bezeichneten #-Dienstgradabzeichen selbständig anlegen kann. Weiterhin ergibt sich daraus, daß nur der für Beförderungen in den entsprechenden Dienstgrad zuständige Vorgesetzte durch Unterzeichnung der entsprechenden Ernennungsurkunde die Voraussetzungen für die Anlegung der entsprechenden Dienstgradabzeichen schaffen kann.

(3) Ein Angehöriger der Sich.Pol., der nach den Angleichungsrichtlinien #-mäßig zu einem #-Führer-dienstgrad angeglichen werden kann, wird nicht erwarten dürfen, daß er unmittelbar nach seiner Aufnahme in die Schutzstaffel und nach erfolgreichem Besuch eines #-Führerlagers sofort zum Angleichungsdienstgrad befördert wird. Im allgemeinen wird zunächst ein niedrigerer #-Dienstgrad verliehen und erst nach einer angemessenen Wartezeit die Einstufung in den #-Dienstgrad vorgenommen werden, der dem Beamtendienstgrad entspricht.

(4) Im einzelnen wird zu den nachbezeichneten Abschnitten der Anlage zum RdErl. vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — folgendes ausgeführt:

## Abschn. I (1) 2 a:

Hierunter fallen auch solche Angehörige der Sich.Pol., die in den Alpen- und Donau-Reichsgauen und im Sudetengau in Sinne der RdErl. des RMdI. vom 7. 9. 39 (MBliV. S. 541) und vom 14. 9. 39 (MBliV. S. 1889) als verdiente Nationalsozialisten gelten.

## Abschn. I (1) 2 a—c:

(1) Die Voraussetzungen von a und b und die Einschränkung zu c beziehen sich auf die Dienstgradangleichung, nicht aber auf die Aufnahme in die #, d. h. der Bewerber der Sich.Pol. kann sofort in die Schutzstaffel aufgenommen werden, wenn die Ziff. 1 erfüllt ist.

(2) Die volle Angleichung an den dem Beamten dienstgrad entsprechenden Führerdienstgrad kann nur dann vor Ablauf der dreijährigen Zugehörigkeit zur Sich.Pol. (Abschn. I (1) 2 c) ausgesprochen werden, wenn sie der Chef der Sich.Pol. u. des SD aus dienstlichen Notwendigkeiten für erforderlich hält.

## Abschn. II 3:

Der Absatz (3) erhält folgende Fassung:

Die Angehörigen der Sich.Pol. können bis zu jenem #-Dienstgrad befördert werden, der ihrem Beamten dienstgrad oder ihrer Stellung als Angestellte entspricht.

## Abschn. II 4:

(1) Die Angleichungen an den in III 1, III 6 und IV 1 vorgesehenen #-Dienstgrad setzen, wie oben bereits erwähnt, ausnahmslos in allen Fällen eine #-mäßige Beförderung in diesen Dienstgrad voraus.

(2) Ehemalige Angehörige anderer Formationen (SA, NSKK oder NSFK) können entgegen der Anordnung im Abschn. II Abs. 1 des RdErl. über die Dienstgradangleichung vom 23. 6. 1938 (MBliV. S. 1098), auch wenn ihr Dienstgrad in diesen Gliederungen höher war, nur bis zu dem #-Dienstgrad übernommen werden, der dem Angleichungsdienstgrad ihrer Stellung in der Sich.Pol. oder dem SD entspricht.

## Abschn. III 1:

(1) Die Dienstränge der Polizeigefängnisverwalter und der Polizeigefängnisoberverwalter sind hinzuzufügen.

(2) Es entsprechen bei Beamten der Sich.Pol. der Polizeigefängnisverwalter:  
dem #-Sturmscharführer  
bis #-Untersturmführer,  
der Polizeigefängnisoberverwalter:  
dem #-Untersturmführer.

Die Sekretäre und Polizeigefängnisverwalter, die Kriminalangestellten mit 3300 RM und 3600 RM jährlicher Grundvergütung und die Büroangestellten der Vergütungsgruppe VI TO. A sind bis zum #-Sturmscharführer anzugleichen. Sie können, wenn sie die Beförderung zum #-Untersturmführer anstreben, nach den Bestimmungen der Befehle des Chefs der Sich.Pol. u. des SD vom 29. 4. 1940 (I F 1 e Nr. 1075/40 — (nicht veröffentl.) und vom 4. 5. 1940 — I F 1 e Nr. 1907/40 (Befehlsbl. S. 7) — zur Teilnahme an einem #-Führerlager zugelassen und nach festgestellter Eignung sowie nach einer Mindestdienstzeit von drei Jahren als Sekretär usw. als #-Untersturmführer angeglichen werden.

(3) Zur Beseitigung aller Zweifel wird nochmals hervorgehoben, daß Amtmänner, Polizeiräte,

Kriminalräte und Kriminalkommissare nicht automatisch nach dreijähriger Tätigkeit als Amtmann, Polizeirat, Kriminalrat oder Kriminalkommissar zum #-Sturmbannführer bzw. #-Hauptsturmführer angeglichen werden. Auch in diesen Fällen ist vielmehr die Erreichung des höheren #-Dienstgrades von einer #-mäßigen Beförderung abhängig. Ein selbständiges Anmaßen des höheren #-Dienstgrades hat daher zu unterbleiben.

## Abschn. III 2:

In der dritten Zeile ist vor Kriminalkommissaranwärter das Wort Polizeinspektoranwärter einzufügen.

## Abschn. IV (1):

(1) Dieser Abschnitt erhält bis zu der Rubrik „Geschäftsführer usw.“ einschl. folgende Fassung: „Es entsprechen bei den hauptamtlichen Angehörigen des SD/RF#

die Hilfskräfte dem #-(Staffel-)Unterscharführer bis #-(Staffel-)Sturmscharführer,

die Geschäftsführer von SD-Außenstellen (Untersturmführer-Planstellen) dem #-(Staffel-)Hauptsturmscharführer bis #-Untersturmführer.“

(2) Nach 3jähriger Tätigkeit kann der #-Hauptsturmscharführer zum #-Sturmscharführer im SD befördert werden. Die Beförderung zum #-Sturmscharführer im SD ist vom Inspekteur bzw. Befehlshaber auszusprechen. Für Kraftfahrer im SD bleibt der Dienstgrad des #-Hauptsturmscharführers der Enddienstgrad.

## Abschn. IV (2) b:

Der letzte Satz „Ausnahmen sind dem RF# vorbehalten“ ist zu streichen. Dafür ist als neuer Absatz einzufügen.

„Die Beförderung in einen nächsthöheren #-Dienstgrad kann frühestens drei Jahre nach der letzten Beförderung erfolgen. In Fällen besonderer Bewährung und Befähigung kann diese Frist um eine angemessene Zeit verkürzt werden.“

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 163.

## Zentrale Lehrstoff- und Lehrmittelsammlung des RSHA.

RdErl. des RSHA. vom 20. 6. 1942

— I B 3 (e) Nr. 6155/42-250 —

## I.

Beim Reichssicherheitshauptamt ist eine „Zentrale Lehrstoff- und Lehrmittelsammlung des Reichssicherheitshauptamtes“

mit folgenden Aufgaben eingerichtet worden:

- A. Erstellung der Richtlinien und Grundlagen für die Einrichtung, den einheitlichen Aufbau und die laufende weitere Ausgestaltung
  1. der für die Ausbildung notwendigen Lehrstoffsammlungen der Schulen der Sich.Pol. u. des SD,
  2. der für
    - a) die Vorausbildung in den Standorten,
    - b) die Ausbildung in den Schulen der Sich.Pol. u. des SD
 notwendigen Lehrmittelsammlungen,
  3. der Lehrstoff- und Lehrmittelsammlung der (neuen) Führerschule der Sich.Pol. u. des SD.



- B. Vorbereitung des nach Kriegsbeendigung vorgesehenen Aufbaus einer ständigen Lehrschau des Reichssicherheitshauptamtes, die den Besuchern des In- und Auslandes vor allem allen mit der Sicherheitspolizei zusammenarbeitenden Stellen des Staates und der Partei einen Einblick in die Aufgaben und Tätigkeit, den Aufbau und den Leistungsstand der Sich.Pol. u. des SD als Körper des Staatsschutzkorps geben soll.

## II.

Die Lehrstoffsammlung umfaßt folgende Gebiete:

- Politisch-weltanschauliche und H-mäßige Erziehung,
- Menschenbeurteilung und Menschenführung,
- Deutsche Lebensgebiete,
- Volk, Staat, Recht,
- Polizeiwesen (einschl. der wirtschaftlichen Angelegenheiten der Polizei),
- Kriminalwissenschaften (einschl. Strafrecht),
- Gegnerbekämpfung,
- Raum und Politik, Auslandskunde,
- Deutscher Lebensraum, besetzte Gebiete,
- Verschiedenes.

Die Lehrmittelsammlung ist entsprechend gegliedert.

## III.

Die „Zentrale Lehrstoff- und Lehrmittelsammlung des RSHA.“ hat sämtliches für Lehrzwecke der Sich.Pol. u. des SD geeignete Material zu erfassen, zu sammeln und auszuwerten.

Als Lehrmittel kommen in Betracht:

## A. Schriftmaterial.

1. Einzelvorgänge, z. B. Aktenauszüge, Aktenhinweise, Aufsätze, Ausschnitte von Veröffentlichungen, Berichte, Gutachten, Urteile usw.;

2. abgeschlossene Akten des Vollzugsdienstes, des SD und des Verwaltungsdienstes.

Sie sollen in den Übungen zur Ergänzung der theoretischen Unterweisung als Lehrmaterial Verwendung finden und damit zu einem lebensnahen Unterricht beitragen, ferner für Prüfungszwecke und, soweit es sich um anschaulich darstellbare Vorgänge handelt, für die Lehrmittelsammlung ausgewertet werden.

- B. Schaubilder (Übersichtstafeln und andere zeichnerische Darstellungen), Karten und Lichtbilder.

- C. Anschauungsgegenstände (Originalstücke und Nachbildungen).

- C. Diapositive, Filme usw.

Das verwertbare Material der bisherigen Lehrmittel- und Lehrstoffsammlung der Führerschule der Sich.Pol. ist von der „Zentralen Lehrstoff- und Lehrmittelsammlung des RSHA.“ übernommen worden.

## IV.

- (1) Zur Durchführung dieser Aufgaben ist eine rege Mitarbeit aller Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD unerlässlich.

- (2) Die bisherigen Anordnungen über eine Zuleitung von Lehrmaterial an die Führerschule der Sich.Pol. haben nicht die notwendige Beachtung gefunden, obwohl jede Förderung der Ausbildung des Nachwuchses gerade wieder der Praxis zugute kommt. Soweit da einzelne Dienststellen das Be-

streben hatten, wertvolles Lehrmaterial für den eigenen Gebrauch zurückzuhalten, ist dies verständlich, aber mit dem Ziel einer zentral gesteuerten reichseinheitlichen Ausbildung des gesamten Nachwuchses der Sich.Pol. u. des SD nicht vereinbar.

- (3) Ich mache es nunmehr allen Dienststellenleitern persönlich zur Pflicht, laufend und unaufgefordert die bei den Dienststellen vorhandenen, anfallenden oder sonst bekannt werdenden geeigneten Lehrmittel unter Bezugnahme auf diesen Erlaß an folgende Anschrift

Reichssicherheitshauptamt, Ref. I B 3 (e)

— Zentrale Lehrstoff- und Lehrmittelsammlung —

Berlin-Charlottenburg V —  
Schloßstraße 1

zu leiten. Daneben sind auch Anregungen für die Ausgestaltung der Sammlung (eigene Entwürfe der Dienststellen, Hinweise auf im freien Handel erhältliche Lehrmittel, wertvolle örtliche Lehrsammlungen anderer Berufszweige usw.) erwünscht.

- A. Das Lehrmaterial, das sich bei den Dienststellen der Sicherheitspolizei (vor allem der Kriminalpolizei) in bereits bestehenden Sammlungen befindet, ist eingehend zu überprüfen. Besonders eindrucksvolles oder wegen seiner Eigenart, Einmaligkeit oder sonst wertvolles Material ist gleichfalls an das RSHA. abzugeben.

In allen Sammlungen wird bei dem zur Verwendung geeigneten Lehrmaterial die einsendende Dienststelle durch entsprechende Beschriftung namhaft gemacht, so daß die Mitarbeit, gute Leistungserfolge usw. der einzelnen Dienststellen zugleich eine verdiente Herausstellung erfahren.

- Über die Einrichtung von Lehrmittelsammlungen in den Standorten und deren Ausgestaltung ergeht ein späterer Erlaß.

- B. Auf Material, das nicht dem Verfügungsrecht der Sich.Pol. u. des SD unterliegt und von dem auch Ab- oder Nachbildungen nicht angefertigt werden können, ist das RSHA. unter kurzer Angabe des Inhalts, des Aktenzeichens und der verfügungsberechtigten Behörde aufmerksam zu machen.

- C. Ebenso ist dem RSHA. von Material, dessen Eignung zweifelhaft oder dessen Versendung umständlich ist, Mitteilung zu machen und die Entscheidung abzuwarten.

- (4) Bei Besichtigungen werde ich darauf achten lassen, daß meine Anordnungen überall und in vollem Umfange befolgt werden.

- (5) Die Verpflichtung zur Erfassung von zu Lehrzwecken geeignetem Material lege ich auch den Befehlshabern, Kommandeuren und den Chefs der jeweiligen Einsatzgruppen und -kommandos der Sich.Pol. u. des SD auf.

## V.

- (1) Die Kosten für den Auf- und Ausbau der zentralen Lehrstoff- und Lehrmittelsammlung fallen

- a) Einzelplan V Kap. 14 a Titel 34 Untert. 10 und

- b) Einzelplan V Kap. 14 Tit. 34 Untert. 10

zu gleichen Teilen zur Last.

- (2) Zahlung und Verrechnung erfolgt durch folgende Kassenanschlagstellen:

1. zu a): durch die Führerschule der Sicherheitspolizei, Berlin-Charlottenburg,

2. zu b): durch den Polizeipräsidenten in Berlin.

Die Kostenrechnungen sind den vorstehend genannten Kassenanschlagstellen durch das RSHA. — Ref. I B 3 — unter Bezugnahme auf diesen Erlaß zur weiteren Veranlassung zuzuleiten. Soweit es sich um Gegenstände handelt, die in Bestandsbüchern nachzuweisen sind, erfolgt Verrechnung durch das RSHA. — I B 3 —.

## VI.

Die nachstehenden Erlasse werden hiermit aufgehoben:

- Erl. des MdI. vom 6. 3. 1930 — II F 101 Nr. 1 III/39 —,  
 Erl. des MdI. vom 15. 12. 1932 — II F 101 Nr. 7 II/32 —,  
 Erl. des RuPrMdI. vom 2. 3. 1934 — II F 1 d Nr. 1/34 — u.  
 Erl. des RFHuChdDtPol. im RMDI. vom 14. 4. 1937 — S V 5 Nr. 2987/37-422-1 —.

An  
 Sicherheitspolizei u. SD,  
 nachrichtlich (durch Abdruck):  
 an den Pol.Präsidenten in Berlin,  
 an das Hauptamt Ordnungspolizei — O.VuR. 6 —.

— Befehlsblatt S. 164.

## Schlafwagenbenutzung bei Dienstreisen.

RdErl. des RSHA. vom 22. 6. 1942  
 — II C 2\* Nr. 2300/42-297-1 —

Nachstehenden Erl. des Reichsverkehrsministers vom 6. 6. 1942 — 15 Vpsch 32 — über Schlafwagenbenutzung bei Dienstreisen gebe ich zur Beachtung bekannt. Innerhalb der Sich.Pol. u. des SD sind die vorgeschriebenen Bescheinigungen zur Erlangung eines Schlafwagenplatzes von dem die Dienstreise genehmigenden Beamten oder H-Führer zu vollziehen.  
 An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 166.

## Anlage:

Der Reichsverkehrsminister  
 15 Vpsch 32

Berlin W 8, den 6. 6. 1942.

(1) Um bei der starken Nachfrage nach Schlafwagenplätzen in erster Linie den notwendigsten Bedarf für dringende kriegswichtige Dienst- und Geschäftsreisen berücksichtigen zu können, sehe ich mich veranlaßt, ab 15. 6. 1942 eine neue Regelung des Bettkartenverkaufs für die 1. und 2. Klasse durchzuführen. Von diesem Zeitpunkt ab werden Bettplätze 1. und 2. Klasse in den vorgesehenen 10 Vorverkaufstagen bei Reisen im Auftrage einer Behörde, Parteistelle oder Firma nur noch gegen die besondere schriftliche Bestätigung dieser Stellen, bei anderen Reisen gegen eine eigene schriftliche Erklärung, abgegeben, daß es sich um eine dringende kriegswichtige Dienst- oder Geschäftsreise handelt und daß die Schlafwagenbenutzung dringend erforderlich ist. Soweit die Bestellung der Bettkarte von einer Behörde, Parteistelle oder Firma ausgeht, muß die schriftliche Bestätigung folgenden Wortlaut haben:

„Der Bettplatz wird für eine dringende kriegswichtige Dienstreise — Geschäftsreise — benötigt. Die Schlafwagenbenutzung ist auch unter Berücksichtigung der kriegswichtigen Aufgaben der Deutschen Reichsbahn dringend erforderlich und nach den erlassenen Anordnungen zulässig.“

(2) Für die schriftliche Erklärung, die insbesondere für freie Berufe und für Freischaffende in Frage

kommen dürfte, werden bei den Verkaufsstellen Vordrucke mit folgendem Wortlaut bereitgehalten:

„Ich erkläre, daß der für die Nacht vom  
 . . . . . zum . . . . .  
 für . . . . .  
 (Name und Wohnung)

bestellte Schlafwagenplatz im Schlafwagen  
 . . . . . / . . . . .  
 für eine dringende kriegswichtige Dienstreise — Geschäftsreise — benötigt wird und daß die Benutzung des Schlafwagens zur Erfüllung der gestellten Aufgabe dringend erforderlich ist.

Es ist mir bekannt, daß die Benutzung der für solche Reisen vorgesehenen Bettplätze zu Fahrten aus persönlichen Gründen (Erholung, Besuch usw.) als Beeinträchtigung der Kriegsaufgaben der Deutschen Reichsbahn angesehen werden kann und auch nach § 82 der Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung strafbar ist.

. . . . . , den . . . . .  
 „  
 (Unterschrift)

(3) Bei Reisen in das Ausland genügt an Stelle der schriftlichen Erklärung auch die Vorlage des mit Ausreisevisum versehenen Reisepasses.

(4) Für Reisen aus persönlichen Gründen (Erholung, Besuch usw.) werden etwa noch verfügbare Bettkarten 1. und 2. Klasse erst ab 15 Uhr des Reisetages, für Reisen am Sonnabend oder Sonntag ab 12 Uhr des Sonnabends verkauft. Vorbestellungen auf solche Bettkarten werden nicht angenommen.

(5) Schwerekriegsbeschädigte mit amtlichem Ausweis und Verwundete können ihre Bestellungen auch weiterhin innerhalb der zehntägigen Vorverkaufsfrist gegen Vorlage eines amtlichen Ausweises über die Eigenschaft als Schwerekriegsbeschädigter oder einer Bescheinigung des Lazarets oder des Truppenarztes erbringen; sie werden nach Möglichkeit bei der Bettplatzuteilung bevorzugt berücksichtigt.

(6) Für Schwerkranke ist bei Verlegung in andere Krankenhäuser, Fahrten zur Operation usw. die Bettplatzbeschaffung den örtlichen zuständigen Reichsbahndirektionen übertragen.

(7) Die Bettkarten 3. Klasse sind von der Neuregelung zunächst ausgenommen; sie werden wie bisher vom 10. Tage vor dem Reisetage ab ohne Bescheinigung oder Erklärung verkauft.

(8) Der mit der neuen Einrichtung beabsichtigte Zweck, Sicherung der Schlafwagenplätze für wirklich dringende kriegswichtige Dienst- und Geschäftsreisen, kann nur erreicht werden, wenn alle Behörden, Parteistellen und Firmen sich bei der Bestellung von Schlafwagenplätzen äußerster Zurückhaltung auflegen und den Schlafwagen nur für die wirklich dringendsten Fälle in Anspruch nehmen. Für Reisen zur Kur und Erholung sowie bei Dienstreisen unmittelbar vor oder im Anschluß an den Erholungsurlaub oder an Besuchsreisen kann ein dringendes dienstliches oder geschäftliches Bedürfnis zur Inanspruchnahme der für kriegswichtige Dienst- und Geschäftsreisen vorgesehenen Bettplätze nicht anerkannt werden. Ich muß mir weitere Maßnahmen vorbehalten, wenn meiner Bitte auf starke Einschränkung der Schlafwagenbenutzung nicht entsprochen wird.

(9) Ich wäre dankbar, wenn die Neuregelung den nachgeordneten Stellen beschleunigt mit dem ausdrücklichen Hinweis auf Unterlassung aller nicht unbedingt erforderlichen Schlafwagenreisen bekanntgegeben und dabei noch darauf aufmerksam gemacht



würde, daß Firmen, denen die Unwichtigkeit abgegebener Bestätigungen nachgewiesen werden kann, zur Verantwortung gezogen und von der Bettplatz-zuteilung ausgeschlossen werden.

**Verfahren gegen Hochverräter in minderschweren, weit zurückliegenden Fällen.**

RdErl. des RSHA. vom 23. 6. 1942

— IV A 1 Nr. 1134/42 —

(1) Nachstehend gebe ich die Verfügung des Reichsmin. der Justiz vom 4. 6. 1942 — 4021-IV a 1 15/42 — an die Generalstaatsanwälte bekannt:

„In letzter Zeit mußten häufig Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat, die gegen festgenommene Emigranten anhängig geworden sind, auf nicht flüchtig gewordene Personen erstreckt werden, die zwar mit den Emigranten gemeinsam als Mitläufer oder Verführte illegal tätig geworden sind, aber bereits im Laufe des Jahres 1933 oder Anfang 1934 ihre hochverräterische Betätigung aus freien Stücken eingestellt, sich in der Folgezeit politisch einwandfrei geführt und teilweise sogar für die Bewegung gearbeitet haben.“

Unter der Voraussetzung, daß die politische Wandlung einwandfrei festgestellt ist und daß es sich nicht um Überzeugungstäter, sondern um wirkliche Mitläufer handelt, die sich nach Art und Umfang der Straftat nur geringfügig betätigt haben, bitte ich im Einvernehmen mit dem Reichsführer- $\#$  u. Chef der Dt. Pol. im Hinblick auf die derzeitigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und die dringende Notwendigkeit zur Einschaltung aller verfügbaren Kräfte in den Arbeitsprozeß

1. von der Verhängung der Untersuchungshaft weitgehend abzusehen,

2. mir in den anhängigen Verfahren nach Urteilsverkündung und in den bereits abgeurteilten Sachen alsbald zur Gnadenfrage zu berichten. Die Stellungnahme der zuständigen Staatspolizei(leit)stelle zur Gnadenfrage ist wie bisher üblich einzuholen.“

(2) Ich bitte, die sachbearbeitenden Beamten zu unterrichten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 167.

**Vorübergehende Abkürzung des Vorbereitungsdienstes für die Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes der Sicherheitspolizei.**

RdErl. des RF $\#$ uChdDtPol. i. RMdI. vom 24. 6. 1942

— S I A 1 a Nr. 275 II/42 —

Mein RdErl. vom 21. 5. 1942 — O-VuR. Org. 192/42 — (MBIV. S. 1077) findet auch auf die Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes der Sich.Pol. sowie auf die zum Vorbereitungsdienst für die gehobene Laufbahn zugelassenen Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes der Sich.Pol. Anwendung.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 167.

**$\#$ -Dienstgradbezeichnung.**

RdErl. des RSHA. vom 24. 6. 1942

— S I A 1 a Nr. 411 I/42-351-20 b —

Der neue Dienstgrad des  $\#$ -Oberst-Gruppenführers ist auf Anordnung des Reichsführers- $\#$  zur Vermeidung

von Verwechslungen mit dem Dienstgrad des  $\#$ -Obergruppenführers wie folgt zu schreiben:  $\#$ -Oberst-Gruppenführer.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 167.

**Erfassung von Laboratoriumsgeräten aus Platin und Platinbeimetalen.**

RdErl. des RSHA. vom 25. 6. 1942

— II C 3 Nr. 2597/42-264-11 —

Nachstehende Anordnung der Reichsstelle für Edelmetalle vom 28. 5. 1942 zur Kenntnis. Alle hier-nach anmeldepflichtigen Geräte sind dem RSHA. bis zum 15. 7. 1942 anzuzeigen. Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 167.

Anlage:

**Anordnung Nr. 25**

**der Reichsstelle für Edelmetalle vom 28. Mai 1942**  
(Erfassung von Laboratoriumsgeräten aus Platin und Platinbeimetalen)

Auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr vom 18. August 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1430) in der Fassung der Verordnung vom 30. Oktober 1941 (Reichsgesetzbl. I S. 679) in Verbindung mit der Bekanntmachung über die Reichsstellen zur Überwachung und Regelung des Warenverkehrs vom 18. August 1939 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 192 vom 21. August 1939) wird mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers angeordnet:

§ 1

Laboratoriumsgeräte im Sinne dieser Anordnung sind Geräte, die zur Durchführung chemischer und physikalischer Untersuchungen oder zu anderen Zwecken dienen oder gedient haben, insbesondere Tiegel (einschließlich Deckel), Schalen, Elektroden, außer Geräten für Temperaturmessungen (wie Thermoelemente), ohne Rücksicht darauf, ob sich die Geräte in Laboratorien oder anderswo befinden.

§ 2

Wer Laboratoriumsgeräte aus Platin, Platinbeimetalen oder Legierungen dieser Metalle als ihm gehörend oder für einen anderen besitzt hat den Bestand an diesen Geräten der Reichsstelle für Edelmetalle, Berlin C 2, Breite Straße 8/9, bis zum 31. Juli 1942 auf von ihr vorgeschriebenen und bei ihr erhältlichen Formblättern zu melden.

§ 3

Solche Geräte dürfen nur mit Genehmigung der Reichsstelle für Edelmetalle veräußert werden. Genehmigungen zur Veräußerung solcher Geräte, die auf Grund der Anordnung Nr. 18 der Reichsstelle für Edelmetalle vom 13. September 1939 (Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 214 vom 14. September 1939) erteilt worden sind oder erteilt werden, gelten zugleich als Genehmigungen auf Grund dieser Anordnung.

§ 4

Die Reichsstelle für Edelmetalle kann den Eigentümern solcher Geräte aufgeben, sie an von ihr bezeichnete Unternehmer zu veräußern.

§ 5

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach den §§ 10, 12—15 der Verordnung über den Warenverkehr bestraft.

## § 6

Die Anordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie gilt auch für die eingegliederten Ostgebiete und die Gebiete von Eupen, Malmedy und Moersnet.

Berlin, den 28. Mai 1942.

Der Reichsbeauftragte für Edelmetalle.  
Forkel.

**Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereicht sind.**

RdErl. des RSHA. vom 25. 6. 1942  
— IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Strobl, K.H.: „Die Eier des Basilisken“, Verlag Gebr. Stiepel GmbH., Reichenberg;

Bonne, Georg: „Der gotische Mensch“, Robert Laurer-Verlag, Egestorf, Bez. Hamburg;

Selberg, August: „Hat Beten Zweck?“, Aussaat-Verlag, W.-Barmen, Besenbruchstraße 26;

Jung, Frau Elisabeth: „Wege zur Schönheit“, Herausgeber: Georg Nolter, München, Prinzregentenstr. 14;

Gottlieb, Albert: „Polen. Wanderungen eines Europäers“, Verlag Moritz Perles, Wien 1935;

Brenner, Wladimir: „Das Gottestheater“, Leopold Klotz-Verlag, Gotha 1931;

Saitschick, Robert: 1. „Errungene Lebenswahrheit“, 2. „Wirklichkeit und Vollendung“, 3. „Die Brücke zum Menschen“, 4. „Französische Skeptiker: Voltaire-Merimée-Renan“, 5. Vierteljährliche Fortsetzungsschrift „Lebenswahrheit“, sämtlich erschienen im Verlag Ernst Hoffmann, Darmstadt, Landskronstr. 79,

Meyer-Gmelin, Adolf: „Sing-Sang für Volk und Vaterland“, Verlag Gustav Köster, Heidelberg 1940.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 168.

#### Vereinfachung im Reise- u. Umzugskostenrecht.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 27. 6. 1942  
— S II C 2 Nr. 159/42-298 —

Durch einen in Vorbereitung befindlichen Erlaß des RMdI. werden u. a. die Kassenanschlagstellen

der Sich.Pol. ermächtigt werden, Trennungsschädigung bis zur Dauer von 36 Monaten in Zeitabständen von höchstens 12 Monaten selbständig zu bewilligen. — Ich ersuche, bereits jetzt hiernach zu verfahren.

An die Kassenanschlagstellen  
der Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 168.

#### Höflichkeit in öffentlichen Verkehrsmitteln.

RdErl. des RSHA. vom 30. 6. 1942  
— II A 1 Nr. 453/42-160 —

(1) Dem Führer ist berichtet worden, daß in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht immer die erforderliche Rücksichtnahme gegenüber Mitreisenden beobachtet wird, und zwar gerade von Personen, die zu einer vorbildlichen Haltung verpflichtet sind, wie Beamten, Wehrmatsangehörigen und Unterführern der Bewegung. Der Führer erwartet, daß diese Personen sich gegenüber kränklichen, gebrechlichen und älteren Reisenden und besonders gegenüber Frauen rücksichtsvoll und hilfsbereit verhalten. Zuwiderhandelnde haben harte Strafen zu erwarten.

(2) Diese Anordnung des Führers ist allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD zur unbedingten Beachtung bekanntzugeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 168.

#### Aufhebung des „Tages der Deutschen Polizei“.

RdErl. des RSHA. vom 30. 6. 1942  
— II A 1 Nr. 13 VIII/42-151 —

(1) Die außerordentliche Beanspruchung der deutschen Polizei in der Erfüllung zahlreicher Kriegsaufgaben, der Einsatz eines bedeutenden Teiles ihrer Kräfte an der Front oder im sonstigen auswärtigen Einsatz sowie der kriegsbedingte Rohstoffmangel zwingt dazu, von der alljährlichen Durchführung des „Tages der Deutschen Polizei“ bis auf weiteres Abstand zu nehmen.

(2) Unter Aufhebung des RdErl. vom 10. 1. 1942 — O-Kdo. I-Ia (1) 6 Nr. 4/41 u. II A 1 Nr. 2 VI/41-151 — (Befehlsbl. S. 9) und aller weiteren, im Zusammenhang mit der Durchführung des „Tages der Deutschen Polizei“ ergangenen Weisungen hat der Reichsführer-# u. Chef d. Dt. Pol. die Einstellung sämtlicher Vorarbeiten für weitere „Tage der Deutschen Polizei“ befohlen. Soweit sich aus der Durchführung vergangener Veranstaltungen noch Arbeiten ergeben, sind sie beschleunigt abzuwickeln und abzuschließen. Angesammelte Spendenbeträge sind sofort an die örtlich zuständigen Dienststellen des WHW. abzuführen.

(3) Die sonstige Mitarbeit der deutschen Polizei im KWHW. wird hierdurch nicht berührt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 168.

## SD-Angelegenheiten

**Bearbeitung von Unterstützungsgesuchen von SD-Angehörigen.**

RdErl. des RSHA. vom 26. 6. 1942  
— I A 6 Nr. 363/42 —

(1) Der Reichsschatzmeister der NSDAP. hat in der Anordnung vom 14. 9. 1941 — Nr. 49/41 — verfügt,

daß Gesuche um finanzielle Unterstützungen von hauptamtlich Angestellten der Partei und ihrer Gliederungen ausschließlich in seinem Dienstbereich — Amt VII (Sozialamt) — bearbeitet werden. Im Einverständnis mit dem Leiter des Sozialamtes sind die Anträge von den Inspektoren (Befehlshabern) der Sich.Pol. u. des SD dem zuständigen Gauschatzmeister



vorzulegen, der diese — soweit er nicht selbst entscheiden kann — dem Reichsschatzmeister der NSDAP. zuleitet.

(2) Die Verwaltungsführer bei den Inspektoren (Befehlshabern) der Sich.Pol. u. des SD, denen die Bearbeitung der Unterstützungsgesuche nach dieser Neuregelung mit sofortiger Wirkung übertragen wird, setzen sich wegen der mit der Vorlage der Unterstützungsgesuche im Zusammenhang stehenden grundsätzlichen Fragen (z. B. über die zu verwendenden Fragebogen usw.) mit dem zuständigen Gauschatzmeister in Verbindung.

(3) Der Reichsschatzmeister der NSDAP. hat in seiner Anordnung weiterhin darauf verwiesen, daß zur Durchführung zusätzlicher Maßnahmen in der Betreuung die NSV. tätig sein wird, soweit es sich um Gesuche handelt, die unmittelbar im Rahmen der Betreuungsmöglichkeiten der NSV. liegen (z. B. hinsichtlich der verschiedensten Arten der heil- und sonstigen gesundheitsfördernden Verschickungen). Die beteiligten Stellen sollen den Reichsschatzmeister zuvor jedoch über die vorliegenden Anträge unterrichten. Hierüber ist ebenfalls das Einvernehmen mit dem Gauschatzmeister herzustellen.

(4) Die vorstehende Regelung gilt auch für die ehrenamtlichen SD-Angehörigen, soweit sie Gesuche zur Vorlage bringen.

(5) Über die einmaligen Geburtsbeihilfen ergehen noch besondere Weisungen.

(6) Unter die vorstehende Regelung fallen nicht die Unterstützungsgesuche der verwundeten  $\mathbb{H}$ -Angehörigen und der Hinterbliebenen von gefallenem Angehörigen des SD, die dem Ref. I A 6 des RSHA. weiterhin vorzulegen sind (Erl. des RSHA. vom 19. 6. 1942 — I A 6 Nr. 1099/41 — \*). Hierzu wird bemerkt, daß die Gewährung von Unterstützungen an Hinterbliebene oder Verwundete erst dann in Frage kommt, wenn durch die sonstigen nach reichsrechtlichen Vorschriften vorgesehenen Fürsorge- und Versorgungseinrichtungen eine Abhilfe nicht geschaffen werden kann. Zu den Gesuchen ist seitens der Inspektoren (Befehlshaber) der Sich.Pol. u. des SD eingehend Stellung zu nehmen. Dabei ist die wirtschaftliche Notlage darzulegen und der für erforderlich gehaltene Unterstützungsbetrag in Vorschlag zu bringen. An die rechtzeitige Beantragung der Umstellungsbeihilfen wird nochmals erinnert (Erl. vom 8. 4. 1942 — I A 6 Nr. 427/42 —).

(7) Darlehen dürfen nach der Anordnung des Reichsschatzmeisters aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

(8) Die Unterstützungsgesuche für die Angehörigen des RSHA. sind nach wie vor beim Ref. I A 6 einzureichen. Die vom Reichsschatzmeister eingeführten Fragebogen stehen nur im beschränkten Umfang zur Verfügung und müssen in jedem Einzelfalle beim Ref. I A 6 im Dienstgebäude Hermann-Göring-Straße 5 (App. 449) angefordert werden.

An die SD-Dienststellen. — Befehlsblatt S. 168.

\*) Anmerkung: Der Erlaß kann aus technischen Gründen erst in einer Zeit zur Versendung gelangen.

## Wohnsitzwechsel von ehrenamtlichen SD-Angehörigen.

RdErl. des RSHA. vom 26. 6. 1942

— II A 1 Nr. 389/42-172 —

Nach Einrichtung der Zivilverwaltung in den durch das Deutsche Reich besetzten Gebieten haben zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter des SD (VM) ihren bisherigen Wohnsitz verändert, wodurch sie der Mitarbeit für den SD vorläufig entzogen worden sind. Im Interesse der Weiterführung der nachrichtendienstlichen Sacharbeit ist eine unverzügliche Aufnahme der Zusammenarbeit zwischen diesen Mitarbeitern und den für ihren jetzigen Aufenthaltsort zuständigen SD-Dienststellen dringend erwünscht. Es wird deshalb ersucht, die in die besetzten Gebiete abgeordneten ehrenamtlichen Mitarbeiter (VM) unter möglichst genauer Angabe des Namens und des Berufes, des bisherigen Aufenthaltsortes und des gegenwärtigen Aufenthaltsortes sowie der etwaigen neuen hauptberuflichen Dienststelle an das RSHA. (Ref. II A 1) zu melden. Von hieraus werden diese Angaben an die zuständigen Dienststellen in den besetzten Gebieten zur entsprechenden Veranlassung weitergeleitet.

An die SD-Dienststellen. — Befehlsblatt S. 169.

## $\mathbb{H}$ - u. Parteiangelegenheiten

Mitarbeit in der NS-Frauenschaft.

RdErl. des RSHA. vom 25. 6. 1942

— II A 1 Nr. 443/42-160 —

Der nachstehend abgedruckte Befehl des Reichsführers- $\mathbb{H}$  wird hiermit zur Bekanntgabe an alle  $\mathbb{H}$ -Angehörigen mitgeteilt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 169.

### Anlage:

Der Reichsführer- $\mathbb{H}$  Führerhauptquartier, 3. 6. 1942

Betr.: Zurverfügungstellung von Frauen für die Mitarbeit in der NS-Frauenschaft.

Die NS-Frauenschaft benötigt für die verantwortungsvolle Jugendarbeit noch zahlreiche Mitarbeiterinnen.

Ich wende mich an die Frauen, Bräute, Mütter und Schwestern der  $\mathbb{H}$ -Angehörigen und fordere sie auf, sich möglichst zahlreich bei den örtlichen Dienststellen der NS-Frauenschaft zur Mitarbeit zu melden.

gez. H. Himmler.

## Verschiedenes

### Vorübergehende Dienststellenverlegung.

Der Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in der Untersteiermark hat seinen Dienstsitz aus taktischen Gründen vorübergehend von Marburg/Drau nach Cilli, Grabenstr. 2, verlegt. Der Kommandeur ist in dringenden Fällen unter Fernruf: Cilli 159 erreichbar; außerdem ist FS-Anschluß vorhanden. Die Dienststelle in Marburg/Drau bleibt besetzt; in der Postübermittlung tritt keine Änderung ein.

(II A 1 Nr. 2030/41-151) — Befehlsblatt 1942 S. 169.

## Personalmitteilungen

### Inspekture, Befehlshaber

#### u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Oberst d. Pol.: die  $\#$ -Oberführer Huber (Insp. Wien) u. Naumann (Insp. Berlin, z. Zt. E.-Gr. B); zum Führer der E.-Gr. D (Simferopol):  $\#$ -Oberführer Oberst d. Pol. Bierkamp (Insp. Düsseldorf); zum Kdr. in Veldes:  $\#$ -Sturmchefführer Reg.u. Krim.Rat Vogt (RSHA. -IV).

Abgeordnet:  $\#$ -Oberführer Günther (Insp. Kassel) zum Höh.  $\#$ - u. Pol.-Führer Ukraine;  $\#$ -Obersturmchefführer Volkenborn (bisher Kdr. in Veldes) zur E.-Gr. D.

#### Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt:  $\#$ -Hauptsturmführer Reg.Assessor Girke (Berlin) nach Graz als Vertr. d. Leiters.

#### Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Krim.Inspector: die Krim.Ob.Sekretäre Jenkner (Brüx), Jehring (Hamburg), Dachselt (Leipzig) u. Albert Schulz (Gde.KP. Forst i. L.).

Abgeordnet: Krim.Komm. Oskar Dost (Waldenburg) zum Insp. Stuttgart u. Krim.Insp. Wersche (Darmstadt) n. Jena.

Versetzt:  $\#$ -Sturmchefführer Krim.Dir. Krüger (Bln. Führerschule) n. Posen als Vertr. d. Leiters; Krim.Rat Eugen Riede (Heilbronn) zur Stapoleitstelle Berlin;

die Krim.Kommissare Ziehe (RKPA.) n. Gleiwitz u. Riechmann (Offenbach) zur Stapoleitst. Magdeburg;

Krim.Insp. Arndt (Danzig) n. Elbing.

#### SD.

Versetzt: die  $\#$ -Obersturmchefführer Thate zum SD-A. Halle u. Franz Timm zum SD-LA. Posen;

$\#$ -Untersturmchefführer Lerdon zum SD-LA. Danzig.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum techn. Sekretär: Krim.Oberassistent Franz Kliever (Stapoleitst. Danzig); zum Krim.Sekretär: Krim.Oberassistent Ernst Neumann (KPLSt. Königsberg);

zum apl. Krim.Assistenten: die Krim.Assistenten-anwärter Helmut Marbach (Stapoleitst. Karlsruhe) u. Siegfried Geschwendt (Stapost. Tilsit).

— Befehlsblatt 1942 S. 170.



# Befehlsblatt

Ausgabe A

## des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 29

Berlin, den 11. Juli 1942

3. Jahrgang



### Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

**Theodor Kaboth**, Kriminalangestellter, Kriminalpolizeistelle Litzmannstadt, im Dezember 1941

**Bruno Uschkoreit**, SS-Bewerber, Kriminalangestellter, Staatspolizeistelle Tilsit, im Dezember 1941

**Dr. Hans Nockemann**, SS-Oberführer, Oberst der Polizei, Reichssicherheitshauptamt, im Dezember 1941

**Erich Lenz**, SS-Untersturmführer, SD-Hauptaußenstelle Troppa, im Dezember 1941

**Fritz Kleist**, SS-Untersturmführer, SD-Hauptaußenstelle Darmstadt, im Januar 1942

**Horst Ulbricht**, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt Dresden, im Januar 1942

**Bernhard Drescher**, SS-Untersturmführer beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin, im Januar 1942

**Dr. Hubert Ghedina**, SS-Untersturmführer, SD-Abschnitt Innsbruck, im Januar 1942

**Karl Staiger**, SS-Hauptscharführer, SD-Leitabschnitt Stuttgart, im Januar 1942

**Kurt Götz**, SS-Unterscharführer, angestellter, Reichssicherheitshauptamt, im Januar 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

**Friedrich Tiemann**, SS-Oberscharführer, Kriminalangestellter, Staatspolizeistelle Bromberg, im Februar 1942

**Kurt Broening**, Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Hamburg, im Februar 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

## Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

**Sicherheitspolizei u. SD.** RdErl. 23. 6. 42 Vorübergehende Belegung von Einzelzimmern durch Familienangehörige von abgeordneten Beamten usw. S. 172. — RdErl. 25. 6. 42 Auskunftspflicht der Schriftleiter gegenüber der Sich.Pol. S. 172. — RdErl. 25. 6. 42 Besetzung des Referats Kommunismus. S. 173. — RdErl. 26. 6. 42 H-Dienstdegen. S. 173. — RdErl. 26. 6. 42 Blutgruppenbestimmung. S. 173. — RdErl. 27. 6. 42 Bekleidungswirtschaft. S. 173. — RdErl. 30. 6. 42 Verbot ausl. Druckschriften. S. 173. — RdErl. 1. 7. 42 Zahlungsregelung f. d. außerhalb des Reichsgebiets eingesetzten Angeh. der Sich.Pol. u. des SD. S. 173. — RdErl. 1. 7. 42 Versorgung der . . . mit Seifenerzeugnissen u. Waschmitteln. S. 175. — RdErl. 1. 7. 42 Papierbindfaden f. Verpackungszwecke. S. 175. — RdErl. 2. 7. 42 Erstattung von Krankenhausbehandlungskosten f. Häftlinge. S. 175. — RdErl. 3. 7. 42 Liste des schäd.

u. unerwünschten Schrifttums. S. 176. — RdErl. 4. 7. 42 Anerkennung. S. 176. — RdErl. 4. 7. 42 Wiederverleihung der Wehrwürdigkeit von Amtswegen. S. 176. — Berichtigung. S. 176.

**Reichskriminalpolizei.** RdErl. 22. 6. 42 Einrichtung einer KPSt. in Trier u. Umwandlung der staatl. Krim.Abtlg. Koblenz in eine KPSt. S. 176. — RdErl. 1. 7. 42 Pers. Akten der Krim.Beamten des Reichs u. der Gemeinden vom KOS. (A 5b) aufwärts; hier: Personalbogen (Berichtigung eines RdErl.). S. 176.

**SD-Angelegenheiten.** RdErl. 27. 6. 42 Studium u. Ableistung des Vorbereitungsdienstes f. d. Laufbahn des höh. Justiz- u. Verw.Dienstes. S. 177.

**Verschiedenes.** RdErl. 3. 7. 42 In Verlust geratenes Dienstsiegel. S. 177.

**Personalangelegenheiten.** S. 177.

## Sicherheitspolizei und SD

**Vorübergehende Belegung von Einzelzimmern durch Familienangehörige von abgeordneten Beamten usw.**

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMDl. vom 23. 6. 1942  
— S I A 1 a Nr. 394/42-351-19 —

Nachstehendes RdSchr. des Reichsarbeitsministers vom 9. 5. 1942 zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 172.

### Anlage:

Des Reichsarbeitsminister  
IV a 3 Nr. 5005/28/42

Berlin SW 11, den 9. 5. 1942.  
Saarlandstr. 96.

Wohnungsfragen.

Über darauf hingewiesen, daß die Auslastung des Hotelgewerbes und der sonstigen Unterkünfte unnötig beansprucht werden, wenn viele Dienstverpflichtete, versetzte Wehrmachtangehörige, Beamte und Angestellte der Behörden und sonstiger Dienststellen, die aus dienstlichen Gründen in einem anderen Ort als ihrem Wohnort tätig sind, ihre Ehefrauen oder Familienangehörigen an ihren Tätigkeitsort nachkommen lassen, auch wenn sie ihre Wohnung am bisherigen Wohnort beibehalten. Durch derartige, auf längere Zeit ausgedehnte Besuche werden Wohn- und Unterbringungsräume unnötig beansprucht und der zur Verfügung stehende Wohnraum denjenigen Volksgenossen, die auf die Unterbringung in solchen Räumen angewiesen sind, vorenthalten. Ganz besonders gilt dies für möblierte Zimmer. Zur Verringerung der hier bestehenden Schwierigkeiten bitte ich als der für das Wohnungswesen verantwortliche Reichsminister die Ihnen unterstellten Beamten und Angestellten, die aus dienstlichen Gründen in einem anderen Ort als ihrem Wohnort ihre Obliegenheiten zu erledigen haben, anzuhalten, Familienangehörige, für die besondere Unterbringungsräume in Anspruch genommen werden, nur in dringenden Fällen und für eine begrenzte Zeit nachkommen zu lassen.

**Auskunftspflicht der Schriftleiter gegenüber der Sicherheitspolizei.**

RdErl. des RSHA. vom 25. 6. 1942  
— II A 2 Nr. 359/42-176 —

Die Presseabteilung der Reichsregierung hat mit Schrb. vom 14. 4. 1942 die Frage, ob ein Schriftleiter einem Auskunftersuchen der Geh. Staatspolizei stattzugeben hat, verneint. Sie hat gebeten, die nachgeordneten Dienststellen der Geh. Staatspolizei anzuweisen, in allen Pressefragen unmittelbar mit der Presseabteilung der Reichsregierung in Verbindung zu treten. Ich habe der Presseabteilung der Reichsregierung wie folgt geantwortet:

„(1) Ich sehe keine Veranlassung, die Staatspolizei(leit-)stellen in dem angeregten Sinne anzuweisen, da ich die dortige Auffassung, daß ein Schriftleiter „selbstverständlich“ das Recht hat, eine von der Geh. Staatspolizei verlangte Auskunft zu verweigern, nicht teile.

(2) Auf Grund der ihr vom Führer gestellten Aufgabe hat die Sich.Pol. die Pflicht und das Recht, alle die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchführung ihrer Aufgabe erforderlich sind. Hierzu gehört u. a. die Berechtigung, von jedem Deutschen Auskunft über ihm bekannte Vorgänge zu verlangen, die für die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit von Belang sind. In der Regel hält sich die Sich.Pol. bei ihren Auskunftsverlangen an ein gesetzlich festgelegtes Zeugnisverweigerungsrecht. In besonderen Einzelfällen kann sich jedoch die Notwendigkeit ergeben, daß trotz Bestehens eines gesetzlich festgelegten Zeugnisverweigerungsrechts auf Aussage bestanden werden muß. Hierüber entscheidet die Sich.Pol. nach eigenem Ermessen.

(3) Ergibt sich schon hieraus, daß ein Schriftleiter einem Auskunftersuchen der Sich.Pol. stattzugeben hat, so darf zu dem zur Erörterung stehenden Fall darauf hingewiesen werden, daß dem Schriftleiter des „Früchtehandels“ kein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht zustand, da die Voraussetzungen des § 53 Ziff. 4 StPO. nicht vorlagen.

(4) Zur Vermeidung nachteiliger Folgen, die einem Schriftleiter aus der Verweigerung einer Auskunft, die seitens der Sich.Pol. verlangt wird,



erwachsen können, darf ich anheimstellen, die Schriftleiter und die nachgeordneten Dienststellen in geeigneter Form auf die von mir vertretene Auffassung hinzuweisen."

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 172.

#### Besetzung des Referats Kommunismus.

RdErl. des RSHA. vom 25. 6. 1942

— IV A 1 d Nr. 3326/39 —

Unter Bezugnahme auf die RdErl. des Geh. Staatspolizeiamtes vom 14. 6. 1939 — II A 4 Nr. 03326/39 g — u. des RSHA. vom 27. 1. 1941 — IV A 1 Nr. 3326/39 g — (beide nicht veröffentl.) wird in Erinnerung gebracht, daß die Veränderungen in der Besetzung der verantwortlichen Leitung des Referats Kommunismus dauernd zu melden sind.

An die Sicherheitspolizei  
(ohne Krim.Pol.).

— Befehlsblatt S. 173.

#### #-Dienstdegen.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 26. 6. 1942  
— S I A 1 a Nr. 68 I/41-351-20 b —

(1) In dem RdErl. vom 25. 4. 1941 — I A 1 a Nr. 68/41 — (nicht veröffentl.) betr. „Dienstdolch“, ist gesagt worden, daß Ehrendegen während des Krieges nicht mehr verliehen werden. Es war beabsichtigt, das Tragen von #-Dienstdegen durch besonderen Erlaß zu regeln. Hiervon muß jedoch zunächst abgesehen werden, da Degen infolge der Stahlkontingentierung bis auf weiteres nicht beschafft werden können.

(2) Gegen das Tragen von eigenen #-Dienstdegen zum Ausgehanzug (lange Hose) vom #-Oberscharführer aufwärts bestehen keine Bedenken. Dagegen hat das Tragen von Polizeidegen in jedem Fall zu unterbleiben.

(3) Außerdem weise ich nochmals darauf hin, daß der #-Dienstdolch nach wie vor offizielle Seitenwaffe der # ist und daß auch kein Grund besteht, den #-Dienstdolch nicht zu tragen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 173.

#### Blutgruppenbestimmung.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 26. 6. 1942  
— S I A 1 a Nr. 73/42-351-19 —

Es ist beabsichtigt, innerhalb der Sich.Pol. u. des SD eine allgemeine Blutgruppenbestimmung durchzuführen. Zu diesem Zweck sind dem RSHA. — Referat I A 6 — umgehend sämtliche männlichen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD bis zum 45. Lebensjahre, bei denen eine Blutgruppenbestimmung von seiten der Sich.Pol. u. des SD bisher nicht vorgenommen worden ist, zahlenmäßig zu melden. Die im Einsatz befindlichen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD sind nicht von den Heimat-, sondern von den Einsatzdienststellen zu erfassen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 173.

#### Bekleidungswirtschaft.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 27. 6. 1942

— II C 2<sup>5</sup> Nr. 8864/42 —

Der nachstehende Befehl des Reichsführers-# gilt sinngemäß für die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 173.

Der Reichsführer-#. Führer-Hauptquartier,  
26. Mai 1942.

(1) Die Rohstofflage auf dem Gebiet der Spinnstoff- und Lederversorgung ist derart angespannt, daß in Zukunft mengenmäßig und zeitlich mit erheblichen Lieferungsschwierigkeiten zu rechnen ist.

(2) Ich sehe mich deshalb veranlaßt, den Kommandeuren aller Truppenteile der Waffen-# die sparsamste Bewirtschaftung der Bekleidung und Ausrüstung und deren ständige Überwachung zur besonderen Pflicht zu machen.

(3) Ich bin mir bewußt, daß im Gefecht die Schonung von Bekleidung und Ausrüstung nur bedingt möglich ist und hinter wichtigeren Forderungen zurücksteht. Mit um so gründlicheren Maßnahmen müssen die rechtzeitige Instandsetzung und Pflege in den Kampfpausen einerseits, die Schonung von Bekleidung und Ausrüstung bei allen nicht in der unmittelbaren Kampfzone eingesetzten Einheiten andererseits sichergestellt werden.

(4) Es muß in Zukunft damit gerechnet werden, daß ein großer Teil der Anforderungen nur noch durch die Zuführung instand gesetzten Materials erfüllt werden kann.

(5) Ich verbiete die Ansammlung von Bekleidung bei den Feldtruppenteilen über die vorgeschriebene Reserve von 10 % hinaus sowie die selbständige Anlage von Bekleidungslagern.

gez. H. Himmler.

#### Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 30. 6. 1942  
— S IV C 3 Nr. 5051/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung

sämtlicher Schriften des Verlages  
„Zum Gutenberg“ AG., Zürich,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 173.

#### Zahlungsregelung für die außerhalb des Reichsgebiets eingesetzten Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 7. 1942  
— S II C 2<sup>1</sup> Dev. St. Nr. 5269/42-290 b 1 —

(Veröffentl. MBliV. S. 1401)

(1) Für die Übermittlung von Dienstbezügen an die außerhalb des Reichsgebiets eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD gilt mit sofortiger Wirkung folgendes:

(2) Die Angehörigen können im Einsatzgebiet über Teile ihrer Heimatbezüge in Devisen (Landeswährung oder Reichskreditkassenscheine) verfügen. Die Höhe des zur Auszahlung freigegebenen Teiles der Heimatbezüge ergibt sich aus der in der Anlage A abgedruckten Übersicht.

(3) Die Auszahlung hat aus den Betriebsmitteln der Einsatzdienststellen zu erfolgen. Sie setzt einen schriftlichen Antrag des Empfängers bei seiner Einsatzdienststelle voraus. Eine Nachzahlung für Zeit-

räume, die bei der Antragstellung bereits verstrichen sind, ist unzulässig.

(4) Den Angehörigen im Gen.Gouvernement und in den besetzten dänischen, belgischen und französischen Gebieten, die eine Feldpostnummeranschrift haben, steht außerdem der Überweisungsweg durch die Feldpost offen. Die Überweisung ist nach den z. Zt. geltenden Bestimmungen in folgendem Umfange zulässig:

- a) nach dem Gen.Gouvernement, den besetzten französischen und belgischen Gebieten, in Höhe eines dem monatlichen Wehrsold entsprechenden Betrages, höchstens jedoch 100,— RM monatlich;
- b) nach den besetzten dänischen Gebieten in Höhe eines Drittels des dem Monatswehrsold entsprechenden Betrages.

Die Benutzung des einen Weges schließt jedoch die Benutzung des anderen Weges in demselben Monat aus.

(5) Jede andere Art der Überweisung sowie die Versendung von barem Gelde, Noten oder Münzen stellt ein straffbares Devisenvergehen dar.

(6) Das Protektorat Böhmen und Mähren, die eingegliederten Ostgebiete (einschl. des Bezirks Bialystok), Elsaß, Lothringen, Luxemburg, Untersteiermark, Südkärnten und Oberkrain, sowie die besetzten niederländischen Gebiete gelten nicht als Ausland im Sinne der Devisenbestimmungen. Nach diesen Gebieten sind daher Überweisungen in jeder Höhe ohne Genehmigung zulässig.

(7) Die Einsatzdienststellen haben die Einhaltung der Vorschriften für die Auszahlung oder Überweisung von Gehaltsteilen streng zu überwachen. Bestimmungswidrig überwiesene oder übersandte Beträge dürfen nicht ausbezahlt werden, sondern sind zurückzusenden. Verstöße gegen die Anordnung dieses RdErl. sind mir zu obenstehendem Aktenzeichen zu melden.

(8) Zur Behebung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß das pauschale Bewegungsgeld kein Teil des Gehaltes, sondern eine pauschalierte Erstattung von Ausgaben bei Ermittlungen, Fahndungen und allgemeinen Informationen ist. Das pauschale Bewegungsgeld ist daher den Vollzugsbeamten neben dem Teil der Heimatbezüge nach Anlage A von den Einsatzdienststellen in Devisen auszuzahlen. Dagegen gehören die Ministerialzulage, das Dienstbereitschaftsgeld, die Dienstaufwandsentschädigung (gem. Erl. vom 5. 5. 1939 — S V 2 Nr. 8063/39 — nicht veröffentl.), der Gehalts- (Vergütungs-) Zuschuß, die Protektorzulage, die Aufbauzulage, der Verpflegungszuschuß und der Mietzuschuß für Ledige zu den Heimatbezügen; über sie kann der im Einsatz befindliche Angehörige nur im Rahmen der in der Anlage A angegebenen Höchstsätze verfügen. Sofern eine dieser Zulagen und Aufwandsentschädigungen bisher vorschußweise von den Einsatzdienststellen gezahlt worden ist, hat dies künftig zu unterbleiben.

(9) Die Einsatzdienststellen haben die Heimatdienststellen von der Auszahlung zu benachrichtigen und aufzufordern, den Betrag von den laufenden Dienstbezügen einzubehalten. Hinsichtlich der Erstattung gilt folgendes:

A. Sicherheitspolizei (Geh. Staatspolizei und Staatl. Kriminalpolizei).

Eine Erstattung durch die Dienststellen der Sich.Pol. im Reiche ist nicht mehr erforderlich. Die Hei-

matdienststelle hat den einbehaltenen Betrag vom Monats-Soll in rot abzusetzen. Dies gilt sowohl für die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. (Kap. 14 a) als auch für die Kassenanschlagstellen der Ordnungspolizei einschl. Krim.Polizei (Kap. 14). Bei der Berechnung der Abzüge ist jedoch vom ursprünglichen Betrage auszugehen.

#### B. Sicherheitsdienst (SD).

Die SD-Dienststellen im Reiche haben die von den Einsatzdienststellen gezahlten Beträge nach wie vor an die Kasse des Chefs der Sich.Pol. u. des SD in Berlin zu erstatten. Soweit es sich um Angehörige der Dienststellen in Frankreich, Belgien, in den Südostgebieten und um Angehörige der Einsatzgruppen und -kommandos in den besetzten Ostgebieten handelt, bucht die Kasse den erstatteten Betrag als Abwicklung der Betriebsmittelvorschüsse dieser Dienststellen. Erstattungen für Angehörige der Dienststellen im Gen.Gouvernement, in Norwegen, in den Niederlanden sowie für Angehörige der Befehlshaber und Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine werden von ihr monatlich durch Buchausgleich an die dafür zuständige Kasse weitergeleitet. Zuständig ist:

- a) für die Angehörigen des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD sowie der Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD im Gen.Gouvernement, die Polizeikasse beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Krakau;
- b) für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD in Norwegen, die Kasse beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Oslo;
- c) für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD in den Niederlanden, die Kasse des Befehlshabers der Ordnungspolizei in Den Haag;
- d) für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD im Reichskommissariat Ostland, die Polizeikasse beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Riga;
- e) für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD in der Ukraine, die Polizeikasse beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Rowno.

(10) Die Heimatdienststellen haben die Einbehaltung den Einsatzdienststellen zu bestätigen. Die SD-Dienststellen, die nach Abs. (9) Abschn. B die von den Einsatzdienststellen gezahlten Beträge zu erstatten haben, haben einen Durchschlag dieses Bestätigungsschreibens der Kasse des Chefs der Sich.Pol. u. des SD zu übersenden. Ferner haben sie auf dem Überweisungsabschnitt Name und Dienststelle des Gehaltsempfängers anzugeben.

(11) Die Einsatzdienststellen haben die Voraussetzungen auf die Dienstbezüge wie folgt zu verrechnen:

- a) für die Angehörigen der Sicherheitspolizei endgültig;
- b) für die Angehörigen des SD bei den Vorschüssen.

Bei den Angehörigen der Sich.Pol. ist die von den Heimatdienststellen gem. Abs. (10) übersandte Bestätigung über die erfolgte Einbehaltung zu den Rechnungsakten zu nehmen. Die Abwicklung der Vorschüsse der SD-Angehörigen ist laufend zu überwachen.

(12) Dieser RdErl. ist auch auf die bei den Einsatzdienststellen der Sich.Pol. u. des SD befindlichen



Beamten der Gemeindesicherheitspolizei anzuwenden. Soweit deren Bezüge von einer Kassenanschlagsstelle der Sich.Pol. oder Ordnungspolizei (Kap. V 14 a u. 14) übernommen worden sind, sind die Anordnungen für die Sich.Pol. maßgebend, im anderen Falle — wenn die Gemeinden die Dienstbezüge weiterzahlen — gelten die Anordnungen für die SD-Angehörigen sinngemäß.

(13) Die Angehörigen der Einsatzdienststellen sind vierwöchentlich auf die stricte Einhaltung vorstehender Bestimmungen hinzuweisen.

(14) Der RdErl. vom 20. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 18) sowie Abschn. IX Abs. (3) der „Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst beim auswärtigen Einsatz der Geh. Staatspolizei“ vom 14. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 21) werden hiermit aufgehoben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 173.

# Anlage A

## Übersicht

über die für die Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD, die in den Gebieten außerhalb der Reichsgrenze tätig sind, monatlich zulässigen Transfer-Höchstsätze

| Beamten-Besoldungsgruppe             | Angestellten-Vergütungsgruppe, Lohnempfänger | Norwegen     |        | Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowakei, Griechenland, Kroatien, sonstige Gebiete des ehem. Jugoslawien, Finnland, besetzte Gebiete der UdSSR. |        | Generalgouvernement |        | Frankreich   |        | Belgien      |        | Dänemark     |        |
|--------------------------------------|----------------------------------------------|--------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|---------------------|--------|--------------|--------|--------------|--------|--------------|--------|
|                                      |                                              | Verheiratete | Ledige | Verheiratete                                                                                                                                          | Ledige | Verheiratete        | Ledige | Verheiratete | Ledige | Verheiratete | Ledige | Verheiratete | Ledige |
|                                      |                                              | RM           | RM     | RM                                                                                                                                                    | RM     | RM                  | RM     | RM           | RM     | RM           | RM     | RM           | RM     |
| B 3 . . . . .                        | —                                            | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 187    | 100                 | 205    | 100          | 178    | 100          | 190    | 96           | 174    |
| B 4 bis B 6 . . . . .                | —                                            | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 165    | 100                 | 205    | 100          | 178    | 100          | 190    | 84           | 162    |
| B 7 a bis B 10 . . . . .             | —                                            | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 165    | 100                 | 205    | 100          | 178    | 100          | 190    | 72           | 150    |
| A 1 a . . . . .                      | Außer OT. Besoldete                          | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 165    | 100                 | 205    | 100          | 178    | 100          | 190    | 60           | 138    |
| A 1 b bis A 2 b . . . . .            | I                                            | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 135    | 100                 | 205    | 100          | 178    | 100          | 190    | 48           | 126    |
| A 2 c bis A 2 d . . . . .            | II und III                                   | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 135    | 100                 | 205    | 100          | 178    | 100          | 190    | 43           | 121    |
| A 3 a bis A 4 b 2 . . . . .          | IV                                           | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 112    | 100                 | 205    | 100          | 178    | 100          | 190    | 38           | 116    |
| A 4 c 1, A 4 c 2, A 4 e . . . . .    | V                                            | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 112    | 100                 | 205    | 97           | 175    | 100          | 190    | 32           | 110    |
| A 4 d, A 4 f . . . . .               | —                                            | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 90     | 100                 | 205    | 86           | 164    | 90           | 180    | 29           | 107    |
| A 5 a, b, A 6, A 7 a, b, c . . . . . | VI und VII                                   | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 90     | 100                 | 205    | 86           | 164    | 90           | 180    | 29           | 107    |
| A 8 a, A 8 b . . . . .               | VIII                                         | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 75     | 90                  | 195    | 72           | 150    | 75           | 165    | 24           | 102    |
| A 9, A 10 a, A 10 b . . . . .        | IX                                           | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 75     | 81                  | 186    | 65           | 143    | 67           | 157    | 22           | 100    |
| A 11 . . . . .                       | gelernte Arbeiter                            | —            | 105    | —                                                                                                                                                     | 75     | 63                  | 168    | 50           | 128    | 52           | 142    | 17           | 95     |
|                                      | angelernete und ungelernete Arbeiter         |              |        |                                                                                                                                                       |        |                     |        |              |        |              |        |              |        |

Versorgung der in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine sowie in den besetzten russischen Gebieten eingesetzten Reichs- und Volksdeutschen mit Seifenerzeugnissen und Waschmitteln.

RdErl. des RSHA. vom 1. 7. 1942

— II C 3 Nr. 2493/42-264-11 —

Nachstehender RdErl. des Reichsbeauftragten für industrielle Fettversorgung vom 28. 3. 1942 zur Kenntnis und Beachtung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 175.

# Anlage:

Reichsstelle für industrielle Fettversorgung.

Berlin, den 28. 3. 1942

RdErl. Nr. 21/42 (Nr. 4/42 LWA.).

(1) Alle Reichs- und Volksdeutschen, die in den neubesetzten Ostgebieten zum Einsatz kommen, werden von der Wehrmacht bzw. von den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine mit den ihnen zustehenden Waschmitteln und Seifenerzeugnissen versorgt. Für die Wirtschaftsämter kommt daher eine Zuteilung an solche Personen nicht in Betracht.

(2) Jeder Reichsdeutsche bzw. Volksdeutsche, der in den neubesetzten Ostgebieten eingesetzt wird, muß seine Reichsseifenkarte bei dem Wirtschaftsamt ab-

geben, das dieselbe ausgestellt hat. Hierüber ist ihm auf Antrag vom Wirtschaftsamt eine Bescheinigung zuzustellen, auf welcher zu vermerken ist, daß die Versorgung des Eingesetzten bis auf weiteres gesichert ist.

Papierbindfaden für Verpackungszwecke.

RdErl. des RSHA. vom 1. 7. 1942

— II C 3 Nr. 2509/42 —

Papierbindfaden für Verpackungszwecke wird zentral beschafft. Anforderungen sind unter Angabe des monatlichen Bedarfs an das RSHA. — Ref. II C 4 — zu richten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 175.

Erstattung von Krankenhausbehandlungskosten für Häftlinge.

RdErl. des RSHA. vom 2. 7. 1942

— II C 3 Nr. 5232/42-279-2 a —

Wenn Häftlinge in ein Krankenhaus eingeliefert werden müssen und ihre Haft nicht vorübergehend aufgehoben werden kann, so ist auf dem Überweisungsschein die Dienststelle zu vermerken, welche die Behandlungskosten zu tragen hat und an welche die Kostenrechnung zu übersenden ist. Sind Krankenkassen zur Tragung der Kosten heranzuziehen, so ist

dem Überweisungsschein eine Kostenübernahmebestätigung der betreffenden Krankenkasse beizufügen. Kann diese Bestätigung bis zur Einlieferung des Häftlings in das Krankenhaus nicht beigebracht werden, so ist dem Krankenhaus mitzuteilen, daß die Bestätigung nachgereicht wird.

An die Geh. Staatspolizei — Befehlsblatt S. 175.  
u. Kriminalpolizei.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSHA. vom 3. 7. 1942

— IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) teile ich folgende neue Einreihungen mit:

Marinoff, Irene: Sämtliche Schriften;  
Heinen, Josef Maria: „Christträger“, St. Georg-Verlag, Frankfurt/Main;  
Ude, Dr. Johannes: Sämtliche Schriften;  
„Margarete Sinclair“: „Zierde der werktätigen Jugend und der Menschheit“, bearbeitet von Maria Berchtenbreiter, Missionsverlag der Missionare von der hl. Familie in Betzdorf (Sieg);  
Münch-Born, Prof. Dr.: „Arischer Helden Glaube“, Verlag Otto Hillmann, Leipzig.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 176.

Anerkennung.

RdErl. des RSHA. vom 4. 7. 1942

— I A 1 b Nr. 266/42 —

Auf besonderen Vorschlag hat der Reichsführer-~~u~~ u. Chef der Dt. Polizei i. RMdI. dem

1. Kriminalkommissar Wilhelm Lüdtkke,

2. Kriminalsekretär Hermann Fuchs,

3. Kriminaloberassistenten Willy Fiedeldei,  
alle Kriminalpolizeileitstelle Berlin,

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für hervorragende fachliche Leistungen ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 176.

Wiederverleihung der Wehrwürdigkeit  
von Amts wegen.

RdErl. des RSHA. vom 4. 7. 42

— II A 2 Nr. 413 II/42-76 —

Auf Grund eines Geheimerlasses des OKW. vom 11. 4. 1942 wird einzelnen Wehrwürdigen ohne eigenen Antrag die Wehrwürdigkeit von Amts wegen wieder verliehen. Die Vorschläge hierzu gehen von den Wehersatzdienststellen aus. Sie werden den Staatspolizei(leit)stellen und Kriminalpolizei(leit)stellen zur Stellungnahme zugeleitet. Diese haben die Eingänge in sinngemäßer Anwendung des RdErlasses vom 30. 5. 1942 — II A 2 Nr. 309 II/42-176-7 — (Befehlsbl. S. 140) zu erledigen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 176.

Berichtigung.

Bei der im RdErl. v. 31. 3. 1942 (Befehlsbl. S. 98) angeführten Druckschrift, die vom Verbot der deutschsprachigen Presse ausgenommen wurde, handelt es sich nicht um die

„Nordschleswigsche Tageszeitung“,  
sondern um die

„Nordschleswigsche Zeitung“,  
Apenrade.

(§ IV C 3 Nr. 1817/E) — Befehlsblatt S. 176.

## Reichskriminalpolizei

Einrichtung einer Kriminalpolizeistelle in Trier und  
Umwandlung der staatl. Kriminalabteilung Koblenz in  
eine Kriminalpolizeistelle.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 22. 6. 1942

— S II A 1 Nr. 66 VII/42-151 —

(Veröffentl. MBliV. S. 1359)

Mit sofortiger Wirkung ordne ich folgendes an:

1. In Trier wird eine Krim.Pol.Stelle mit Zuständigkeit für den Reg.Bez. Trier eingerichtet. Über die wirtschaftliche Betreuung der Krim.Pol.Stelle Trier ergeht besonderer Erlaß.
2. Die staatl. Kriminalabt. Koblenz wird in eine Krim.Pol.Stelle mit Zuständigkeit für den Reg.Bez. Koblenz umgewandelt.
3. Die Krim.Pol.Stellen Trier und Koblenz werden der Krim.Pol.Leitstelle Köln zugeteilt. Der Krim.Pol.Stellenbezirk der Krim.Pol.Leitstelle Köln beschränkt sich damit auf den Bereich des Reg.Bez. Köln.

An alle Pol.Behörden. — Befehlsblatt S. 176.

Personalakten der Kriminalbeamten des Reichs und der Gemeinden vom Kriminalobersekretär (RBeSGr. A 5 b) aufwärts, hier: Personalbogen (Berichtigung eines Runderlasses).

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 7. 1942

— S I A 1 a Nr. 314/41-352-5 —

Im Abs. (8) des RdErl. vom 9. 4. 1942 — S I A 1 a Nr. 314/41 —, betr. Befähigungsberichte über die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD (Befehlsbl. S. 103) ist der RdErl. vom 4. 3. 1938 — S V 4 Nr. 635 (3)/37-401-15 — über die Personalakten der Kriminalbeamten des Reichs und der Gemeinden vom Kriminalobersekretär aufwärts (MBliV. S. 423) aufgehoben worden. Dieser Erlaß befaßt sich aber nicht nur mit den dienstlichen Beurteilungen (bisher Vordruck R.Pol. Nr. 41), sondern auch mit der Vorlage von Personalbogen (Vordruck R.Pol. Nr. 10) der Beamten der Reichs- und Gemeindeskriminalpolizei, die jedoch weiterhin einzureichen sind oder bei Änderungen berichtigt werden müssen. Dem Abs. (8) des RdErl. vom 9. 4. 1942 — S I A 1 a Nr. 314/41 — sind daher nach vorausgehendem Komma am Schluß des Absatzes die Worte „soweit in ihnen bislang die dienstlichen Beurteilungen geregelt waren“ anzufügen.

Zusatz für die Kriminalpolizei(leit)stellen: Dieser RdErl. ist der Gemeindeskriminalpolizei in den Meldeblättern mitzuteilen.

An die Kriminalpolizei. — Befehlsblatt S. 176.



## SD-Angelegenheiten

### Studium und Ableistung des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes.

RdErl. des RSHA. vom 27. 6. 1942

— I A 4 Nr. GA 119 —

(1) Wiederholte Eingaben an das RSHA. geben Veranlassung zu der Frage, ob UK. gestellte Angehörige des SD zum Studium sowie zur Ableistung des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes zugelassen werden dürfen, grundsätzlich Stellung zu nehmen.

(2) Bei der Behandlung dieser Frage muß davon ausgegangen werden, daß der UK-Gestellte dem SD ausschließlich zur Durchführung dienstlicher kriegswichtiger und vordringlicher Aufgaben zur Verfügung steht. Keinesfalls darf der UK-Gestellte dem zur Wehrmacht Einberufenen gegenüber eine Bevorzugung erfahren. Der Beginn eines Studiums sowie eines Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes würde dem betreffenden UK-Gestellten den bei der Wehrmacht oder im Einsatz befindlichen Angehörigen des SD gegenüber in unbilliger Weise persönliche Vorteile bringen.

(3) Aus grundsätzlichen Erwägungen muß daher die Genehmigung zum Studium neben der Wahrneh-

mung der Dienstgeschäfte einem UK. gestellten Angehörigen des SD und weiter auch die Genehmigung zum Beginn eines Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes während des Krieges versagt werden.

(4) Die Beendigung eines bereits zum größten Teil abgeleisteten Vorbereitungsdienstes bzw. Studiums, die im Interesse der Nachwuchssicherung der Sich.Pol. u. des SD liegt, kann in Ausnahmefällen vertretbar sein. In allen Fällen ist jedoch die Genehmigung des RSHA. einzuholen.

An die SD-Dienststellen.

— Befehlsblatt S. 177.

## Verschiedenes

In Verlust geratenes Dienstsiegel.

RdErl. des RSHA. vom 3. 7. 1942

— II HB Nr. 16/42 —

Das Dienstsiegel mit der Umschrift: „Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Chemnitz - Nr. 10“ (großer Gummirundstempel) ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

— Befehlsblatt S. 177.

## Personalmitteilungen

### Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat: die  $\#$ -Sturmchefführer Reg.Räte Dr. Trautmann u. Dr. Sandberger (z. Zt. Kdr. Reval);

zum Reg.Rat:  $\#$ -Hauptsturmführer Reg.Assessor Dr. Finnberg;

zum Pol.Insp.: Pol.Insp.Anw. Kletsch u. Pol.Sekr. Latossek.

Kommandiert:  $\#$ -Obersturmchefführer Dr. Schlosser ( $\#$ -Sanitätsamt) als Leitender Arzt zum ChdSPudSD.

Versetzt:  $\#$ -Hauptsturmführer Pol.Ob.Insp. Schmale zum Kdr. Krakau.

Verstorben: Pol.Rat Matzke.

### Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Beauftragt m. d. Wahrnehmung der Dienstgesch. d. Befh. in Veldes (f. d. besetzt. Gebiete Kärntens, Krains u. der Untersteiermark):  $\#$ -Standartenführer Min.Rat Dr. Blume (Insp. Düsseldorf, vorher RSHA.).

Ernannt zum Reg.Rat:  $\#$ -Hauptsturmführer Reg.Assessor Schmidt (Befh. Metz);

zum Pol.Ob.Insp.: Pol.Insp. Riesch (Befh. Straßburg);

zum Krim.Insp.: die Krim.Ob.Sekr. Dommick u. Kubin (Kdr. Lublin) u. Franz Arndt (Befh. Metz).

### Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat:  $\#$ -Sturmchefführer Reg.Rat Dr. Kreuzer (Münster);

zum Krim.Rat: die Krim.Kommissare Goltz (Reichenberg) u. Hardtke (Prag);

zum Krim.Komm.: Krim.Komm. a. Pr. Heiß (Linz); zum Pol.Insp.: die apl. Pol.Insp. Karlseder (Innsbruck), Nawrot (Berlin), Geister (Prag), die Pol.Insp.Anw. Sassenberg (Bremen), Rahe (Münster), Schön (Berlin), Lieder (Danzig) u. Rath (Münster);

zum Krim.Insp.: die Krim.Ob.Sekretäre Gustav Pohle (Schwerin) u. Hicke (Reichenberg).

Versetzt: die  $\#$ -Sturmchefführer Reg.Räte Dr. Blaha (Prag) n. Berlin, Dr. Kunz (Berlin) n. Prag (u. Abordg. zum Befh. Prag), Rothmann (Berlin) n. Magdeburg (zgl. als Vertr. d. Leiters),  $\#$ -Hauptsturmführer Reg.Rat Dr. Kolb (Wien) n. Breslau (u. Abordg. z. Insp. Breslau);

$\#$ -Hauptsturmführer Reg.Assessor Dr. Dörnte (München) n. Bremen (zgl. als Vertr. d. Leiters); die Krim.Räte Riede (Kr.Abtg. Heilbronn) n. Berlin, Goltz (Reichenberg) z. RSHA. (u. Aufrechterhaltung d. Abordg. n. Preßburg) u. Dr. Frohmann (Tilsit) n. Wilhelmshaven;

die Krim.Kommissare Ernst Schmidt (Saarbrücken) n. Frankfurt/M., Hüser (Kassel) n. Halle, Mamsch (Halle) n. Kassel, Fischotter (Kdr. Lublin) n. Tilsit u. Steffen (Wilhelmshaven) z. Kdr. Lublin.

Die Versetzung des Krim.Komm. Ehrig (Karlsbad) n. Frankfurt/M. ist aufgehoben.

Abgeordnet:  $\#$ -Sturmchefführer Reg. u. Krim.Rat Wilhelm Bock (Wien) n. Winniza als  $\#$ - u. Pol.-Standortführer;

die Pol.Ob.Insp. Juchem (Koblenz) n. Frankfurt/M., Gippert (Frankfurt/M.) n. Koblenz, Bethmann (Linz) n. Posen;

die Pol.Insp. Turnau u. Kadlec (Wien) z. RSHA., Koch (Aachen) n. Schneidemühl, Hamming (Darmstadt) n. Koblenz, Brauer (Danzig) n. Karlsruhe, Reichelt (Kassel) z. Kdr. Krakau.

Die Abordnungen der Pol.Ob.Insp. Frank (Aachen) n. Koblenz u. Kawlisch (Wien) n. Klagenfurt sind aufgehoben.

Verstorben: Krim.Insp. Thiele (Köslin).

**Kriminalpolizei(leit)stellen  
u. Krim.Abteilungen.**

Ernannt zur Krim.Kommissarin: die Krim.Kommissarin a. Pr. Kall (Frankfurt/M.).

Abgeordnet: #-Obersturmführer Krim.Komm. Corfei (Dresden) n. Warschau.

Versetzt: #-Sturmchef Reg. u. Krim.Rat Dr. Pokorny (Wien) n. München als Vertr. d. Leit.; Krim.Rat Camillo Reichelt (Augsburg) n. Dresden (Rückversetzung);

#-Obersturmführer Krim.Komm. Wieken (Hamburg) zur S.P.Schule Fürstenberg, Krim.Komm. Hamm (Suhl) n. Aussig u. #-Untersturmführer Krim.Komm. a. Pr. Heinrich Franz (Frankfurt/O.) zur KPLSt. Berlin.

**SD.**

Kommandiert zum RSHA. — Amt VI —: die #-Hauptsturmführer Heinrich Reinel, August Langenbach, Rupert Mandl, die #-Obersturmführer Wilhelm Dersch, Oswald Wandhoff, Wilhelm Schubernig, Julius Steinert u. der #-Untersturmführer Conrad Bohnhoff.

Versetzt: #-Obersturmführer Joachim Stadelmann zum SD-LA. Danzig.

**Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.**

Ernannt zum Hilfs-Krim.Komm.: Krim.Komm.Anw. Hosemann (Potsdam);

zum Pol.Sekr.: Pol.Assistent Heinrich Kopisch (Stapost. Troppau);

zum Krim.Sekr.: Krim.Oberassistent Karl Bolz (KPSt. Karlsruhe);

zum Betriebsassistenten: Amtsgehilfe Febler (Leipzig).

— Befehlsblatt 1942 S. 177.



# Befehlsblatt

Ausgabe A

## des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 30

Berlin, den 18. Juli 1942

3. Jahrgang



### Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

**Heinz Zischke**, Kriminalassistentenanwärter, Staatspolizeistelle Köslin, im Januar 1942

**Edgar Becker**, SS-Oberscharführer, Kriminalangestellter, Führerschule der Sicherheitspolizei, im Januar 1942

**Josef Proksch**, SS-Obersturmführer, SD-Abschnitt Leipzig, im Januar 1942

**Josef Thaler**, SS-Oberscharführer, SD-Hauptaußenstelle Salzburg, im Januar 1942

**Herbert Folter**, SS-Sturmmann, Kriminal-Assistentenanwärter, Staatspolizeileitstelle Brunn, im Januar 1942

**Walter Rasper**, SS-Hauptscharführer, SD-Leitabschnitt Prag, im Januar 1942

**Franz Mautz**, SS-Mann, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Klagenfurt, im Januar 1942

**Günther Schalow**, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt Breslau, im Januar 1942

**Erich Blobel**, Staffelmann, SD-Hauptaußenstelle Frankfurt/Oder, im Januar 1942

**Eduard Laßnig**, SS-Oberscharführer, Kraftfahrer, SD-Leitabschnitt Prag, im Januar 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

**Gerhard Schmidle**, SS-Bewerber, Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle Innsbruck, im Februar 1942

**Karl-Heinz Dethloff**, SS-Unterscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im Februar 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

## Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

**Sicherheitspolizei u. SD:** RdErl. 26. 6. 42 Kassenverlustentschädigung f. Zahlbeamte der E.- u. UW.-Dienststellen der Sich.Pol. S. 180. — RdErl. 29. 6. 42 Internat. Krim.Pol.Kommission (IKPK.). S. 180. — RdErl. 29. 6. 42 Staatspol. Auskünfte (polit. Beurteilungen) über Beteiligte im Zivilgerichtsverfahren. S. 180. — RdErl. 1. 7. 42 Ersatz- u. Ergänzungskräfte. S. 182. — RdErl. 2. 7. 42 Anrechnung von Dienstzeiten in der NSDAP. u. ihren Gliederungen auf das BDA. S. 183. — RdErl. 3. 7. 42 Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse. S. 183. — RdErl. 4. 7. 42 Verbot von ausl. Druckschriften.

S. 183. — — RdErl. 6. 7. 42 Verbot einer ausl. Druckschrift. S. 184. — RdErl. 6. 7. 42 Erlass des Führers zur Reinhaltung von W u. Polizei. S. 184. — RdErl. 8. 7. 42 Gefangenentransportwesen. S. 184. — RdErl. 10. 7. 42 Dienststellen der Polizei im besetzten Frankreich. S. 184. — RdErl. 13. 7. 42 Vereinfachung der Verw.; hier: Einschränkung der Fehlanzeigen u. Vollzugsmeldungen. S. 184.

**Verschiedenes:** Verschlusssachen-Anschriftenverzeichnis (2. Nachtrag). S. 185.

**Personalmitteilungen.** S. 186.

## Sicherheitspolizei und SD

**Kassenverlustentschädigung für Zahlbeamte der Ein- und Umwandererdienststellen der Sich.Pol.**

**RdErl. des RF#uChdDtPol. i. RMdI. vom 26. 6. 1942**

— S II C 1 Nr. 832/42-238 —

§ 7 der Vorschrift vom 7. 10. 1941 (Befehlsbl. S. 219) erhält folgende Fassung:

„§ 7

**Kassenverlustentschädigung.**

(1) Den Beamten und Angestellten bei den Zahlstellen der Ein- und Umwandererdienststellen, die mit der Annahme von Einzahlungen und mit der Leistung von Auszahlungen im baren Zahlungsverkehr betraut sind, kann eine laufende Kassenverlustentschädigung in Höhe von jährlich 120,— RM gezahlt werden. Beträgt der bare Zahlungsverkehr weniger als 9000,— RM im Vierteljahr, wird eine Verlustentschädigung nicht gewährt. Die mit der Erledigung der Zahlungsgeschäfte bei Sonderkommandos, Fliegenden Kommissionen usw. beauftragten Beamten und Angestellten erhalten keine Verlustentschädigung.

(2) Die Verlustentschädigung ist in Vierteljahresbeträgen nachträglich am Schluß eines jeden Kalendervierteljahres aus den zugewiesenen Betriebsmitteln zu zahlen. Zur Festsetzung der Verlustentschädigung ist eine Nachweisung nach Muster 8 (s. Befehlsbl. S. 181) aufzustellen, die sachlich und rechnerisch festzustellen ist. Die Auszahlungsanordnung hat der Leiter der Ein- oder Umwandererdienststelle oder der hierzu beauftragte leitende Verwaltungsbeamte zu erteilen.

(3) Mit dem Empfang der Verlustentschädigung sind die Beamten und Angestellten, die das Zahlgeschäft ausüben, hinsichtlich etwaiger Fehlbeträge abgefunden. Wird ein kassenführender Beamter oder Angestellter von einem anderen längere Zeit vertreten, so ist der auf die Vertretungszeit entfallende Teilbetrag der Verlustentschädigung an den Vertreter zu zahlen. Sind bei einer größeren Zahlstelle mehrere Beamte oder Angestellte dauernd mit der Erledigung des baren Zahlungsverkehrs betraut, kann jeder dieser Beamten oder Angestellten die Verlustentschädigung erhalten, sofern der von jedem abzuwickelnde bare Zahlungsverkehr den Betrag von 9000,— RM im Vierteljahr übersteigt.

(4) Die Kassenverlustentschädigung ist keine allgemeine Stelvenzulage, sondern eine Gefahrenzulage zum Ausgleich für erhöhte Verlustmöglichkeiten bei besonders lebhaftem baren Zahlungsverkehr. Sie ist daher kürzungs- und steuerfrei. Ein Rechtsanspruch auf die Verlustentschädigung besteht nicht.“

Die vorstehenden Bestimmungen treten mit Wirkung vom 1. 4. 1942 in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird der RdErl. vom 22. 2. 1941 — S I E 1 Nr. 113/41-238 — aufgehoben.

An die Ein- und Umwandererdienststellen. — Befehlsblatt S. 180.

**Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission (IKPK).**

**RdErl. des RSHA. vom 29. 6. 1942**

— I Nr. 480/42 —

(1) Auf Anordnung des Reichsführers-W u. Chefs der Dt. Polizei übernimmt bis zur Neuwahl eines Nachfolgers des verstorbenen Präsidenten der IKPK., W-Obergruppenführer Heydrich, der Chef des Amtes V (Reichskriminalpolizeiamt), W-Gruppenführer u. Generalltm. d. Pol. Nebe, die Führung der Geschäfte des Präsidenten und zeichnet „in Vertretung“.

(2) Die Beauftragung des W-Standartenführers Ministerialrats Dr. Zindel gem. Erl. des RSHA. vom 20. 9. 1940 — I B 1 Nr. 702/40-151 — bleibt daneben bestehen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 180.

**Staatspolizeiliche Auskünfte (politische Beurteilungen) über Beteiligte im Zivilgerichtsverfahren.**

**RdErl. des RSHA. vom 29. 6. 1942**

— II A 1 Nr. 208/42-151 —

(1) Wie dem RSHA. berichtet worden ist, hat ein Arbeitsgericht eine ihm über einen Prozeßbeteiligten erstattete staatspolizeiliche Auskunft (politische Beurteilung) der betr. Person durch Aushändigung einer beglaubigten Abschrift diese Auskunft zur Kenntnis gebracht, obwohl sie ausdrücklich als „vertraulich“ gekennzeichnet war.

(2) Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 22. 1. 1942 — II A 1 Nr. 555 II/41-151 — (Befehlsbl. S. 30), durch den die Erstattung kriminalpolizeilicher Auskünfte (Leumundzeugnisse) über Prozeßbeteiligte im Zivilgerichtsverfahren bereits untersagt worden ist, wird daher angeordnet, daß auch staatspolizeiliche Auskünfte (politische Beurteilungen) über Beteiligte im Zivilgerichtsverfahren in Zukunft nicht mehr erstattet werden dürfen.

An die Geh. Staatspolizei. — Befehlsblatt S. 180.



**Muster 8**zum RdErl. v. 26. 6. 42  
— Befehlsblatt S. 180)**Nachweisung**

der Zahlstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD — Ein / Umwandererzentral-  
stelle ..... — in ..... über die Kassenverlust-  
entschädigung (gemäß § 7 der Vorschrift vom 7. 10. 1941 i. d. F. vom 28. 6. 1942  
— Befehlsbl. 1940 S. 219 u. 1942 S. 180) für das ..... Viertel des Rechnungsjahres 194 .....

| Lfd.<br>Nr. | Name<br>des kassenführenden Beamten oder Angestellten<br>ggf. des Vertreters | Amtsbezeichnung | Aus-<br>zuzahlender<br>Betrag | Quittung |
|-------------|------------------------------------------------------------------------------|-----------------|-------------------------------|----------|
|             |                                                                              |                 |                               |          |

Sachlich richtig:

Festgestellt:

....., den ..... 194.....

(Unterschrift)

(Unterschrift)

(Dienstgrad)

(Dienstgrad)

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Ein/Umwandererzentralstelle ..... , den ..... 194.....

**Auszahlungsanordnung**

Rechnungsjahr 194.....

Verbuchungsstelle: Einzelplan XVIIa Teil V Kapitel 1 Unterteil: „Der Reichsführer-~~SS~~-Reichskommissar für die Festigung  
deutschen Volkstums“ Titel 31 Unterteil 8 Abschnitt: Ein/Umwandererzentralstelle .....  
des außerordentlichen Haushalts

Betrag: ..... RM (wörtlich:.....)

(Unterschrift)

## Ersatz- und Ergänzungskräfte.

RdErl. des RFH u. ChdD Pol. i. RMdI. vom 1. 7. 1942

— S II C 1 Nr. 3197/42-291-13 — \*)

Neu ergangene Bestimmungen machen eine Änderung meines Erlasses über Ersatz- und Ergänzungskräfte vom 16. 10. 1940 i. d. F. vom 1. 7. 1941 (Befehlsbl. S. 119) und vom 28. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 32) erforderlich. — Der genannte Erlaß wird daher mit Wirkung vom 1. April 1942 wie folgt geändert:

- (1) In Abs. (4) ist hinter e) anzufügen:  
„f) die Arbeitsmädchen“.
- (2) Abs. (5) erhält folgende Fassung:  
„1. Bei der Sich.Pol. — Kap. V 14 a — dürfen Ersatz- und Ergänzungskräfte nur im Rahmen der zugeteilten Stellen beschäftigt werden. Die erforderlichen Stellen sind beim RSHA. — Ref. I A 2 — zu beantragen; in dem Antrag ist die Notwendigkeit der Stellen zu begründen und anzugeben, von wann ab sie benötigt werden. Die Einstellung von Kräften im Rahmen der zugeteilten Stellenzahl bedarf keiner besonderen Genehmigung. Die Stellen und ihre Besetzung sind in einem besonderen Abschnitt der Planstellen-Überwachungsliste und des Verzeichnisses über die Besetzung der Planstellen (§§ 39 u. 40 RWB.) nachzuweisen.“
2. Bei der Krim.Pol. — Kap. V 14 — können Ersatz- und Ergänzungskräfte im Rahmen der mit dem Kassenanschlag der Ordnungspolizei und Krim. Pol. zugeteilten Mittel (Stellen) künftig ohne vorherige Genehmigung eingestellt werden. Der Zeitpunkt der Einstellung und Entlassung von Ersatz- und Ergänzungskräften ist dem RSHA. — Ref. I A 3 — unter Aufführung der Personalien umgehend anzuzeigen. Gegen die Einstellung von weiblichen Krim.Angest. bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Sie sind jedoch anfangs nur im Innendienst zu verwenden und sollen im Außendienst nur unter Leitung eines(r) erfahrenen Krim.Beamten(in) eingesetzt werden, um ein Übergreifen in den Wirkungsbereich der weiblichen Krim.Pol. zu vermeiden. Vor einer Einstellung von Krim.Angest. über das Kassenanschlagsoll hinaus sind ausführlich begründete Anträge dem RSHA. — Ref. I A 3 — zur Genehmigung vorzulegen. Die erforderlichen Mittel werde ich von Fall zu Fall aus dem von mir verwalteten Reservefonds bei Kap. V 14 Tit 4 Ut. 11 zusätzlich zuteilen. Hinsichtlich der Geschäftszimmerangestellten verweise ich auf den Erl. des Hauptamtes Ordnungspolizei vom 22. 6. 1942 — O-VuR. Org. 2-1233/42 —.“
- (3) In Abs. (16) ist als Ziff. 10 a einzufügen:  
„8. DVO. vom 12. 5. 1941 — RGBl. I S. 253 — (Pfändbarkeit der Vergütungen, Berufsfürsorge nach Beendigung des Notdienstes)“.
- (4) Abs. (16) Ziff. 12 erhält folgende Fassung:  
„RdErl. über Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die auf Grund der Notdienstverordnung herangezogen werden, vom 1. 4. 1942 — MBliv. S. 649 —.“
- (5) Abs. (16) Ziff. 19 erhält folgende Fassung:  
„RdErl. über Übergangsbezüge für entlassene Notdienstpflichtige vom 13. 2. 1942 — MBliv. S. 369 —.“
- (6) In Abs. (19) Ziff. 1 ist statt des dort angezogenen RdErl. vom 13. 10. 1939 usw. zu setzen:  
„RdErl. vom 1. 4. 1942 — MBliv. S. 649 —.“

\*) Der RdErl. v. 16. 10. 1940 i. d. F. v. 1. 7. 1942 wird als „Neufassung“ im Befehlsbl. Nr. 31/1942 abgedruckt.

(7) Abs. (19) Ziff. 2 erhält folgende Fassung:  
„Folgende Notdienstpflichtige der Verg. Gruppe 2 werden in die Verg. Gruppe 2 a eingereiht, ohne daß damit eine Beförderung zum höheren Dienstgrad verbunden sein muß:

- a) Gediente der alten Wehrmacht ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit,
- b) Gediente der Freikorps und der vorläufigen Reichswehr bis Ende 1920,
- c) Angehörige der Geburtsjahrgänge 1900 bis 1912, die freiwillig bei der Reichswehr oder der neuen Wehrmacht 8 Wochen oder länger gedient haben,
- d) alle übrigen Notdienstpflichtigen nach zweijähriger Dienstzeit im Notdienst.“

(8) a) Abs. (19) erhält folgende neue Ziffer 3:  
„3. Bei guter Führung und Leistung kann der Notdienstpflichtige von den Dienststellen in die nächsthöhere Vergütungsgruppe eingewiesen werden, wenn seine Tätigkeit eine Höherstufung rechtfertigt. Zwischen den einzelnen Höherstufungen muß jedoch eine Mindestdienstzeit von einem Jahr liegen. In besonders begründeten Ausnahmefällen (z. B. bei ganz hervorragenden Leistungen, bewiesener besonderer Umsicht und Tapferkeit u. ä.) kann von der Einhaltung der Jahresfrist abgesehen werden; Anträge auf Höherstufung ohne Einhaltung der Jahresfrist sind dem RSHA. (für Notdienstpflichtige bei der Geh. Staatspolizei = Ref. I A 2, bei der Reichskriminalpolizei = Ref. I A 3, beim SD = Ref. I A 4) vorzulegen. Höherstufungen von der Verg. Gruppe 4 a an aufwärts sind in jedem Falle mit ausführlicher Begründung beim RSHA. — Ref. I A 2, 3 oder 4 — zu beantragen. Die Höherstufung in der Vergütung hat bei H-Angehörigen auf den H-Dienstgrad und bei nicht der H angehörenden Uniformträgern auf die Dienstgradabzeichen keinen Einfluß. Die Höherstufung und die zustehenden Vergütungssätze sind dem Notdienstpflichtigen schriftlich mitzuteilen; dabei ist gegebenenfalls darauf hinzuweisen, daß die Höherstufung auf den H-Dienstgrad bzw. die H-Dienstgradabzeichen ohne Einfluß ist. Für die Höherstufung der Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis (o. B.) lassen sich vergleichbare Tätigkeitsmerkmale mit den Beamten oder Angestellten infolge des völlig anders gearteten Rechtsverhältnisses, auf dem die Dienstleistung beruht, und dem völlig unterschiedlichen Aufbau der Abfindung (Vergütung für persönliche Aufwendungen, dazu Familienunterhalt oder Weiterzahlung der Friedensdienstbezüge) einstweilen nicht aufstellen. Es muß daher dem pflichtmäßigen Ermessen des Dienststellenleiters überlassen bleiben, die Höherstufung unter Berücksichtigung der Führung und Leistung des Notdienstpflichtigen vorzunehmen.“

b) Abs. (19) Ziff. 3 wird Ziff. 4 und die Ziff. 4 wird Ziff. 5.

(9) Abs. (22) erhält folgende Fassung:  
„Hinsichtlich der Weiterzahlung der Gebühren bei Untersuchungshaft, vorläufiger Festnahme sowie dienststrafrechtlichen Freiheitsstrafen, der auswärtigen Übernachtung, der Selbstunterbringung, der Selbstverpflegung und Gemeinschaftsverpflegung, des Familien-Unterhalts u. der Reisebeihilfen verweise ich auf den RdErl. vom 1. 4. 1942 (MBliv. S. 649).“

(10) Abs. (26) erhält folgende Fassung:  
„Nach einer Notdienstzeit von drei Monaten, gerechnet vom Tage der Einstellung an, kann dem



Notdienstpflichtigen bis auf weiteres ein Erholungsurlaub bis zu 21 Kalendertagen gewährt werden. In den besetzten Gebieten und im Generalgouvernement gilt die Urlaubsregelung der Sich.Pol. u. des SD auch für die Notdienstpflichtigen.“

- (11) Abs. (27 a) erhält folgende Fassung:

„Für die Gewährung von Übergangsbezügen und Entlassungsgeld für entlassene Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis gilt der RdErl. vom 13. 2. 1942 (MBliV. S. 369). Bei Entlassungen außerhalb der Reichsgrenze sind diese Bezüge nicht in Landeswährung, sondern nach den in dem vorbezeichneten RdErl. festgesetzten Sätzen zu zahlen. Der RdErl. über Bestattungen und Überführungen gefallener oder verstorbener Angehöriger der Heimatschutzorganisation vom 9. 5. 1941 (MBliV. S. 864) gilt auch für die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis bei der Sich.Pol.“

- (12) Abs. (42) wird gestrichen.

- (13) Als Abs. (44) ist einzufügen:

„Soweit nach den bisherigen Bestimmungen Höherstufungen vorgenommen wurden oder Überzahlungen vorgekommen sind, die mit den jetzigen Bestimmungen im Widerspruch stehen, kann es dabei sein Bewenden behalten.“

- (14) Formblatt Muster A fällt fort. Dafür wird als neue Anlage A der RdErl. des RMdI. vom 1. 4. 1942 (MBliV. S. 649) abgedruckt.

- (15) Anlage C Ziff. 4 Spalte 2 erhält folgende Fassung:

„Ja, sofern sie ihren ständigen Wohnsitz im Protektoratsgebiet haben und nicht schon als Angehörige des öffentlichen Dienstes die Protektoratszulage erhalten.“

- (16) Anlage C Ziff. 4, in die Spalten 3—10 ist zu setzen:

„Wie in Spalte 2“.

- (17) Anlage C Ziff. 5 Spalte 2 erhält folgende Fassung:

„Ja, sofern sie ihren ständigen Wohnsitz in den eingegliederten Ostgebieten oder im Bezirk Bialystok haben und nicht schon als Angehörige des öffentlichen Dienstes die Aufbauzulage erhalten.“

- (18) Anlage C Ziff. 5; in die Spalten 3—10 ist zu setzen:

„Wie in Spalte 2“.

- (19) In Anlage C Ziff. 6 ist in Spalte 6 statt

„Ja“ „Nein“ zu setzen.

- (20) In der Anlage C Ziff. 7 IV Spalte 7 ist statt „Nein“ zu setzen:

„Wie in Spalte 6“.

- (21) In der Anlage C Ziff. 7 IV Spalte 8 ist statt „Nein“ zu setzen:

„Wie in Spalte 2 (Hinweis auf § 10 der Ersten Dienstpflicht-Durchführungsanordnung vom 2. 3. 1939 — RGBl. I S. 403 —).“

- (22) In Anlage C Ziff. 8 Spalte 6 ist statt „RdErl. d. RMdI. vom 16. 1. 1942“ zu setzen:

„RdErl. d. RMdI. vom 1. 4. 1942 (MBliV. S. 649).“

- (23) Als Anlage E wird der RdErl. des RMdI. vom 13. 2. 1942, betr. Übergangsbezüge für entlassene Notdienstpflichtige (MBliV. S. 369), abgedruckt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 182.

Anrechnung von Dienstzeiten in der NSDAP. und ihren Gliederungen auf das Besoldungsdienstalter.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 2. 7. 1942

— S II C 1 Nr. 2110 b/42-246 —

(Vorgang: RdErl. vom 8. 5. 1941 — Befehlsbl. S. 83 — u. vom 24. 2. 1942 — Befehlsbl. S. 77 —)

(1) Durch meinen RdErl. vom 4. 5. 1942 (MBliV. S. 980) ist die Anrechnung von Dienstzeiten in der NSDAP. und ihren Gliederungen auf das BDA. nach den RdErl. vom 12. 4. 1941 u. 15. 7. 1941 (MBliV. S. 661 u. 1289) für die Pol.Verwaltungsbeamten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes den für die Festsetzung des BDA. zuständigen Dienststellen zur selbständigen Erledigung übertragen worden.

(2) Da sich bei Durchführung dieser Bestimmung noch häufig Zweifelsfragen ergeben werden, weise ich auf folgendes besonders hin:

a) Die unmittelbare Anrechnung von Dienstzeiten in der Partei und ihren Gliederungen soll lediglich den Ausgleich von Härten ermöglichen. Daher ist die im ersten Absatz des RdErl. des RFM. vom 26. 3. 1941 — abgedruckt als Anlage zum RdErl. vom 12. 4. 1941 (MBliV. S. 661) — unter Nr. 3 festgelegte Altersgrenze (vollendetes 27. Lebensjahr) zu beachten.

b) Die anzurechnenden Dienstzeiten müssen zeitlich vor dem Eintritt des Antragstellers in das Beamtenverhältnis liegen (Vordienstzeiten). Einem Beamten, der vor dem 30. Januar 1933 — während seiner Beamtendienstzeit — sich in der NSDAP. oder ihren Gliederungen betätigt hat, kann die Zeit dieser Betätigung nicht angerechnet werden, da sie mit der Dienstzeit als Beamter zusammenfällt.

c) Vordienstzeiten in der NSDAP. können nur auf das nach § 5 Abs. 1 BesGes. auf den Tag der ersten planmäßigen Anstellung in der Eingangsgruppe festgesetzte BDA. angerechnet werden. Welcher Zeitpunkt unter „Tag der planmäßigen Anstellung“ zu verstehen ist, ergibt sich aus Nr. 14 BesV. Den Begriff „Eingangsgruppe“ erläutert Abs. 2 des RdErl. des RFM. vom 30. 6. 1941 — abgedruckt als Anlage zum RdErl. vom 15. 7. 1941 (MBliV. S. 1289) —.

d) Bei der Berechnung der zu berücksichtigenden Vordienstzeiten ist nach Nr. 7 Abs. 3 und 4 BesV. zu verfahren.

An die Kassenanschlagstellen — Befehlsblatt S. 183. der Sich.Pol. (ohne Krim.Pol.).

#### Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 3. 7. 1942

— S IV C 3 Nr. 4427/F —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird nachstehend aufgeführte Monatschrift ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Schipka-Post“, Sliven/Bulgarien.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 183.

#### Verbot von ausländischen Druckschriften.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 4. 7. 1942

— S IV C 3 Nr. 8124/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda werden auf Grund des § 1

der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande.

sämtliche Schriften  
des Schweden Vilhelm Moberg  
verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 183.

#### Verbot einer ausländischen Druckschrift.

RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 6. 7. 1942  
— S IV C 3 Nr. 8490/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung des Buches

„Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ von Wilhelm Röpk e, Eugen-Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich 1942,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 184.

#### Erlaß des Führers zur Reinhaltung von # und Polizei.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 6. 7. 1942  
— I D 2 Allg. 643/42 —

(1) Der Erlaß des Führers zur Reinhaltung von # und Polizei vom 15. 11. 1941 (mitgeteilt durch RdErl. des RSHA. vom 29. 1. 1942 — I D 2 Allg. 276/42 —) und der dazu ergangene Befehl des RFHuChdDtPol. i. RMdI. vom 7. 3. 1942 (mitgeteilt durch RdErl. des RSHA. vom 6. 7. 1942 — I D 2 Allg. 644/42 —) ist sofort allen männlichen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD einschl. der ehrenamtl. #-Angehörigen des SD bekanntzugeben.

(2) Über die erfolgte Bekanntgabe ist eine Niederschrift zu fertigen, die von jedem männl. #- u. Pol. Angehörigen zu unterschreiben und alsdann zu seinen Personalakten zu nehmen ist.

Zusatz für das RSHA.: Vordrucke für die Niederschrift gehen den Dienststellen über die Geschäftsstellen zu.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 184.

#### Gefangenentransportwesen.

RdErl. des RSHA. vom 8. 7. 1942  
— II C 3 Nr. 5256/42 —

Auf den im MBIV. 1942 S. 1353 veröffentlichten RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdI. u. d. RJM. vom 15. 6. 1942 — S II C 3 Nr. 5256/42 u. V s 1 1454 — über Verwaltungsvereinfachungen im Gefangenentransportwesen wird zur Beachtung hingewiesen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 184.

#### Dienststellen der Polizei im besetzten Frankreich.

RdErl. des RSHA. vom 10. 7. 1942  
— II A 1 Nr. 352/42-165 —

(1) Für den Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich ist die Dienststelle eines Höheren #- u. Polizeiführers mit dem Sitz in Paris errichtet worden. Als Höherer #- u. Polizeiführer ist #-Brigadeführer Generalmajor d. Pol. Oberg eingesetzt worden.

(2) Beim Höheren #- u. Polizeiführer in Paris ist als Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD für den Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich der #-Standartenführer Dr. Knochen mit dem Sitz in Paris ernannt worden. Dieser ist im Falle der Be-

hinderung des Höheren #- u. Polizeiführers auch dessen Vertreter.

(3) Als nachgeordnete Dienststellen des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD werden im besetzten Frankreich Sicherheitspolizei (SD)-Kommandos eingerichtet, die ihren Sitz jeweils am Ort der französischen Regional-Präfecturen haben, d. h. in:

Dijon, Nancy, Chalon s. M.,  
St. Quentin, Rouen, Rennes,  
Orléans, Angers, Poitiers,  
Bordeaux;

diese nachgeordneten Dienststellen erhalten ihre Weisungen vom Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD. Die Leiter der Sicherheitspolizei (SD)-Kommandos führen die Bezeichnung Kommandeur.

(4) Für die Durchführung aller Aufgaben errichten die Sicherheitspolizei (SD)-Kommandos in ihren Bereichen Außenkommandos, die den Sicherheitspolizei (SD)-Kommandos unmittelbar unterstehen.

(5) Die bisherige Dienststelle „Der Beauftragte des Chefs der Sich.Pol. u. des SD für den Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich“ ist mit der Einsetzung des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD in Paris fortgefallen. Der RdErl. des RSHA. vom 12. 3. 1942 — II A 1 Nr. 1002 V/41-151-Fr. — (Befehlsbl. S. 85), betr. Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD in Frankreich und Belgien, ist insoweit überholt. Die inspektionellen Befugnisse des Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Düsseldorf sind sowohl gegenüber der Dienststelle der Sich.Pol. u. des SD in Paris als auch der in Brüssel aufgehoben worden.

(6) Postsachen für die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD in Frankreich und Belgien sind auch weiterhin über Aachen zu leiten. Die Außenanschrift der Sendungen hat zu lauten: An die Geheime Staatspolizei — Außendienststelle — in Aachen, Theaterplatz 14.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 184.

#### Vereinfachung der Verwaltung; hier: Einschränkung der Fehlanzeigen und Vollzugsmeldungen.

RdErl. des RSHA. vom 13. 7. 1942  
— II A 1 Nr. 358 III/42-151 —

Der als Anlage abgedruckte RdErl. vom 11. 6. 1942 wird zur Kenntnisnahme und Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 184.

#### Anlage:

#### Vereinfachung der Verwaltung; hier: Einschränkung der Fehlanzeigen und Vollzugsmeldungen.

RdErl. d. RMdI. zgl. i. N. d. übr. Obersten Reichsbehörden vom 11. 6. 1942  
— GBV. Nr. 1213/42-115 VI —

(1) Die Einforderung von Fehlanzeigen und Vollzugsmeldungen bewirkt bei den unterstellten Behörden und Dienststellen insgesamt eine nicht unerhebliche Verwaltungsarbeit.

(2) Alle Behörden und Dienststellen haben deshalb Fehlanzeigen und Vollzugsmeldungen nur zu fordern, wenn dies im Einzelfall nach sorgfältiger Prüfung unter Anlegung eines strengen Maßstabes unumgänglich notwendig ist. Auf eine Vereinfachung in der Form dieser Berichte (vorgedrucktes Muster, Postkarte) ist besonders hinzuwirken.

An die nachgeordneten Behörden. — MBIV. S. 1262



## Verschiedenes

### Verschlußsachen-Anschriftenverzeichnis vom 1. 10. 1941 — (2. Nachtrag).

(1. Nachtrag s. Befehlsbl. 1941 S. 271)

In dem mit RdErl. vom 1. 10. 1941 — II A 1 Nr. 400 II/41-160-g — (nicht veröffentl.) herausgegebenen VS.-Anschriftenverzeichnis sind sofort handschriftlich folgende Berichtigungen bzw. Ergänzungen vorzunehmen:

#### Unter Abschnitt I. Reichsführer-# u.

Chef d. Dt. Pol. i. RMdI. usw.:

bei lfd. Nr. 1—3: #-Sturmabn. Amtsrat Pommerening,  
bei lfd. Nr. 4: Hptm. d. Sch. Goebel.

#### Unter Abschnitt II. Höhere # u. Pol.

Führer:

bei lfd. Nr. 2: Stettin, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Mazuw,  
bei lfd. Nr. 12: Wiesbaden, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Berkemann,  
bei lfd. Nr. 13: Metz, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Berkemann,  
bei lfd. Nr. 16: Danzig, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Hildebrandt (Hptm. d. Sch. Siegmund streichen),  
bei lfd. Nr. 17: Posen, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Koppe,  
bei lfd. Nr. 19: Höh. # u. Pol.Führer im Gen.Gouvernement — Der Staatssekretär f. d. Sicherheitswesen — Krakau 20, Bergakademie, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Krüger,  
nachtragen:  
als lfd. Nr. 22: Höh. # u. Pol.Führer in Serbien in Belgrad, #-Gruppenf. Gen.Ltn. d. Pol. Meyszner,  
als lfd. Nr. 23: Höh. # u. Pol.Führer beim Reichskommissar f. d. Ostland in Riga, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Jeckeln,  
als lfd. Nr. 24: Höh. # u. Pol.Führer beim Reichskommissar f. d. Ukraine in Kiew, Jungfernstieg 10, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. Prützmann,  
als lfd. Nr. 25: Höh. # u. Pol.Führer Rußland-Mitte, #-Obergruppenf. Gen. d. Pol. v. d. Bach-Zelewski,  
als lfd. Nr. 26: Höh. # u. Pol.Führer z. b. V., #-Brigadef. Gen.Maj. d. Pol. Korsemann,  
als lfd. Nr. 27: Höh. # u. Pol.Führer in Frankreich in Paris, #-Brigadef. Gen.Maj. d. Pol. Oberg.

#### Unter Abschnitt III. Inspektoren der

Sich. Pol. u. d. SD.:

bei lfd. Nr. 1: Berlin, #-Obersturmbannf. ORR. Bovensiepen,  
bei lfd. Nr. 4: Danzig, #-Oberf. Oberst d. Pol. Willich,  
bei lfd. Nr. 6: Düsseldorf, #-Obersturmbannf. ORR. Dr. Albat,  
bei lfd. Nr. 9: Königsberg, #-Obersturmbannf. ORR. Dr. Canaris,  
bei lfd. Nr. 10: München, #-Obersturmbannf. ORuKR. Schmitz-Voigt,  
bei lfd. Nr. 12: Salzburg, Elisabethstr. 39,  
bei lfd. Nr. 13: Stettin, #-Oberführer Oberst d. Pol. Hellwig,  
bei lfd. Nr. 15: Wien, #-Oberf. Oberst d. Pol. Huber,  
bei lfd. Nr. 16: Wiesbaden: #-Oberf. Oberst d. Pol. Dr. Achamer-Pifrader.

#### Unter Abschnitt IV. Befehlshaber der Sich. Pol. u. d. SD.:

bei lfd. Nr. 2: Krakau, Magdeburger Str. 1,  
bei lfd. Nr. 4: Oslo, #-Standartenf. Oberst d. Pol. Fehlis,  
bei lfd. Nr. 5: Prag, #-Standartenf. Oberst d. Pol. Böhme,  
bei lfd. Nr. 6: Straßburg, Otto-Bach-Str. 10,  
bei lfd. Nr. 7: Riga, #-Brigadef. Gen.Maj. d. Pol. Jost,  
als lfd. Nr. 8: f. d. Reichskommissariat Ukraine in Kiew, #-Brigadef. Gen.Maj. d. Pol. Dr. Thomas,  
als lfd. Nr. 9: Chef der Einsatzgruppe B der SPudSD. in Smolensk, #-Oberf. Oberst d. Pol. Naumann,  
als lfd. Nr. 10: Chef der Einsatzgruppe D der SPudSD. in Simferopol, #-Oberf. Oberst d. Pol. Bierkamp,  
als lfd. Nr. 11: in Serbien, Belgrad, #-Obersturmbannf. ORuKR. Dr. Schaefer,  
als lfd. Nr. 12: f. d. Bereich des Militärbefehlsh. in Frankreich, in Paris, #-Standartenf. Dr. Knochen,  
als lfd. Nr. 13: f. d. besetzt. Gebiete Kärntens, Krains u. d. Untersteiermark, Veldes, #-Standartenf. Min.Rat Dr. Blume.

#### Unter Abschnitt V. Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD.:

bei lfd. Nr. 2: Radom, #-Obersturmbannf. ORR. Liphardt,  
bei lfd. Nr. 6: Veldes, #-Sturmabn. RuKR. Vogt,  
als lfd. Nr. 8: Bialystok, Nikolaistr. 15, #-Sturmabn. RR. Dr. Altenloh.

#### Unter Abschnitt VI. Staatspolizei(leit)- stellen:

bei lfd. Nr. 1: ADSt. Aachen, VS-Empfänger wird noch bekanntgegeben,  
bei lfd. Nr. 3: Berlin, #-Obersturmbannf. ORR. Bovensiepen,  
bei lfd. Nr. 6: Breslau, #-Obersturmbannf. ORR. Dr. Gerke,  
bei lfd. Nr. 11: Darmstadt, #-Oberf. Oberst d. Pol. Dr. Achamer-Pifrader,  
bei lfd. Nr. 12: Dortmund, #-Sturmabn. RR. Illmer,  
bei lfd. Nr. 17: Graudenz, Königstr. 7,  
bei lfd. Nr. 21: Hannover, #-Sturmabn. ORR. Batz,  
bei lfd. Nr. 25: Karlsruhe, #-Sturmabn. RR. Dr. Schick,  
bei lfd. Nr. 31: Köln, #-Sturmabn. RR. Sprinz,  
bei lfd. Nr. 32: Königsberg, #-Obersturmbannf. ORR. Dr. Canaris,  
bei lfd. Nr. 33: Köslin, #-Sturmabn. RR. Dr. Hueber,  
bei lfd. Nr. 35: Linz, #-Sturmabn. ORR. Leitsmann,  
bei lfd. Nr. 36: Litzmannstadt, #-Sturmabn. RR. Dr. Bradfish,  
bei lfd. Nr. 38: München, #-Obersturmbannf. ORR. Schaefer,  
bei lfd. Nr. 39: Münster, #-Obersturmbannf. ORR. Kreuzer,  
bei lfd. Nr. 40: Nürnberg, #-Gruppenf. Gen.Ltn. d. Pol. Dr. Martin,  
bei lfd. Nr. 40 a: ADSt. Würzburg, Krim.Komm. Gramowski,  
bei lfd. Nr. 42: ADSt. Osnabrück, VS-Empfänger wird noch bekanntgegeben,  
bei lfd. Nr. 43: Posen, #-Sturmabn. ORR. Stoßberg,  
bei lfd. Nr. 45: #-Standartenf. Reg.Dir. Dr. Geschke,

bei lfd. Nr. 49: Salzburg, #-Sturmabn. ORR. Dr. Chrismann,  
bei lfd. Nr. 52: Stettin, #-Sturmabn. ORR. Bruno Müller.

#### Unter Abschnitt VII. SD - (Leit.) Ab-schnitte:

bei lfd. Nr. 1: HA. Aachen, VS-Empfänger wird noch bekanntgegeben,  
bei lfd. Nr. 1a: Köln (HA. streichen), #-Sturmabn. Henricke,  
bei lfd. Nr. 2: Bayreuth, #-Sturmabn. Dr. Jaskulsky,  
bei lfd. Nr. 4: Braunschweig, #-Sturmabn. Dyroff,  
bei lfd. Nr. 7: Danzig, #-Sturmabn. Dr. Steinbacher,  
bei lfd. Nr. 11a: HA. Darmstadt, #-Obersturm. Schönhals,  
bei lfd. Nr. 12: Graz, #-Obersturm. Dr. Clement,  
bei lfd. Nr. 13: Halle, #-Obersturm. Scholz,  
bei lfd. Nr. 22: Königsberg, #-Sturmabn. Rausch,  
bei lfd. Nr. 25: Litzmannstadt, Hermann-Göring-Straße 124, #-Sturmabn. Dr. Buchardt,  
bei lfd. Nr. 26: München, #-Sturmabn. Buchberger,  
bei lfd. Nr. 26a: HA. Augsburg, #-Obersturm. Hochstrasser,  
bei lfd. Nr. 30: Prag, #-Sturmabn. Jacobi,  
bei lfd. Nr. 31: Reichenberg, #-Hauptsturm. Beuer,  
bei lfd. Nr. 38: Zichenau, Südostpr., Kirchenstr. 17, #-Sturmabn. Christensen.

#### Unter Abschnitt VIII. Kriminalpolizei- (Leit.) stellen:

bei lfd. Nr. 1: Aachen, KDir. Dr. Schwenke,  
bei lfd. Nr. 2: Augsburg, KR. Reichelt,  
bei lfd. Nr. 4: Bochum, RuKR. Oberbeck,  
bei lfd. Nr. 5: Braunschweig, #-Sturmabn. KDir. Volkmann,  
bei lfd. Nr. 6: Bremen, RuKR. Hahn,  
bei lfd. Nr. 9: Brunn, Klacelgasse 2, KDir. Nußbaum,  
bei lfd. Nr. 10: Chemnitz, KDir. Hotze,  
bei lfd. Nr. 11: Danzig, RuKR. Hermann,  
bei lfd. Nr. 14: Dortmund, #-Sturmabn. KDir. Klamp,  
bei lfd. Nr. 18: Essen, #-Sturmabn. KDir. Damm,  
bei lfd. Nr. 20: Frankfurt/M., ORuKR. Berger,  
bei lfd. Nr. 21: Frankfurt/O., Bischofstr. 11/12,  
bei lfd. Nr. 23: Graz, #-Sturmabn. RuKR. Claß,  
bei lfd. Nr. 24: Halle/S., #-Hauptsturm. KDir. Fehl,  
bei lfd. Nr. 29: Karlsbad, KR. Peters,  
bei lfd. Nr. 30: Karlsruhe, #-Sturmabn. RuKR. Braschwitz,  
bei lfd. Nr. 31: Kassel, #-Hauptsturm. KDir. Weber,

bei lfd. Nr. 32: Kattowitz, #-Sturmabn. RuKR. Rausch,  
bei lfd. Nr. 34: Klagenfurt, Landhaushof 3, KR. Friedrich Schmidt,  
bei lfd. Nr. 35: Köln, #-Obersturmabn. ORuKR. Sommer,  
bei lfd. Nr. 40: Ludwigshafen, KR. Born,  
bei lfd. Nr. 41: Magdeburg, KDir. Schulz-Lenhardt,  
bei lfd. Nr. 43: Nürnberg, #-Sturmabn. KDir. Odewald,  
bei lfd. Nr. 44: Oppeln, KDir. Reiche,  
bei lfd. Nr. 47: Recklinghausen, #-Sturmabn. KDir. Dr. Eweler,  
bei lfd. Nr. 49: Reichenberg, KDir. Roßberg,  
bei lfd. Nr. 54: Stettin, RuKR. Kroll,  
bei lfd. Nr. 55: Stuttgart, KR. Riede,  
bei lfd. Nr. 56: Tilsit, KR. Nitsche,  
bei lfd. Nr. 60: Wilhelmshaven, #-Hauptsturm. KDir. Borrmann,  
bei lfd. Nr. 61: Würzburg, KK. Martheler,  
bei lfd. Nr. 63: Zichenau/Südostpr., KK. Schindler,  
bei lfd. Nr. 64: Zwickau i. Sa.

#### Unter Abschnitt IX. Staatl. Kriminal- abteilungen:

bei lfd. Nr. 1: Altenburg, k.Pol.Dir. Vogel,  
bei lfd. Nr. 4: Bitterfeld, RR. Dr. Tschochner,  
bei lfd. Nr. 7: Duisburg, NSKK-Oberf. Pol.Präs. Foerster,  
bei lfd. Nr. 10: Eßlingen/Neckar, Platz der SA 7, Pol. Dir. Hoch,  
bei lfd. Nr. 19: Hamm, komm.Pol.Dir. Dr. Rotmann,  
bei lfd. Nr. 30a: D. Leoben, Adolf-Hitler-Platz 1, Pol. Dir. Dr. Kadletz,  
bei lfd. Nr. 38: München-Gladbach, #-Obersturmabn. Wehrle,  
bei lfd. Nr. 40: Oberhausen, #-Sturmabn. komm.Pol. Präs. Dr. Deutschbein,  
bei lfd. Nr. 55: Thorn, #-Hauptsturm. KR. Oeller-mann,  
bei lfd. Nr. 65: Wittenberg, #-Sturmabn. Pol.Dir. Wickert,  
bei lfd. Nr. 69: Zweibrücken, Landauer Str. 22.

#### Unter Abschnitt X. Beauftragte:

lfd. Nr. 1 u. 2: streichen,  
bei lfd. Nr. 3: An den Beauftragten des Chefs der Sich.Pol. u. d. SD f. d. Bereich des Militärbefehlshabers in Nordfrankreich u. Belgien, in Brüssel,  
bei lfd. Nr. 4: Außenanschrift: An die Geh. Staatspolizei - Grenzpolizeikommissariat Rostock - in Rostock, Kaiser-Friedrich-Str. 8.  
(II A 1 Nr. 400 III/41) — Befehlsblatt 1942 S. 185.

## Personalmitteilungen

### Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum techn. Insp.: die techn. Ob.Sekretäre Hamann u. Niederhausen.

### Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Pol.Insp.: apl. Pol.Insp. Kloth (Lublin).

Versetzt: Krim.Komm. Wittossek (KPSt. Reichenberg) zum Kdr. Warschau.

### Staatspolizei (Leit.) stellen.

Ernannt zum Pol.Insp.: Hptwachtm. d. Sch. Wohlfahrt (Danzig).

Versetzt: Krim.Komm. Bouillon (RSHA.) n. Düsseldorf; Pol.Insp. Loreck (Wien) zum RSHA.

Abgeordnet: die Pol.Inspektoren Hendreich (Prag) zum Befh. Riga, Brinkhof (Kattowitz) zum Befh. Kiew u. Siewecke (Münster) zum Befh. Riga.

Die Abordnungen der Pol.Inspektoren Siewecke (Münster) n. Brunn u. Petzold (Brunn) zum Befh. Riga sind aufgehoben worden.

### SD.

Versetzt: #-Hauptsturmführer Herbert Treuner zum Befh. Prag, #-Untersturmführer Erich Schmidt zum RSHA.

Kommandiert: #-Sturmabnführer Bonifer zum Befh. Paris, #-Hauptsturmführer Fritz Seiffert zum SD-A. Frankfurt/M.

Beauftragt: #-Hauptsturmführer Kurt Ahrens m. d. vertretungsw. Führung d. SD-HAST. Potsdam.

### Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum techn. Sekretär: Krim.Oberassistent Hermann Bothe (Stapost. Bremen).

— Befehlsblatt 1942 S. 186.



# Befehlsblatt

## des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 31

Berlin, den 20. Juli 1942

3. Jahrgang

— Diese Nummer erscheint nur als Ausgabe A —

### Sicherheitspolizei und SD

Ersatz- und Ergänzungskräfte.

RdErl. des RFH u ChdDtPol. im RMdI. vom 1. 7. 1942

— S II C 1 Nr. 3197/42-291-13 —

Zur Erleichterung der Verwaltungsarbeit gebe ich nachstehend den RdErl. über Ersatz- und Ergänzungskräfte vom 16. 10. 1940 i. d. F. vom 1. 7. 1941 (Befehlsbl. S. 119) unter Berücksichtigung der Änderungen vom 28. 1. 1942 (Befehlsbl. S. 32) u. vom 1. 7. 1942 (Befehlsbl. S. 182) in der ab 1. 4. 1942 geltenden Fassung bekannt:

Neufassung: \*)

Ersatz- und Ergänzungskräfte.

RdErl. des RFH u ChdDtPol. im RMdI. vom 16. 10. 1940 in der Fassung vom 1. 7. 1942

— S II C 1 Nr. 3197/42-291-13 —

#### A. Ermächtigung zur Einstellung von Ersatz- und Ergänzungskräften.

(1) Durch die Erlasse vom 14. 9. 1939 — S V 3 Nr. 323/39 — und vom 29. 9. 1939 — S V 3 Nr. 323/39 (Stapo) usw. — (nicht veröffentl.) sind die Dienststellen der Sich.Pol. ermächtigt worden, u. a. für jeden zum Einsatz in Polen abgeordneten Beamten und Angestellten eine Ersatzkraft einzustellen. Durch die bevorstehende Versetzung der Beamten und Angestellten in die eingegliederten Ostgebiete, die Einweisung in die Planstellen der Dienststellen im Generalgouvernement und die Abordnungen nach Norwegen und nach dem Westen wird eine Änderung dieser Ermächtigung notwendig. Die Ermächtigung kann jedoch nicht mehr allgemein, sondern nur für die einzelne Dienststelle auf Antrag ausgesprochen werden.

(2) Eine Ermächtigung zur Einstellung von Ersatzkräften kommt bei dringendem dienstlichem Bedürfnis in Betracht:

1. für die zum Kriegsdienst einschl. Geheimer Feldpolizei einberufenen Beamten, Angestellten und Arbeiter und
2. für die in die besetzten Gebiete (Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich usw.) abgeordneten Beamten und Angestellten und
3. bei der staatl. Kriminalpolizei außerdem für die von den Kriminalpolizei(leit)stellen und Kriminalabteilungen zur Geh. Staatspolizei abgeordneten Beamten.

\*) Abdrucke dieser Neufassung können von den Dienststellen in beschränktem Umfange beim RSHA. angefordert werden.

(3) Ferner bin ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen bereit, die Dienststellen, denen es nicht möglich ist, die Planstellen für Beamte mit geeigneten Anwärtern zu besetzen, zu ermächtigen, im Rahmen eines Teils der freien Planstellen Ergänzungskräfte einzustellen.

(4) Als Ersatz- und Ergänzungskräfte gelten:

- a) die als Beamte auf Widerruf oder als Angestellte wieder eingestellten Ruhestandsbeamten,
- b) die auf Grund der bisherigen Ermächtigung im Wege der freien Vereinbarung als Ersatzkräfte eingestellten Angestellten einschl. der HJ.-Angehörigen,
- c) die Notdienstpflichtigen und die Dienstverpflichteten,
- d) die Hilfspolizeibeamten,
- e) bei der Geh. Staatspolizei außerdem die Beamten der staatl. Kriminalpolizei, die zur Geh. Staatspolizei als Ersatz für eingesetzte Beamte und Angestellte abgeordnet sind, und
- f) die Arbeitsmädchen.

(5) 1. Bei der Sich.Pol. — Kap. V 14 a — dürfen Ersatz- und Ergänzungskräfte nur im Rahmen der zugeteilten Stellen beschäftigt werden. Die erforderlichen Stellen sind beim RSHA. — Ref. I A 2 — zu beantragen; in dem Antrag ist die Notwendigkeit der Stellen zu begründen und anzugeben, von wann ab sie benötigt werden. Die Einstellung von Kräften im Rahmen der zugeteilten Stellenzahl bedarf keiner besonderen Genehmigung. Die Stellen und ihre Besetzung sind in einem besonderen Abschnitt der Planstellen-Überwachungsliste und des Verzeichnisses über die Besetzung der Planstellen (§§ 39 u. 40 RWB.) nachzuweisen.

2. Bei der Kriminalpolizei — Kap. V 14 — können Ersatz- und Ergänzungskräfte im Rahmen der mit dem Kassenanschlag der Ordnungspolizei und Kriminalpolizei zugeteilten Mittel (Stellen) künftig ohne vorherige Genehmigung eingestellt werden. Der Zeitpunkt der Einstellung und Entlassung von Ersatz-

und Ergänzungskräften ist dem RSHA. — Ref. I A 3 — unter Aufführung der Personalien umgehend anzuzeigen. Gegen die Einstellung von weiblichen Krim. Angest. bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Sie sind jedoch anfangs nur im Innendienst zu verwenden und sollen im Außendienst nur unter Leitung eines(r) erfahrenen Krim. Beamten(in) eingesetzt werden, um ein Übergreifen in den Wirkungsbereich der weiblichen Krim. Pol. zu vermeiden. Vor einer Einstellung von Krim. Angest. über das Kassenanschlagsoll hinaus sind ausführlich begründete Anträge dem RSHA. — Ref. I A 3 — zur Genehmigung vorzulegen. Die erforderlichen Mittel werde ich von Fall zu Fall aus dem von mir verwalteten Reservefonds bei Kap V 14 Tit. 4 Ut. 11 zusätzlich zuteilen. Hinsichtlich der Geschäftszimmerangestellten verweise ich auf den Erl. des Hauptamtes Ordnungspolizei vom 22. 6. 1942 — O-VuR. Org. 2-1233/42 —.

## B. Einstellung und Vergütung.

### I. Die Ruhestandsbeamten.

(6) Die Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1603), die die Grundlage für die Wiederindienststellung von Ruhestandsbeamten als Beamte auf Widerruf bildet, ist durch die Zweite Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts vom 3. 5. 1940 (RGBl. I S. 732) neu gefaßt worden. Zu dieser Zweiten Verordnung sind die Durchführungsbestimmungen vom 15. 5. 1940 (RGBl. I S. 796) und der Erlaß vom 17. 6. 1940 (MBliV. S. 1193) ergangen. Daneben sind von dem Erlaß über die Wiederverwendung von im Ruhestand befindlichen uniformierten Polizeivollzugsbeamten als Beamte auf Widerruf oder im Angestelltenverhältnis vom 8. 7. 1940 (MBliV. S. 1459) folgende Bestimmungen in der Sicherheitspolizei sinngemäß anzuwenden:

#### A. Ruhestandsbeamte im Beamtenverhältnis auf Widerruf:

- Abs. 1 Nr. 2 (Keine Einweisung in Planstellen),
- Abs. 2 (Kein Rechtsanspruch auf Verwendung als Beamter auf Widerruf),
- Abs. 4 (Neueinstellung von Beamten, die nach § 4 des BBG. vom 7. 4. 1933 oder der VO. zur Neuordnung des österr. Berufsbeamtentums — BBV. — vom 31. 5. 1938 entlassen sind, in eine Planstelle),
- Abs. 6 Nr. 2 (Art der Verwendung),
- Abs. 7 (Rechte und Pflichten),
- Abs. 8 (Amtsbezeichnung),
- Abs. 9 (Schriftform der Ernennung; erneute Vereidigung),
- Abs. 10 (Dienst- u. Versorgungsbezüge; BDA.),
- Abs. 11 ohne Nr. 6 u. 7 (Reisekostenvergütung, Trennungsschädigung).

#### B. Ruhestandsbeamte im Angestelltenverhältnis.

- Abs. 1—5 (Auf Privatdienstvertrag einzustellende Ruhestandsbeamte),
- Abs. 6 (Wiederverwendung von Beamten, die wegen eines Dienststrafverfahrens oder eines strafgerichtlichen Urteils aus dem Dienst ausgeschieden sind),
- Abs. 7 (Art der Verwendung),
- Abs. 8 (Amtsbezeichnung),
- Abs. 9 (Verpflichtungserklärung),
- Abs. 10 i. d. Fassung des Erl. vom 26. 2. 1941 — MBliV. S. 360 — (Ernennung zu Hilfspolizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft),
- Abs. 13 Nr. 1, 3 u. 4 (Dienstbezüge, Anwendung der Ruhensvorschriften),

Abs. 15 Nr. 1—3 (Reisekostenvergütung, Trennungsschädigung),

Abs. 17 (Angestellten-, Krankenversicherung; Beitragspflicht zum Reichsstock für Arbeitseinsatz),

Abs. 18 (Heilfürsorge).

### C. Allgemeine Bestimmungen für Ruhestandsbeamte im Widerrufs- bzw. Angestelltenverhältnis.

Abs. 1 (Höchstalter),

Abs. 2 (Feststellung der Dienstfähigkeit),

Abs. 3 Nr. 1—3 (Beamtenrechtliche Voraussetzungen für die Wiederverwendung),

Abs. 4 (Juden und jüdische Mischlinge),

Abs. 5 (Nach § 4 des BBG. vom 7. 4. 1933 oder nach § 4 der BBV. vom 31. 5. 1938 entlassene oder in den Ruhestand versetzte Beamte),

Abs. 6 (Auf Grund der §§ 5 oder 6 des BBG. oder der §§ 5 oder 6 der BBV. in den Ruhestand versetzte Beamte),

Abs. 7 (Nach §§ 2, 2a und 3 BBG. und nach § 3 der BBV. entlassene oder in den Ruhestand versetzte Beamte),

Abs. 12 (Beförderung nicht möglich),

Abs. 15 (Polizeidienstauszeichnung, Vorschläge sind einstweilen nicht einzureichen),

Abs. 16 Nr. 1 (Anerkennungsschreiben),

Abs. 17 (Personalakten),

Abs. 18 (Anzeige an die Regelungsbehörde; Rückzahlungsbeträge bei Kapitalabfindungen),

Abs. 20 (Ruhestandsbeamte als Dienstwohnungsinhaber).

(7) Von der Einstellung von verwendbaren Ruhestandsbeamten, auch solchen der Schutzpolizei und Gendarmerie, als Beamte auf Widerruf oder als Angestellte ist weiterhin Gebrauch zu machen; bei der Einstellung als Kriminalangestellte gilt das Höchstalter von 40 Jahren nicht. Für Ruhestandsbeamte werde ich in jedem Falle Stellen für Ersatzkräfte bewilligen, muß mir aber vorbehalten, bei Überbesetzung der Dienststelle andere Kräfte abzugeben.

(8) Die Ruhestandsbeamten werden von dem Leiter der Beschäftigungsbehörde einberufen und entlassen. Jede Einberufung ist mir auf einem Formular nach Anlage B anzuzeigen; ebenso ist mir jede Entlassung mitzuteilen.

(9) Vollzugsbeamte im Ruhestand, die als Angestellte einzustellen sind, werden in der Regel nach der Dienstordnung für Kriminalangestellte vom 15. 10. 1937 (vgl. meinen nicht veröffentl. Erlaß vom gleichen Tage — SV 2 Nr. 17/37 —) ihrer Verwendung entsprechend abzufinden sein.

### II. Die durch freie Vereinbarung im Angestelltenverhältnis eingestellten Ersatz- und Ergänzungskräfte.

(10) Nach der Anordnung des Reichstreuhanders für den öffentlichen Dienst vom 22. 1. 1940 (RBB. S. 45 und MBliV. S. 287) sind Angestellte, die auf Grund der bisherigen Ermächtigungen nach dem 25. 8. 1939 als Ersatz- oder Ergänzungskräfte eingestellt worden sind, Aushilfsangestellte. Von der Ermächtigung in II der Anordnung des Reichstreuhanders, niedrigere Tarifsätze zu zahlen, beabsichtige ich keinen Gebrauch zu machen. Es sind vielmehr für Aushilfsangestellte im Kriminaldienst die Vergütungssätze in der Dienstordnung für Kriminalangestellte und für die übrigen Aushilfsangestellten die Tarifsätze der TO. A zugrunde zu legen.

(11) Die Kriminalangestellten sind grundsätzlich in den Grundvergütungssatz von 2000 RM und die Angestellten des Geschäftszimmerdienstes usw. in die Verg.Gr. IX TO. A einzuweisen. Die Angestellten



des Geschäftszimmerdienstes können, abweichend von der Besonderen Dienstordnung zur TO. A für die Verwaltung und Betriebe im Geschäftsbereich des RMdI. Ziff. 5 Abs. 3 (MBliV. 1938 S. 1890), auch in die Verg.Gr. VIII TO. A eingewiesen werden, wenn die Tätigkeitsmerkmale dieser Verg.Gr. erfüllt sind. Falls die Einreihung in höhere Vergütungsgruppen auf Grund der Tätigkeitsmerkmale der Dienstordnung für Krim.Angestellte oder der TO. A für notwendig erachtet wird, ist dies besonders zu beantragen.

(12) Die Ersatz- und Ergänzungskräfte brauchen nicht unfähig zu sein. Die Vorschriften über das Höchst- und Mindestalter der Krim.Angestellten (40 und 21 Jahre) gelten für sie nicht. Jede Einstellung von Angestellten ist sofort anzuzeigen; hierbei sind anzugeben: Name, Vorname, Geburtstag und -jahr, Familienstand, bisheriger Beruf, Dienstantritt, Vergütungsgruppe und für wen als Ersatzkraft eingestellt; ebenso ist mir jede Entlassung mitzuteilen.

(13) Da § 1 Abs. 4 a der TO. A, der im allgemeinen die Regelung der Rechtsverhältnisse der Aushilfsangestellten für die ersten sechs Monate der Besonderen Dienstordnung überläßt, auf die Ersatz- und Ergänzungskräfte keine Anwendung findet, entfällt für die Ersatz- und Ergänzungskräfte auch die Bestimmung in Nr. 2 der BDO. zur TO. A — Anl. 2 zum RdErl. vom 14. 11. 1938 (MBliV. S. 1885) —; es können ihnen daher in den ersten sechs Monaten die Vordienstzeiten (§ 7 ATO.) angerechnet und Erholungsurlaub gewährt werden. Die Kündigungsfrist wird für die Dauer der Aushilfsfähigkeit, ohne Rücksicht auf Vordienstzeiten, auf zwei Wochen zum Monatsabschluß festgesetzt.

(14) Den Ersatz- und Ergänzungskräften ist von dieser Regelung unverzüglich schriftlich Mitteilung zu machen. Bei den künftig einzustellenden Aushilfsangestellten sind in den Arbeitsverträgen die obigen Abweichungen von den Tarifbestimmungen ausdrücklich zu vereinbaren. Die zusätzliche Vereinbarung ist aufzuheben, wenn Aushilfsangestellte in freie Angestelltenstellen übernommen werden.

(15) Ersatz- und Ergänzungskräfte im Angestelltenverhältnis sind auch die Angehörigen des HJ-Streifendienstes.

Die Erlasse

vom 8. 9. 1939 — S V 3 Nr. 315/39 — (Grundsätzliche Regelung über Einstellung und Art der Beschäftigung),

vom 5. 10. 1939 — S V 3 Nr. 315 VI/39 — (Überführung in das Beamtenanwärterverhältnis),

vom 24. 10. 1939 — S I V 2 Nr. 8208/39 usw. — (Vergütung),

vom 18. 6. 1940 — I E 2 Nr. 16 517/40-291-13 — (Vergütung; Berechnung des Tagesentgelts)

bleiben in Geltung.

### III. Die Notdienstpflichtigen und die Dienstverpflichteten.

#### A. Die rechtlichen Grundlagen.

(16) Schon mein Erlaß vom 29. 9. 1939 enthält grundsätzliche Ausführungen über die Notdienstpflichtigen. Inzwischen haben die Vorschriften über die Notdienstpflichtigen eine erhebliche Ausweitung erfahren. Es kommen insgesamt folgende Bestimmungen in Betracht:

1. Notdienstverordnung vom 15. 10. 1938 — RGBI. I S. 1441 —,

2. Bekanntmachung der Behörden, die Notdienstleistungen fordern können, vom 8. 7. 1939 — RGBI. I S. 1204 —,

3. 1. DVO. zur Notdienstverordnung vom 15. 9. 1939 — RGBI. I S. 1775 —,

4. 2. DVO. (Sozialversicherung der Notdienstpflichtigen) vom 10. 10. 1939 — RGBI. I S. 2018 —,

5. 3. DVO. (Vergütung bei Heranziehung zum langfristigen Notdienst) vom 14. 10. 1939 — RGBI. I S. 2049 —,

6. Verordnung zur Einführung der Notdienstverordnung im Protektorat Böhmen und Mähren vom 25. 11. 1939 — RGBI. I S. 2300 —,

7. 4. DVO. (Sondervorschriften für das Protektorat Böhmen und Mähren) vom 25. 11. 1939 — RGBI. I S. 2301 —,

8. 5. DVO. (Sozialversicherung der in und aus dem Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren eingesetzten Notdienstpflichtigen vom 4. 1. 1940 — RGBI. I S. 27 —,

9. 6. DVO. (Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung bei Heranziehung zum langfristigen Notdienst) vom 22. 5. 1940 — RGBI. I S. 815 —,

10. 7. DVO. vom 22. 5. 1940 — RGBI. I S. 818 —,

10 a) 8. DVO. vom 12. 5. 1941 — RGBI. I S. 253 — (Pfändbarkeit der Vergütungen, Berufsfürsorge nach Beendigung des Notdienstes),

11. RdErl. über Notdienstleistungen ausländischer Staatsangehöriger vom 15. 8. 1939 — MBliV. S. 1771 —,

12. RdErl. über Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die auf Grund der Notdienstverordnung herangezogen werden, vom 1. 4. 1942 — MBliV. S. 649 —,

13. RdErl. über Heranziehung von Notaren zum langfristigen Notdienst vom 11. 12. 1939 — MBliV. S. 2539 —,

14. RdErl. über Notdienstseinsatz von Ärzten zur ärztlichen Versorgung der Zivilbevölkerung vom 18. 3. 1940 — MBliV. S. 661 —,

15. RdErl. über Heranziehung Jugendlicher zu Dienstleistungen im Notdienst und im Luftschutz vom 19. 6. 1940 — MBliV. S. 1240 —,

16. RdErl. über Notdienstbeordnungen von Zahnärzten und Dentisten vom 5. 7. 1940 — MBliV. S. 1436 —,

17. VO. zur Einführung der Notdienstverordnung nebst Durchführungsvorschriften in den eingegl. Ostgebieten vom 14. 7. 1940 — RGBI. I S. 1019 —,

18. RdErl. über Reisekosten und Krankenkassenbeiträge für notdienstverpflichtete Hilfskassenärzte vom 20. 9. 1940 — MBliV. S. 1859 —,

19. RdErl. über Übergangsbezüge für entlassene Notdienstpflichtige vom 13. 2. 1942 — MBliV. S. 369 —,

20. RdErl. über Bestattung und Überführung gefallener oder verstorbener Angehöriger der Heimat-schutzorganisationen vom 9. 5. 1941 — MBliV. S. 864 —

(17) Die seit dem Erlaß vom 29. 9. 1939 ergangenen Vorschriften halten an der Unterscheidung zwischen

Notdienstpflichtigen, die ohne Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses herangezogen werden (Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis) und Notdienstpflichtigen, die unter Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses herangezogen werden (Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis)

fest. Bei der Sicherheitspolizei sind Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis die gegenwärtigen Ersatz- und Ergänzungskräfte der Grenzpolizei, die zum Notdienst herangezogenen Beamten des öffentl. Dienstes und die Ersatz- und Ergänzungskräfte, die bei der Zuweisung ausdrücklich als Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis bezeichnet werden; alle anderen sind Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis.

(18) 1. Neben den Notdienstpflichtigen bestehen die Dienstverpflichteten, die auf Grund der Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. 2. 1939 (RGBl. I S. 206), im folgenden kurz Kräftebedarfsverordnung genannt, herangezogen sind. Die Kräftebedarfsverordnung ist durch die 1. Durchführungsanordnung vom 2. 3. 1939 (RGBl. I S. 293) ausgeführt und ergänzt worden.

2. Die Heranziehung auf Grund der Kräftebedarfsverordnung erfolgt durch das Arbeitsamt unmittelbar (§ 1 Abs. 1 der Kräftebedarfsverordnung). Die Voraussetzungen für die Anwendung der Notdienstverordnung und der Kräftebedarfsverordnung sind nicht scharf gegeneinander abgegrenzt. Als Bedarfsstellen können die Staatspolizei(leit)stellen, die Kriminalpolizei(leit)stellen und die SD(Leit)Abschnitte nach den Grundsätzen über die Verteilung und den Einsatz der Bevölkerung im Kriege von den Arbeitsämtern die Bereitstellung von Ersatz- und Ergänzungskräften verlangen.

#### B. Abfindung der Notdienstpflichtigen.

##### a) Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis.

(19) 1. Die Abfindung der Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem RdErl. vom 1. 4. 1942 (MBliV. S. 649 — vgl. Anlagen A u. D —). Die bei der Sicherheitspolizei eingestellten Notdienstpflichtigen erhalten, ohne Rücksicht auf einen etwaigen  $\mathbb{H}$ -Dienstgrad, die Vergütungssätze der Gruppe 2. Diese betragen innerhalb des Reichsgebiets täglich:

|                                                                                        | RM                                                                       |
|----------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------|
| 1. in bar . . . . .                                                                    | 1,—                                                                      |
| 2. Bekleidungsentschädigung für Benutzung eigener Bekleidung                           |                                                                          |
| a) für Oberkleidung                                                                    | nur wenn<br>nicht dienstlich<br>geliefert (vgl.<br>Abs. 37 Ziff. 3) 0,60 |
| b) für Stiefel                                                                         | 0,20                                                                     |
| c) für Unterkleidung . . . . .                                                         | 0,20                                                                     |
| 3. a) für Selbstverpflegung am Heimatort . . . . .                                     | 2,—                                                                      |
| (für Angehörige des öffentlichen Dienstes jedoch nur 1,20 RM)                          |                                                                          |
| b) für Selbstverpflegung außerhalb des Heimatortes . . . . .                           | 3,—                                                                      |
| 4. für auswärtige Übernachtung, wenn Unterkunft nicht gestellt wird:                   |                                                                          |
| a) für die ersten 3 Wochen des Aufenthalts am selben Ort . . . . .                     | 2,—                                                                      |
| b) nach Ablauf von 3 Wochen nur die tatsächlichen Auslagen, wenn diese niedriger sind. |                                                                          |

2. Folgende Notdienstpflichtige der Verg.Gr. 2 werden in die Verg.Gr. 2a eingereiht, ohne daß damit eine Beförderung zum höheren Dienstgrad verbunden sein muß:

- Gediente der alten Wehrmacht ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit,
- Gediente der Freikorps und der vorläufigen Reichswehr bis Ende 1920,
- Angehörige der Geburtsjahrgänge 1900 bis 1912, die freiwillig bei der Reichswehr oder der neuen Wehrmacht 8 Wochen oder länger gedient haben,
- alle übrigen Notdienstpflichtigen nach 2-jähriger Dienstzeit im Notdienst.

3. Bei guter Führung und Leistung kann der Notdienstpflichtige von den Dienststellen in die nächsthöhere Vergütungsgruppe eingewiesen werden, wenn seine Tätigkeit eine Höherstufung rechtfertigt. Zwischen den einzelnen Höherstufungen muß jedoch eine Mindestdienstzeit von einem Jahr liegen. In be-

sonders begründeten Ausnahmefällen (z. B. bei ganz hervorragenden Leistungen, bewiesener besonderer Umsicht und Tapferkeit u. ä.) kann von der Einhaltung der Jahresfrist abgesehen werden; Anträge auf Höherstufung ohne Einhaltung der Jahresfrist sind dem RSHA. (für Notdienstpflichtige bei der Geh. Staatspolizei = Ref. I A 2, bei der Reichskriminalpolizei = Ref. I A 3, beim SD = Ref. I A 4) vorzulegen. Höherstufungen von der Verg.Gr. 4a an aufwärts sind in jedem Falle mit ausführlicher Begründung beim RSHA. — Ref. I A 2, 3 oder 4 — zu beantragen. Die Höherstufung in der Vergütung hat bei  $\mathbb{H}$ -Angehörigen auf den  $\mathbb{H}$ -Dienstgrad und bei nicht der  $\mathbb{H}$  angehörenden Uniformträgern auf die Dienstgradabzeichen keinen Einfluß. Die Höherstufung und die zustehenden Vergütungssätze sind dem Notdienstpflichtigen schriftlich mitzuteilen; dabei ist gegebenenfalls darauf hinzuweisen, daß die Höherstufung auf den  $\mathbb{H}$ -Dienstgrad bzw. die  $\mathbb{H}$ -Dienstgradabzeichen ohne Einfluß ist. Für die Höherstufung der Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis (o. B.) lassen sich vergleichbare Tätigkeitsmerkmale mit den Beamten oder Angestellten infolge des völlig anders gearteten Rechtsverhältnisses, auf dem die Dienstleistung beruht, und dem völlig unterschiedlichen Aufbau der Abfindung (Vergütung für persönliche Aufwendungen, dazu Familienunterhalt oder Weiterzahlung der Friedensdienstbezüge) einstweilen nicht aufstellen. Es muß daher dem pflichtmäßigen Ermessen des Dienststellenleiters überlassen bleiben, die Höherstufung unter Berücksichtigung der Führung und Leistung des Notdienstpflichtigen vorzunehmen.

4. Bei dienstlich gewährter Verpflegung kommt der Vergütungssatz für Selbstverpflegung in Fortfall.

5. Außerhalb der Reichsgrenzen und im Generalgouvernement eingesetzte Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis erhalten die Vergütungssätze in Landeswährung in der aus der Anlage D ersichtlichen Höhe, und zwar in Italien, der Slowakei, Ungarn, Kroatien, Rumänien, Bulgarien, Serbien (Rest-Jugoslawien), Griechenland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken vom 1. 7. 1941, im übrigen vom 1. 1. 1941 an. Soweit bisher höhere Sätze gezahlt wurden, bleiben diese in Ausgabe.

(20) Den aus dem öffentlichen Dienst herangezogenen Notdienstpflichtigen können diese Vergütungssätze ebenfalls gezahlt werden. Wird ihnen die Vergütung „in bar“ für eine zusammenhängende Zeitspanne von mehr als einer Woche gewährt, so wird für die darüber hinausgehende Zeit von ihren Dienstbezügen ein Ausgleichsbetrag abgezogen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 1a der 3. DVO. in der Fassung der 7. DVO. § 3 Ziff. 1 u. 2). Damit die Heimatbehörde den Ausgleichsbetrag abziehen kann, hat ihr die Beschäftigungsbehörde die Höhe der Barvergütung mitzuteilen. Bei außerhalb der Reichsgrenzen einschl. Generalgouvernement eingesetzten Notdienstpflichtigen ist die für das Inland zuständige Barvergütung maßgebend.

(21) gestrichen.

(22) Hinsichtlich der Weiterzahlung der Gebührens bei Untersuchungshaft, vorläufiger Festnahme sowie dienststrafrechtlichen Freiheitsstrafen, der auswärtigen Übernachtung, der Selbstunterbringung, der Selbstverpflegung und Gemeinschaftsverpflegung, des Familienunterhalts und der Reisebeihilfen verweise ich auf den RdErl. vom 1. 4. 1942 (MBliV. S. 649).

(23) Die Vergütungen sind am 1. und 15. jeden Monats im voraus zu zahlen. Bei Entlassung vor Ablauf der Monatshälfte sind die überzahlten Beträge, soweit sie nicht auf die Übergangsbezüge angerechnet werden können, in Ausgabe zu belassen. Sämtliche Vergütungen sind lohnsteuerfrei.

(24) 1. Für die Dienstantrittsreise sowie für die Rückreise nach Beendigung des Notdienstverhältnisses



ist Reisekostenvergütung nach Abs. 1 der 3. DVO. zuständig; bei Reisen ist Reisekostenvergütung nach den Reisekostenbestimmungen zu zahlen, und zwar nach der Reisekostenstufe V. Die Vergütungen nach Abs. 19 werden weitergezahlt; der Satz für Selbstverpflegung ist jedoch anzurechnen. Für Tage, an denen ein Teiltagsgeld gewährt wird, ist auf die Reisekostenvergütung  $\frac{3}{10}$  oder  $\frac{5}{10}$  des Satzes für Selbstverpflegung — je nach der Dauer der Abwesenheit — anzurechnen; in den besetzten Gebieten der UdSSR., in den Ländern

des Südostraumes usw., in denen Auslandstagegeld nach dem Erlaß des Reichsmin. u. Chefs d. Reichskanzlei vom 8. 7. 1941 (RBB. S. 175) gezahlt wird, findet bei Zahlung eines Teilauslandstagegeldes eine Anrechnung nicht statt. Dauert die Dienstreise an demselben Geschäftsort länger als 7 Tage, in den besetzten Gebieten der UdSSR. usw. länger als 14 Tage, so sind vom 8. oder 15. Tage ab nur noch die Hälfte des Tagegeldes, mindestens aber der Satz für Selbstverpflegung, und die Hälfte des Übernachtungsgeldes oder die Hälfte des Auslandstagegeldes zu zahlen.

## Beispiel

| Reisetag        | Reiseverlauf                | Tagegeld            | Übernachtungsgeld   |
|-----------------|-----------------------------|---------------------|---------------------|
| 1. 1.           | Berlin ab 20 <sup>00</sup>  | —                   | 1 × 4,50 = 4,50 RM  |
| 2. 1.           | München an 7 <sup>00</sup>  | 1 × 5,50 = 5,50 RM  | 1 × 4,50 = 4,50 „   |
| 3. 1. bis 9. 1. | Aufenthalt in München       | 7 × 5,50 = 38,50 „  | 7 × 4,50 = 31,50 „  |
| 10. 1.          | dto.                        | 1 × 3,— = 3,— „     | 0,5 × 4,50 = 2,25 „ |
| 11. 1.          | München an 21 <sup>30</sup> | 1 × 5,50 = 5,50 „   | 1 × 4,50 = 4,50 „   |
| 12. 1.          | Berlin an 8 <sup>00</sup>   | 0,5 × 5,50 = 2,75 „ | —                   |
|                 |                             | 55,25 RM            | 47,25 RM            |
|                 |                             |                     | 102,50 RM           |

Davon ab: vom 2. 1. bis 11. 1. = 10 Tg. à 3,— RM = 30,— RM

für den 12. 1. = 0,5 „ à 3,— „ = 1,50 „ 31,50 „

bleiben: 71,— RM.

Beim SD ist bei Abwesenheit von mehr als 6 und weniger als 12 Stunden 0,5 des Satzes für Selbstverpflegung anzurechnen, da in diesem Falle 0,5 Tagegeld gewährt wird.

2. Trennungsentschädigung und Beschäftigungsvergütung darf nicht gezahlt werden, weil dafür die Vergütungssätze für Verpflegung und Unterkunft gewährt werden.

(25) 1. Werden für die Dauer der Beschäftigung im Notdienst die bisherigen Dienstbezüge von der früheren Beschäftigungsstelle weitergezahlt, so bleibt das bestehende Sozialversicherungsverhältnis unberührt (§ 2 der 2. DVO.); werden die Dienstbezüge nicht weitergezahlt, so gilt § 4 der 2. DVO. Die zusätzliche Versorgung der aus dem öffentlichen Dienst herangezogenen Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis ist in § 1 der 6. DVO. geregelt.

2. Notdienstpflichtige, die in einem Notdienstverhältnis ohne Beschäftigungsverhältnis stehen und deren Krankenversicherung sich nach § 4 Nr. 2 der 2. DVO. regelt, sind von der Verpflichtung, für den Krankenschein und das Arzneiverordnungsblatt eine Gebühr zu entrichten, befreit. Die Befreiung von der Krankenscheingebühr gilt auch für die Familienkrankenpflege. Diese Vorschrift ist auch auf laufende Versicherungsfälle anzuwenden (VO. des Reichsarbeitsministers vom 26. 2. 1940 — RABl. S. II 90 —).

(26) Nach einer Notdienstzeit von drei Monaten, gerechnet vom Tage der Einstellung an, kann dem Notdienstpflichtigen bis auf weiteres ein Erholungsurlaub bis zu 21 Kalendertagen gewährt werden. In den besetzten Gebieten und im Generalgouvernement gilt die Urlaubsregelung der Sich. Pol. und des SD auch für die Notdienstpflichtigen.

(26 a) 1. Bei Urlaub und Dienstbefreiung werden die Vergütung in bar, die Bekleidungsentschädigung und die Vergütung für Selbstverpflegung weitergezahlt. Daneben werden die am Dienstort weiterlaufenden tatsächlichen Auslagen für Unterkunft in Grenzen bis zu 2,— RM erstattet. Wird der Urlaub bei Familienangehörigen verbracht, so wird — mit Ausnahme der Reisetage — nur der am

Heimatort zustehende Verpflegungssatz (2,— RM, bei Notdienstpflichtigen des öffentlichen Dienstes 1,20 RM täglich) gewährt. Die außerhalb der Reichsgrenzen einschließlich Generalgouvernement eingesetzten Notdienstpflichtigen erhalten während des Urlaubs und der Dienstbefreiung die Barvergütung und Bekleidungsentschädigung nach den für das Verwendungsgebiet geltenden Sätzen. Die Geldabfindung für Selbstverpflegung ist, sofern nicht Verpflegung in Natur mitgegeben wird, nur bis zum Tage des Überschreitens der Reichsgrenze (dieser Tag ausschließlich) in Höhe des für das Verwendungsgebiet zuständigen Satzes zu zahlen. Bei der Rückkehr vom Urlaub aus dem Reichsgebiet in das besetzte Gebiet ist der für das Verwendungsgebiet zuständige Satz der Geldabfindung für Selbstverpflegung vom Tage des Überschreitens der Reichsgrenze an (dieser Tag einschließlich) zu zahlen. Für die Tage des Aufenthalts im Reichsgebiet sind die Verpflegungssätze des Inlandes zuständig.

2. In Krankheitsfällen sind die Vergütung in bar und die Bekleidungsentschädigung weiterzuzahlen. Ob und inwieweit die Vergütung für Selbstverpflegung und Übernachtung weiterzuzahlen ist, richtet sich nach den jeweiligen Umständen. Bei Krankenhausbehandlung sind diese Entschädigungen nicht zu zahlen. Die tatsächlich entstandenen Kosten für die Beibehaltung der Wohnung können erstattet werden. Bei längerer Krankheit ist zu berichten.

(27) In § 1 der 7. DVO. sind die obersten Reichsbehörden ermächtigt worden, für die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis Dienststrafbestimmungen zu erlassen. Solche Bestimmungen sind bei der Sicherheitspolizei nicht notwendig, weil die Vorschriften über die H- und Polizeigerichtbarkeit ausreichen (Verordnung vom 17. 10. 1939 — RGBl. I S. 2107 — und Befehlsblatt des Chefs der Sich. Pol. u. des SD 1940 S. 35).

(27 a) Für die Gewährung von Übergangsbezügen und Entlassungsgeld für entlassene Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis gilt der RdErl. vom 13. 2. 1942 (MBI. V. S. 369). Bei Entlassungen außerhalb der Reichsgrenze sind diese Bezüge nicht in Landeswährung, sondern nach den in dem vor-

bezeichneten RdErl. festgesetzten Sätzen zu zahlen. Der RdErl. über Bestattungen und Überführungen gefallener oder verstorbener Angehöriger der Heimatschutzorganisation vom 9. 5. 1941 (MBliV. S. 864) gilt auch für die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis bei der Sich.Pol.

#### b) Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis.

(28) Für die Vergütung der Notdienstpflichtigen mit Beschäftigungsverhältnis gelten die für ein entsprechendes Arbeitsverhältnis gültigen Tarif- und Dienstordnungen (TO. A, Dienstordnung für Krim. Angestellte usw.) sinngemäß. Neben diesen Dienstbezügen ist, wenn die Voraussetzungen vorliegen, Familienunterhalt zuständig.

(29) Nach § 3 Abs. 2 letzter Satz der 3. DVO. durfte bisher Beschäftigungsvergütung an Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis nicht gezahlt werden. Diese Vorschrift ist durch § 3 Ziff. 3 der 7. DVO. geändert worden; es kann nunmehr Beschäftigungsvergütung gewährt werden, wenn dies notwendig erscheint. Ich habe keine Bedenken dagegen, daß an Notdienstpflichtige mit Beschäftigungsverhältnis bei Abordnung oder bei auswärtigem Einsatz außerhalb des Einstellungsortes Beschäftigungsvergütung in der gleichen Höhe gezahlt wird, wie sie Angestellte nach den Bestimmungen über Vergütung bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung der Beamten vom 16. 12. 1933 — RBB. S. 200 — erhalten können (Nr. 4 ADO. zu § 3 TO. A).

(30) 1. Zahlt die frühere Beschäftigungsstelle die bisherigen Dienstbezüge an den Notdienstpflichtigen weiter, so bleibt das bestehende Sozialversicherungsverhältnis unberührt (§ 2 der 2. DVO.). Zahlt die frühere Beschäftigungsstelle die Dienstbezüge nicht weiter, so finden auf das Notdienstverhältnis die allgemeinen Sozialversicherungsvorschriften sinngemäß Anwendung (§ 3 der 2. DVO.); jedoch bleiben Personen, die vor der Heranziehung zum Notdienst der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung unterlagen, aber auf Grund des Notdienstes eine invalidenversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, für die Dauer des Notdienstes in ihrem bisherigen Versicherungszweig versichert (§ 3 Abs. 1 der 2. DVO.); maßgebend für die Höhe des Beitrages ist der zuletzt an den bisherigen Versicherungsträger gezahlte Beitrag. War dagegen der Notdienstpflichtige vorher invalidenversicherungspflichtig und übt er während des Notdienstes eine angestelltenversicherungspflichtige Tätigkeit aus, so ist er angestelltenversicherungspflichtig nach seinem jeweiligen Einkommen. Bei der Berechnung der Beiträge zur Krankenversicherung und zum Reichsstock für Arbeitseinsatz ist bei Notdienstpflichtigen mit Beschäftigungsverhältnis das Einkommen aus dem Notdienstverhältnis zugrunde zu legen.

2. Die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung (6. DVO.) gilt nur für die aus dem öffentlichen Dienst herangezogenen Angestellten und Arbeiter. Beiträge zur zusätzlichen Versorgung sind nur dann zu entrichten, wenn im bisherigen Beschäftigungsverhältnis eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vorgesehen war (§ 2 Abs. 1 letzter Satz der 6. DVO.).

3. Bei der zusätzlichen Versorgung richtet sich die Höhe des Beitrages in jedem Falle nach den aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis zustehenden Bezügen (§ 2 Ziff. 2 der 6. DVO.). Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes und sonstige Personen unterliegen nicht der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung (§ 3 der 6. DVO.).

(31) Kommt es in den anzuwendenden Tarif- und Dienstordnungsbestimmungen auf die Dauer der Dienstzeit an (z. B. Urlaub und Krankheit), so soll bei der Berechnung auch die Dauer der Beschäfti-

gung begründeten Aus- und Leistungsstelle angerechnet werden, bei der sich der Notdienstpflichtige vor seiner Heranziehung zuletzt befand (§ 4 der 7. DVO.). Für die Gewährung von Erholungsurlaub sind die für ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis geltenden Tarif- und Dienstordnungen maßgebend (§ 2 Abs. 1 der 7. DVO.).

#### c) Die Dienstverpflichteten.

(32) Während beim langfristigen Notdienst das frühere Beschäftigungsverhältnis bestehen bleibt und der Notdienstpflichtige nur beurlaubt wird, erlischt bei Dienstverpflichtung von unbeschränkter Dauer auf Grund der Kräftebedarfsverordnung das bisherige Beschäftigungsverhältnis. Für das neue Dienstverhältnis gelten die für die neue Arbeitsstelle zuständigen Tarif- oder Dienstordnungen (§ 2 Abs. 1 bis 3 der Kräftebedarfsverordnung).

#### IV. Die Hilfspolizeibeamten.

(33) Die Einstellung von Hilfspolizeibeamten ist nur bei auswärtigem Einsatz der Sicherheitspolizei in besonderen Fällen zulässig. Für die Einstellung und Entlohnung der Hilfspolizeibeamten gelten ausschließlich die Bestimmungen in XVI der Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst beim auswärtigen Einsatz vom 14. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 21).

#### V. Gemeinsame Vorschriften.

(34) Die zustehenden Zulagen und Aufwandsentschädigungen, die Reisekostenvergütung, Trennungsschädigung, Beschäftigungsvergütung, Reisebeihilfen, die Fahrtberechtigung auf den öffentlichen Verkehrsmitteln, die Regelung über Notstandsbeihilfen und Unterstützungen und über die Weiterzahlung der Bezüge bei Einberufung zum Wehrdienst ergeben sich aus der Übersicht Anlage C.

(35) Für die Ersatz- und Ergänzungskräfte mit eigenem Hausstand ist der Umzug vorläufig nicht anzuordnen.

(36) Die örtlich abgestuften Einkommensteile (Wohnungsgeldzuschuß und Sonderzuschlag) werden nach der Ortsklasse des Einstellungsortes und an Ersatz- und Ergänzungskräfte mit eigenem Hausstand im Sinne der Nr. 8 der Abordnungsbestimmungen nach der Ortsklasse des bisherigen Wohnortes (Wohnort der Familie) gezahlt.

(37) 1. Für die Ausstattung der Ersatz- und Ergänzungskräfte, auch der Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis, in Böhmen und Mähren, in den eingegl. Ostgebieten und im Generalgouvernement mit Dienstkleidung gelten die Erlasse vom 16. 2. 1940 und 26. 3. 1940 — S I E 2 Nr. 8823/39 —. Bei der Entlassung von Ersatz- und Ergänzungskräften ist aber weder die Lastschrift einzuziehen noch die Gutschrift auszuzahlen; die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sind in gereinigtem Zustande an die Bekleidungs-lieferstelle zurückzugeben.

2. Der Geldwert der bisher getragenen Uniform ist durch Abschätzung zu ermitteln (Anl. 2 zur PDV. I II. Teil). Das Kleidergeld steht den Ersatz- und Ergänzungskräften vom Tage der Einstellung, frühestens vom 1. 1. 1940 an, zu.

3. Die Notdienstpflichtigen ohne Beschäftigungsverhältnis in den anderen Gebieten des Reichs konnten nur unvollständig mit Dienstkleidung ausgestattet werden. Es ist auch nicht beabsichtigt, die Dienstkleidung vor der allgemeinen Uniformierung der Sicherheitspolizei zu ergänzen oder zu erneuern. Diese Notdienstpflichtigen sind daher in steigendem Maße auf eigene Kleidung angewiesen. Sie erhalten daher vom Tage der Benutzung eigener Bekleidung an die ihnen nach Abs. (19) zustehende Bekleidungsentschädigung.

(38) Die Besoldung der als Widerrufsbeamte wieder in den Dienst gestellten Ruhestandsbeamten ist



bei Titel 3, die Bezüge der im Angestelltenverhältnis eingestellten Ruhestandsbeamten, der durch freie Vereinbarung oder auf Grund der Kräftebedarfsverordnung im Angestelltenverhältnis eingestellten Ersatz- und Ergänzungskräfte und der Notdienstpflichtigen mit und ohne Beschäftigungsverhältnis sind bei Titel 4 und die Bezüge der Hilfspolizeibeamten bei Titel 10, und zwar bei den Titeln 3 und 4 in einer besonderen Spalte, zu buchen. Ebenso ist das pauschale Bewegungsgeld der Ersatz- und Ergänzungskräfte im Kriminaldienst bei Titel 32 Unterteil 1 in einer besonderen Spalte zu buchen. Im übrigen gilt die Buchungstafel zum Reichshaushalt der Polizei. Bei der staatl. Kriminalpolizei kommt Kap. 14 und bei der Sicherheitspolizei (ohne staatl. Kriminalpolizei) Kap. 14 a in Betracht.

(39) Soweit bei der Abfindung der Ersatz- und Ergänzungskräfte anders verfahren wurde, kann von einem Ausgleich abgesehen werden.

### C. Schlußbestimmungen.

(40) Im Angestelltenverhältnis eingestellte und notdienstpflichtige Ersatz- und Ergänzungskräfte, die sich für den Dienst in der Sicherheitspolizei eignen, sind möglichst für dauernd als Beamtenanwärter oder Kriminalangestellte in die Sicherheitspolizei zu übernehmen. Sie müssen dann in freien Stellen des Kassenschlags geführt werden.

(41) gestrichen.

(42) gestrichen.

(43) 1. Es werden aufgehoben:

der Erlaß vom 14. 9. 1939 — S V 3 Nr. 323/39 —, der Erlaß vom 29. 9. 1939 — S V 3 Nr. 323/39 (Stapo) usw. —,

der Erlaß vom 10. 1. 1940 — IV/III H B Nr. 21 926 —,

der Erlaß vom 23. 1. 1940 — I V 3 Nr. 323 III/39 —,

— I V 4 Nr. 4872(3A)/39-401-36 —,

der Erlaß vom 13. 4. 1940 — I E 2 Nr. 19915/40-298-2 —,

der Erlaß vom 23. 2. 1940 — S I E 2 Nr. 15320/40-297 —.

2. Für die Ersatz- und Ergänzungskräfte des SD bleiben die von der SD-Hauptverwaltung erlassenen Bestimmungen in Kraft.

3. In dem RdErl. vom 9. 1. 1941 — S I C 1 Nr. 1/41 — und — S I E 1 Nr. 41/41-224-2 — Abs. 7 vorletzte Zeile sind die Worte „Unterteil 11“ zu streichen.

(44) Soweit nach den bisherigen Bestimmungen Höherstufungen vorgenommen wurden oder Überzahlungen vorgekommen sind, die mit den jetzigen Bestimmungen im Widerspruch stehen, kann es dabei sein Bewenden behalten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 187.

## Anlage A

Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die auf Grund der Notdienst-VO. herangezogen werden.

RdErl. des RMdI. vom 1. 4. 1942 — I Ra 906/42-268 C —

Zur Erleichterung der Verwaltungsarbeit gebe ich nachstehend den RdErl. über Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die auf Grund der Notdienst-VO. herangezogen werden, v. 13. 10. 1939 in der Fass. v. 28. 5. 1940 (MBliV. S. 1064) unter Berücksichtigung der Änderungen v. 30. 8. und 23. 12. 1940 (MBliV. 1940 S. 1746; 1941 S. 23), 16. 1. und 6. 3. 1942 (MBliV. S. 203, 521) in der vom 1. 4. 1942 ab geltenden Fassung bekannt:

### Neufassung

Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die auf Grund der Notdienst-VO. herangezogen werden.

RdErl. des RMdI. vom 1. 4. 1942 — I Ra 906/42-268 C —

Auf Grund des § 7 Abs. 1 der Notdienst-VO. v. 15. 10. 1938 (RGBl. I S. 1441), des § 7 Abs. 1 der Ersten

Durchf.-VO. zur Notdienst-VO. v. 15. 9. 1939 (RGBl. I S. 1775) in Verbindung mit § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1, § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 der Dritten Durchf.-VO. zur Notdienst-VO. v. 14. 10. 1939 (RGBl. I S. 2049) und in Verbindung mit § 2 Abs. 2 und § 3 der Siebenten Durchf.-VO. zur Notdienst-VO. v. 22. 5. 1940 (RGBl. I S. 818) bestimme ich im Einvernehmen mit dem RFM. und zu Abschn. II Ziff. 2 (Reisebeihilfen) unter Zustimmung des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei und des Chefs des OKW. folgendes:

## I. Allgemeine Bestimmungen.

### 1. Verpflichtung zur Gewährung der Vergütungssätze.

(1) Die Behörden, die Notdienstleistungen fordern können<sup>1)</sup>, haben den Notdienstpflichtigen, die sie zu Dienstleistungen heranziehen, die in der Anl. enthaltenen Vergütungssätze für ihre persönlichen Aufwendungen zu gewähren, soweit sich nicht aus der Dritten oder Siebenten Durchf.-VO. zur Notdienst-VO. anderes ergibt oder für besondere Fälle andere Sätze festgesetzt sind oder festgesetzt werden. Weisen diese Behörden die Notdienstpflichtigen einem Dritten zur Dienstleistung zu, so sind die Vergütungssätze von diesem Dritten den Notdienstpflichtigen zu gewähren.

(2) Bei Untersuchungshaft, vorläufiger Festnahme sowie dienststrafrechtlichen Freiheitsstrafen werden für jeden Tag der Freiheitsentziehung  $\frac{3}{4}$  der Barvergütung einbehalten, beginnend mit dem Tage, an dem die Freiheitsentziehung eintritt, und endend mit Beginn des Tages der Aufhebung der Freiheitsentziehung. Die Vergütungssätze für Selbstverpflegung werden in den vorgenannten Fällen nur dann weiter gezahlt, wenn keine Gemeinschaftsverpflegung gewährt wird. Die während einer Untersuchungshaft oder vorläufigen Festnahme einbehaltenen Beträge werden nachgezahlt, wenn eine gerichtliche Freiheitsstrafe nicht verhängt wird. Das gleiche gilt, wenn eine dienststrafrechtliche Freiheitsstrafe aufgehoben wird. Bei Notdienstpflichtigen, die gerichtlich verhängte Freiheitsstrafen verbüßen, entfällt für die Dauer des Strafvollzugs die Zahlung sämtlicher Vergütungen für persönliche Aufwendungen.

### 2. Unterkunft und Verpflegung.

(1) Unterkunft und Verpflegung können im Bedarfsfalle auf Grund des Reichsleistungsges. (RLG.) v. 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1645) durch die dazu bestimmten Bedarfsstellen in Anspruch genommen und auf diese Weise den Notdienstpflichtigen gestellt werden.

(2) Für die Unterkunft hat der Leistungsempfänger dem Unterkunftgeber in diesen Fällen die Beträge zu zahlen, die in den Durchf.-Best. zum Reichsleistungsges. festgesetzt sind (vgl. die RdErl. v. 19. 12. 1939, MBliV. S. 2610, 26. 4. 1940, MBliV. S. 834, und 16. 5. 1941, MBliV. S. 911). Die in der Anl. zum RdErl. v. 19. 12. 1939 (MBliV. S. 2610) über Vergütung für nach § 5 des Reichsleistungsges. in Anspruch genommene Unterkunft festgesetzten Vergütungssätze finden dabei mit der Maßgabe Anwendung, daß für Notdienstpflichtige der Vergütungsgruppen 1, 2 und 2 a (s. Anl.) die Sätze für Mannschaften, für Notdienstpflichtige der Vergütungsgruppen 3 und 3 a die Sätze für Feldwebel, für Notdienstpflichtige der Vergütungsgruppen 4, 4 a und 5 die Sätze für Offiziere (außer Generalen und Stabsoffizieren) und für Notdienstpflichtige der Vergütungsgruppen 6 und 7 die Sätze für Stabsoffiziere zu zahlen sind.

(3) Stellt der Unterkunftgeber auch die Verpflegung, so hat der Leistungsempfänger hierfür

<sup>1)</sup> Vgl. Bek. des Beauftragten für den Vierjahresplan v. 8. 7. 1939 (RGBl. I S. 1204).

den gemäß der Vorl. Durchf.-Bek. zum Wehrleistungsges. (jetzt RLG.) zu § 26, E<sup>2</sup>) jeweils für die Quartierverpflegung der Angehörigen der Wehrmacht festgesetzten Vergütungssatz zu zahlen. Dieser beträgt z. Z. 1,35 RM täglich, davon entfallen auf

|                   | Brot<br>RM | Beköstigung<br>RM | zusammen<br>RM |
|-------------------|------------|-------------------|----------------|
| die Mittagkost .  | 0,07       | 0,57              | 0,64           |
| die Abendkost ..  | 0,07       | 0,38              | 0,45           |
| die Morgenkost .. | 0,07       | 0,19              | 0,26           |
| zusammen          | 0,21       | 1,14              | 1,35           |

Werden die Unterkunft und Verpflegung bei Betrieben des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes in Anspruch genommen, so treten zu den vorgenannten Vergütungssätzen für Unterkunftsverpflegung Unkostenzuschläge nach Maßgabe von Abschn. III Nr. 16 Abs. 2 des RdErl. v. 16. 5. 1941 (MBliV. S. 911).

### 3. Auswärtige Übernachtung und Selbstunterbringung.

(1) Die Vergütung für auswärtige Übernachtung ergibt sich aus der Anl. Dauert jedoch die auswärtige Unterkunft am gleichen Ort länger als 3 Wochen, so sind für die darüber hinausgehende Zeit an Stelle der in der Anl. bestimmten Tagessätze nur die tatsächlichen Auslagen zu erstatten, wenn diese niedriger sind.

(2) Für Selbstunterbringung am Heimatort wird eine Vergütung nur gewährt, wenn der Notdienstpflichtige weder Anspruch auf die Mietbeihilfe des Familienunterhalts hat noch mit familienunterhaltsberechtigten Angehörigen zusammenlebt und ein zur Bestreitung der Miete ausreichendes Einkommen nicht besitzt. Als Vergütung kann ein Betrag bis zu 1,50 RM täglich gewährt werden, ausnahmsweise in Großstädten mit anerkannt teuren Mietpreisverhältnissen bis zu 1,70 RM täglich, in keinem Falle jedoch mehr, als die Aufwendungen für die Miete bisher nachweisbar betragen haben und außerdem zur Deckung der angemessenen Nebenausgaben für Licht und Heizung erforderlich ist. Ersatz der angemessenen Auslagen für Licht und Heizung kann dem Notdienstpflichtigen, der nicht mit familienunterhaltsberechtigten Angehörigen zusammenlebt, soweit erforderlich, auch gewährt werden, wenn er die Mietbeihilfe des Familienunterhalts erhält.

### 4. Selbstverpflegung und Gemeinschaftsverpflegung.

(1) Die Vergütung für Selbstverpflegung ergibt sich aus der Anl. Den aus dem öffentlichen Dienst herangezogenen Notdienstpflichtigen kann jedoch als Vergütung für Selbstverpflegung am Heimatort nur ein Betrag von 1,20 RM täglich gewährt werden. An Stelle der Sätze für Selbstverpflegung am Heimatort können die Sätze für Selbstverpflegung außerhalb des Heimatortes gewährt werden, wenn der Notdienstpflichtige aus dienstlichen Gründen weder in der bisherigen Wohnung seiner Familie wohnen noch sich dort verpflegen kann.

(2) Dienstlich gewährter Gemeinschaftsverpflegung ist das zuletzt festgesetzte Standortbeköstigungsgeld des nächstgelegenen Standorts der Wehrmacht nebst Verwaltungskostenzuschlag und Brotgeld zugrunde zu legen. Nicht dienstlich gewährter Gemeinschaftsverpflegung ist der Betrag von 1,20 RM je Kopf und Tag zugrunde zu legen. Wird die Gemeinschaftsverpflegung bei Gastwirten oder sonstigen Unternehmern sichergestellt, so kann ein unter Berücksichtigung der örtlichen Preisverhältnisse und der Kopfzahl der verpflegten Notdienstpflichtigen zu berechnender Zu-

schlag bis zu 0,80 RM je Kopf und Tag gewährt werden. Jugendlichen (Vergütungsgruppe 1 der Anl.) kann nur Gemeinschaftsverpflegung in Natur, jedoch keine Vergütung für Selbstverpflegung gewährt werden.

### 5. Familienunterhalt.

Den Angehörigen der Notdienstpflichtigen wird Familienunterhalt gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 2 der VO. zur Durchführung und Ergänzung des Einsatz-Familienunterhaltsges. (EFU-DV.) v. 26. 6. 1940 (RGBl. I S. 912) gewährt, soweit nicht in Durchf.-Best. zur Notdienst-VO. etwas anderes bestimmt ist.

### II. Urlaubsvergütungen.

1. Weiterzahlung der Vergütungssätze.  
Die Vergütungssätze nach Abschn. A Ziff. 1, 2 und 3 der Anl. werden auch bei Dienstbefreiung und während des Erholungsurlaubs gezahlt. Die am Dienort weiterlaufenden tatsächlichen Auslagen für Unterkunft werden in dem nach Abschn. I Ziff. 3 zulässigen Umfange erstattet.

### 2. Reisebeihilfen.

(1) Verheirateten Notdienstpflichtigen kann viermal im Kalenderjahr eine freie Urlaubsreise nach dem Wohnort ihrer Familie gewährt werden. Den Verheirateten gleichgestellt sind Unverheiratete, die im eigenen Hausstand aus gesetzlicher oder sittlicher Verpflichtung Verwandten bis zum 4. Grade, Verschwägerten bis zum 2. Grade, Adoptiv- oder Pflegeeltern oder unehelichen Kindern Wohnung und Unterhalt gewähren. Dabei bestimmt sich der Grad der Verwandtschaft nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten und der Grad der Schwägerschaft nach dem Grade der sie vermittelnden Verwandtschaft (§§ 1589, 1590 BGB.).

(2) Den übrigen unverheirateten Notdienstpflichtigen kann zweimal im Kalenderjahr eine freie Urlaubsreise nach dem Wohnort ihrer Eltern oder, falls diese verstorben sind, nach dem ihrer Geschwister gewährt werden.

(3) Notdienstpflichtige, die in Italien, den italienischen Hoheitsgebieten, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, in der Slowakei, in Griechenland, Kroatien, den sonstigen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien (ausgenommen die Untersteiermark und die besetzten Gebiete Kärntens und Krains), in Finnland, den besetzten Gebieten der UdSSR., in Dänemark, Norwegen, Frankreich (ausgenommen die Gebiete von Elsaß und Lothringen), Belgien, den Niederlanden und im Generalgouvernement eingesetzt sind, erhalten Reisebeihilfen im Rahmen der Bestimmungen in Abs. 1 und 2, wenn die dienstlichen Interessen eine vorübergehende Beurlaubung zulassen.

(4) Als Reisebeihilfen sind die Fahrauslagen der 3. Wagenklasse, den Notdienstpflichtigen der Vergütungs-Gruppen 5 bis 7 die Fahrauslagen der 2. Wagenklasse zu erstatten, wenn die letzteren aus anzuerkennenden Gründen in Uniform reisen müssen. Außerdem werden die Mehrkosten für zuschlagpflichtige Züge erstattet, wenn die gesamten Kosten der Urlaubsreise sich dadurch nicht erhöhen oder wenn die Entfernungen der einzelnen Reiseabschnitte bei Eilzügen mehr als 50 km, bei Schnellzügen mehr als 100 km betragen. Möglichkeiten zum Erlangen von Fahrpreisermäßigungen (Sonntagskarten, Urlaubs- oder Arbeiter-Rückfahrkarten) sind auszunutzen.

An die Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Landesregierungen), die preuß. Oberpräses., den Stadtpräsidenten der Reichshauptstadt Berlin, die Reg.-Präs., die staatl. Pol.-Verwalter, die Landräte, die Gemeinden. An das Oberkommando der Wehrmacht, den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, den Reichsprotector in Böhmen und Mähren, den Reichsminister der Finanzen, den Generalinspektor für Wasser und Energie durch Abdruck.

<sup>2</sup>) Vgl. RMBl. 1938 S. 493.



Anlage zum RdErl. des RMdL. v. 1.4.1942  
— I Ra 906/42 - 268 C — (MBIV. S. 649)

Vergütungssätze  
A. Tagessätze

| Lfd. Nr. | Vergütung je Tag                                                       | Vergütungsgruppe 1                                  | Vergütungsgruppe 2 | Vergütungsgruppe 2a                         | Vergütungsgruppe 3                            | Vergütungsgruppe 3a | Vergütungsgruppe 4                                                 | Vergütungsgruppe 4a | Vergütungsgruppe 5                                                                           | Vergütungsgruppe 6                                       | Vergütungsgruppe 7                                                                                |
|----------|------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|--------------------|---------------------------------------------|-----------------------------------------------|---------------------|--------------------------------------------------------------------|---------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------|
|          |                                                                        | Jugendliche bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres | Mannschaften       | Truppführer (Führer über mindestens 4 Mann) | Gruppenführer (Führer über mindestens 8 Mann) | Hauptgruppenführer  | Zugführer, Innendienstleiter einer Hundertschaft oder Bereitschaft | Oberzugführer       | Hundertschaftsführer, Spezialkräfte mit besonderen Kenntnissen oder besonderer Verantwortung | nach vollendetem 40. Lebensjahr, ferner Abteilungsleiter | Abteilungsleiter mit mindestens 3 Hundertschaften oder Bereitschaften, ferner Ärzte und Tierärzte |
|          |                                                                        | <i>RM</i>                                           | <i>RM</i>          | <i>RM</i>                                   | <i>RM</i>                                     | <i>RM</i>           | <i>RM</i>                                                          | <i>RM</i>           | <i>RM</i>                                                                                    | <i>RM</i>                                                | <i>RM</i>                                                                                         |
| 1        | In bar .....                                                           | 0,50                                                | 1,—                | 1,20                                        | 1,50                                          | 1,70                | 2,—                                                                | 2,20                | 2,50                                                                                         | 3,—                                                      | 3,50                                                                                              |
| 2        | Bekleidungsentschädigung für Benutzung eigener Bekleidung              |                                                     |                    |                                             |                                               |                     |                                                                    |                     |                                                                                              |                                                          |                                                                                                   |
|          | a) für Oberkleidung .....                                              | —                                                   | 0,60               | 0,60                                        | 0,60                                          | 0,60                | 0,60                                                               | 0,60                | 0,60                                                                                         | 0,60                                                     | 0,60                                                                                              |
|          | b) für Stiefel .....                                                   | —                                                   | 0,20               | 0,20                                        | 0,20                                          | 0,20                | 0,20                                                               | 0,20                | 0,20                                                                                         | 0,20                                                     | 0,20                                                                                              |
|          | c) für Unterkleidung .....                                             | —                                                   | 0,20               | 0,20                                        | 0,20                                          | 0,20                | 0,20                                                               | 0,20                | 0,20                                                                                         | 0,20                                                     | 0,20                                                                                              |
| 3        | a) für Selbstverpflegung am Heimatort .....                            | —                                                   | 2,—                | 2,—                                         | 2,—                                           | 2,—                 | 2,—                                                                | 2,—                 | 2,—                                                                                          | 2,—                                                      | 2,—                                                                                               |
|          | b) für Selbstverpflegung außerhalb des Heimatortes .....               | —                                                   | 3,—                | 3,—                                         | 3,—                                           | 3,—                 | 3,—                                                                | 3,—                 | 3,—                                                                                          | 3,—                                                      | 3,—                                                                                               |
| 4        | Für auswärtige Übernachtung, wenn Unterkunft nicht gestellt wird ..... | —                                                   | 2,—                | 2,—                                         | 2,—                                           | 2,—                 | 2,—                                                                | 2,—                 | 2,50                                                                                         | 3,—                                                      | 3,50                                                                                              |
|          | Vollvergütung                                                          |                                                     |                    |                                             |                                               |                     |                                                                    |                     |                                                                                              |                                                          |                                                                                                   |
|          | a) bei Dienstleistung am Heimatort (Summe 1 bis 3a) ..                 |                                                     | 4,—                | 4,20                                        | 4,50                                          | 4,70                | 5,—                                                                | 5,20                | 5,50                                                                                         | 6,—                                                      | 6,50                                                                                              |
|          | b) bei auswärtiger Dienstleistung (Summe 1 bis 4 ohne 3a) .....        |                                                     | 7,—                | 7,20                                        | 7,50                                          | 7,70                | 8,—                                                                | 8,20                | 9,—                                                                                          | 10,—                                                     | 11,—                                                                                              |

Zur Vergütungsgruppe 2a: Folgende Notdienstpflichtige der Vergütungsgruppe 2 werden in die Vergütungsgruppe 2a eingereiht, ohne daß damit eine Beförderung zum höheren Dienstgrad verbunden sein muß:

1. Gediente der alten Wehrmacht ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit,
2. Angehörige der Freikorps und der vorläufigen Reichswehr bis Ende 1920,
3. Angehörige der Geburtsjahrgänge 1900 bis 1912, die freiwillig bei der Reichswehr bzw. der neuen Wehrmacht 2 Monate oder 8 Wochen und mehr gedient haben,
4. alle übrigen Notdienstpflichtigen nach zweijähriger Dienstzeit im Notdienst.

B. Stundensätze

Bei nur stundenweiser Heranziehung wird für jede angefangene Stunde  $\frac{1}{10}$ , wenn es sich nur um Ausbildungswecke handelt,  $\frac{1}{10}$  der Tagesvergütungssätze unter A. 1, 2 und 3 gewährt, jedoch je Tag höchstens  $\frac{10}{10}$ .

C. Allgemeines

(1) Als zu vergütende Zeit wird die Zeit von der Meldung zur Notdienstleistung bis zur Entlassung gerechnet. Bei Benutzung von öffentlichen Fernverkehrsmitteln wird als zu vergütende Zeit die Zeit von der Abfahrt zum Meldort bis zur Rückkunft am Heimatort gerechnet. Darüber hinaus werden beim Hin- und Rückweg Strecken, die nicht mit öffentlichen Fernverkehrsmitteln zurückgelegt werden können, nur vergütet, wenn und soweit sie insgesamt mehr als 5 km betragen, und zwar jede angefangene 5 km mit  $\frac{1}{10}$  der Tagesvergütungssätze unter A. 1, 2 und 3. Die Gesamtvergütung je Tag darf  $\frac{10}{10}$  der Vergütungssätze nicht überschreiten.

(2) Für den ersten und letzten Tag der zu vergütenden Zeitspanne werden bei mehrfacher Heranziehung an Stelle der Tagessätze die Stundensätze gewährt.

Anlage B

.....  
 (Beschäftigungsbehörde)

....., den ..... 194..

.....  
 (Geschäftszeichen)

**Anzeige**

über die Einstellung eines Ruhestandsbeamten auf Grund der §§ 5 bis 8 der Zweiten VO. über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts vom 3. 5. 1940 (RGBl. I S. 732).

**I. Persönliche und frühere dienstliche Verhältnisse des Ruhestandsbeamten.**

Name und Vorname: .....

Letzte Dienststellung: ..... Bes.-Gruppe: .....

Geburtstag und -jahr: ..... Familienstand: .....

Kinder: ..... (geb.: ..... ) ..... (geb.: ..... )

..... (geb.: ..... ) ..... (geb.: ..... )

Gegenwärtiger Wohnort: ..... Kreis: .....

Straße: .....

In den Ruhestand versetzt am ..... 19.....

wegen: .....

.....  
 Letzte Beschäftigungsbehörde: .....

Art der letzten dienstlichen Verwendung: .....

.....

**II. Dienstverhältnis.**

Der Ruhestandsbeamte wird verwendet im Verwaltungs-\*) Vollzugs-\*) Dienst als:

..... Bes.-Gr. .... (Widerrufsbeamter)

..... Verg.-Gr.: ..... (Angestellter)

mit der Amtsbezeichnung: .....

Der Ruhestandsbeamte gilt als Ersatz für den: .....  
 (Amtsbezeichnung)

..... der .....  
 (Name) (Verbleib)

.....  
 Dienstfähigkeit nach Feststellung des Arztes: .....

Die Erklärungen gem. Abschnitt C Abs. 3 Nr. 2a bis f des Runderlasses vom 8. 7. 1940 (MBH.V. S. 1459) sind noch nicht\*) abgegeben.

.....  
 (Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen.



## über die den Ersatz- und Ergänzungskräften zustehenden Zulagen, Aufwandsentschädigungen, Reisekostenvergütungen usw.

| Es erhalten                                                                                               | Ruhestandsbeamte                                                                                                                                                                                          |                                                                      | Durch freie Vereinbarung<br>eingestellte Angestellte                  |                                                                                                                                                           | Notdienstpflichtige                                                 |                                                                                                                                        | Dienst-<br>verpflichtete                                              | Hilfspolizei-<br>beamte                                                                                                                              | Beamte, die von<br>d. Kripo zur Ge-<br>stapo als Ersatz<br>für eingesetzte<br>Beamte u. An-<br>gestellte abge-<br>ordnet sind              |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                           | Widerrufs-<br>beamte                                                                                                                                                                                      | Angestellte                                                          | Angestellte<br>(ohne H.J.-An-<br>gehörige)                            | H.J.-Angehörige                                                                                                                                           | ohne Beschäfti-<br>gungsverhältnis                                  | mit Beschäfti-<br>gungsverhältnis                                                                                                      |                                                                       |                                                                                                                                                      |                                                                                                                                            |
| 1                                                                                                         | 2                                                                                                                                                                                                         | 3                                                                    | 4                                                                     | 5                                                                                                                                                         | 6                                                                   | 7                                                                                                                                      | 8                                                                     | 9                                                                                                                                                    | 10                                                                                                                                         |
| 1. Gehalts- (Vergütungs-) Zuschuß<br>(RdErl. v. 28. 7. 1941 — MBlV.<br>S. 1408 —)                         | Krim.-Beamte<br>bis einschl.<br>Krim.-Räte                                                                                                                                                                | Krim.-Angest.<br>mit Grund-<br>verg.-Satz v.<br>höchstens<br>7000 RM | Krim.-Angest.<br>mit Grund-<br>verg.-Satz von<br>höchstens<br>7000 RM | Nein, Erl. v.<br>24. 10. 1939<br>— S I V 2 Nr.<br>8208/39 usw.<br>— unter IV                                                                              | Nein                                                                | Ja, wenn Besch.-<br>Verh. dem<br>Krim.-An-<br>gest.-Verh. ent-<br>spricht und<br>Grundverg.-<br>Satz höchstens<br>7000 RM be-<br>trägt | Krim.-Angest.<br>mit Grund-<br>verg.-Satz von<br>höchstens<br>7000 RM | Nein (XVI<br>Abs. 6 d. VaE.<br>v. 14. 5. 1940,<br>Befehlsbl.<br>S. 21)                                                                               | Ja, nach dem<br>Erlaß v. 9. 8.<br>1940 (MBlV.<br>S. 1457) sind<br>die Dienstbe-<br>züge von der<br>Beschäfti-<br>gungsbehörde<br>zu zahlen |
| 2. Pauschales Bewegungsgeld (Erl.<br>v. 30. 10. 1937 — S V 2 Nr.<br>4556/37 —)                            | Krim.-Beamte                                                                                                                                                                                              | Krim.-Angest.,<br>ohne Fern-<br>schreiber                            | Krim.-Angest.,<br>ohne Fern-<br>schreiber                             | Nein, Erstattung<br>der im Einzel-<br>fall tatsächl.<br>entstehenden<br>Ausgaben (Erl.<br>v. 24. 10. 1939<br>— S I V 2 Nr.<br>8208/39 usw.<br>— unter IV) | Nein, Erstattung<br>der im Einzel-<br>fall entstehenden<br>Ausgaben | Ja, wenn Besch.-<br>Verh. einem<br>Krim.-Angest.<br>Verh. ent-<br>spricht                                                              | Krim.-Angest.,<br>ohne Fern-<br>schreiber                             | Nein, Erstattung<br>der im Einzel-<br>fall tatsächlich<br>entstehenden<br>Ausgaben<br>(XVI Abs. 6 d.<br>VaE. v. 14. 5.<br>1940, Befehlsbl.<br>S. 21) | Wie vorstehend                                                                                                                             |
| 3. Dienstbereitschaftsgeld (nur bei<br>der Gestapo, Erl. v. 21. 9. 1938 —<br>S V 2 Nr. 1194/38, 264. 3 —) | Ja                                                                                                                                                                                                        | Ja                                                                   | Ja                                                                    | Ja, jedoch nur<br>an vollbeschäfti-<br>gten H.J.-An-<br>gehörigen (Erl.<br>v. 24. 10. 1939<br>— S I V 2 Nr.<br>8208/39 usw.<br>— unter IV)                | Ja, ab 1. 11. 1940                                                  | Ja                                                                                                                                     | Ja                                                                    | Ja                                                                                                                                                   | Ja                                                                                                                                         |
| 4. Protektorzulage (nur in Böh-<br>men und Mähren, RdErl. v.<br>25. 10. 1940 — REB. S. 238 —)             | Ja, sofern sie<br>ihren ständi-<br>gen Wohnsitz<br>im Protekto-<br>ratsgebiet ha-<br>ben und nicht<br>schon als Ange-<br>hörige des öf-<br>fentlich. Diens-<br>tes die Protek-<br>toratzulage<br>erhalten | Wie in Spalte 2                                                      | Wie in Spalte 2                                                       | Wie in Spalte 2                                                                                                                                           | Wie in Spalte 2                                                     | Wie in Spalte 2                                                                                                                        | Wie in Spalte 2                                                       | Wie in Spalte 2                                                                                                                                      | Wie in Spalte 2                                                                                                                            |

| Es erhalten                                                                                                                                                             | Ruhestandsbeamte                                                                                                                                                                                                                                  |                               | Durch freie Vereinbarung<br>eingestellte Angestellte |                               | Notdienstpflichtige                |                                   | Dienst-<br>verpflichtete      | Hilfspolizei-<br>beamte                                          | Beamte, die von<br>d. Kripo zur Ge-<br>stapo als Ersatz<br>für eingesetzte<br>Beamte u. An-<br>gestellte abge-<br>ordnet sind |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------|------------------------------------------------------|-------------------------------|------------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                                         | Widerrufs-<br>beamte                                                                                                                                                                                                                              | Angestellte                   | Angestellte<br>(ohne HJ-An-<br>gehörige)             | HJ-An-<br>gehörige            | ohne Beschäfti-<br>gungsverhältnis | mit Beschäfti-<br>gungsverhältnis |                               |                                                                  |                                                                                                                               |
| 1                                                                                                                                                                       | 2                                                                                                                                                                                                                                                 | 3                             | 4                                                    | 5                             | 6                                  | 7                                 | 8                             | 9                                                                | 10                                                                                                                            |
| 5. Aufbauzulage (nur in den ein-<br>gegliederten Ostgebieten ohne<br>das Gebiet der bisherigen Freien<br>Stadt Danzig, RdErl. v. 25. 10.<br>1940 — RBB. S. 267 —)       | Ja, sofern sie<br>ihren ständi-<br>gen Wohnsitz<br>in den einge-<br>gliederten Ost-<br>gebieten oder<br>im Bezirk Bia-<br>lystock haben<br>und nicht<br>schon als An-<br>gehörige des<br>öffentlichen<br>Dienstes die<br>Aufbauzulage<br>erhalten | Wie in Spalte 2               | Wie in Spalte 2                                      | Wie in Spalte 2               | Wie in Spalte 2                    | Wie in Spalte 2                   | Wie in Spalte 2               | Wie in Spalte 2                                                  | Wie in Spalte 2                                                                                                               |
| 6. Verpflegungszuschuß und Miet-<br>zuschuß für Ledige in den ein-<br>gegliederten Ostgebieten und im<br>Protektoratsgebiet (RdErl. v.<br>25. 10. 1940 — RBB. S. 268 —) | Ja                                                                                                                                                                                                                                                | Ja                            | Ja                                                   | Ja                            | Nein                               | Ja                                | Ja                            | Ja                                                               | Ja                                                                                                                            |
| 7. Reisekostenvergütung, Tren-<br>nungsentschädigung und Be-<br>schäftigungsvergütung                                                                                   | Verg. entspr. d.<br>Bes.-Gruppe                                                                                                                                                                                                                   | Verg. entspr. d.<br>Verg.-Gr. | Verg. entspr. d.<br>Verg.-Gr.                        | Verg. entspr. d.<br>Verg.-Gr. | Verg. nach Abs.<br>24              | Verg. entspr. d.<br>Verg.-Gr.     | Verg. entspr. d.<br>Verg.-Gr. | Verg. nach<br>Stufe V (XVI<br>Abs. 13 d. VaE.<br>v. 14. 5. 1940) | Verg. entspr. d.<br>Bes.-Gr.                                                                                                  |
| I. bei Dienstreisen                                                                                                                                                     |                                                                                                                                                                                                                                                   |                               |                                                      |                               |                                    |                                   |                               |                                                                  |                                                                                                                               |



| Es erhalten                                                                                                                                                                                                                                                             | Ruhestandsbeamte                                                                                                                                                                                                                               |                                                                   | Durch freie Vereinbarung<br>eingestellte Angestellte |                 | Notdienstpflichtige                                                                                                                                                                                                                                               |                                   | Dienst-<br>verpflichtete | Hilfspolizei-<br>beamte                        | Beamte, die von<br>d. Kripo zur Ge-<br>stapo als Ersatz<br>für eingesetzte<br>Beamte u. An-<br>gestellte abge-<br>ordnet sind                        |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|-----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------|--------------------------|------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                                                                                                                                         | Widerrufs-<br>beamte                                                                                                                                                                                                                           | Angestellte                                                       | Angestellte<br>(ohne HJ-An-<br>gehörige)             | HJ-Angehörige   | ohne Beschäfti-<br>gungsverhältnis                                                                                                                                                                                                                                | mit Beschäfti-<br>gungsverhältnis |                          |                                                |                                                                                                                                                      |
| 1                                                                                                                                                                                                                                                                       | 2                                                                                                                                                                                                                                              | 3                                                                 | 4                                                    | 5               | 6                                                                                                                                                                                                                                                                 | 7                                 | 8                        | 9                                              | 10                                                                                                                                                   |
| II. bei der ersten Einstel-<br>lung                                                                                                                                                                                                                                     |                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                   |                                                      |                 |                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                   |                          |                                                |                                                                                                                                                      |
| 1. Reisekostenvergütung<br>für die Antrittsreise.                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                   |                                                      |                 |                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                   |                          |                                                |                                                                                                                                                      |
| A. Verheiratete u. Un-<br>verheiratete mit ei-<br>genem Hausstand<br>im Sinne d. Nr. 8<br>der Abordnungsbe-<br>stimmungen (eigene<br>Wohnung mit Un-<br>terhaltsgewährung)<br>u. i. S. d. Nr. 8 d.<br>DV. zum RKG.<br>(eigene Wohnung<br>ohne Unterhaltsge-<br>währung) | Für die Dauer<br>d. Reise; für<br>den Ankunfts-<br>tag das Tage-<br>geld, jedoch bis<br>24 <sup>00</sup> berech-<br>net, u. ein Über-<br>nachtungsgeld<br>(Nr. 1 Abs. 2<br>AB. z. RKG.)                                                        | Wie in Spalte 2                                                   | Wie in Spalte 2                                      | Wie in Spalte 2 | Nach § 4 Abs. 1<br>d. 3. DVO. z.<br>Notdienstver-<br>ordnung in<br>Verbindung m.<br>dem RdErl. v.<br>13. 10. 1939 i.<br>d. Fassung v.<br>28. 5. 1940<br>(MBHv.<br>S. 1061); Buch-<br>staben A, B u.<br>C der Anlage<br>zu letzterem<br>RdErl. sind zu<br>beachten | Wie in Spalte 2                   | Wie in Spalte 2          | Wie in Spalte 2,<br>jedoch nur<br>nach Stufe V | Wie in Spalte 2                                                                                                                                      |
| B. Verheiratete u. Un-<br>verheiratete ohne<br>eigenen Hausstand                                                                                                                                                                                                        | Für die Dauer<br>der Reise; für<br>den Ankunfts-<br>tag jedoch ein<br>volles Tage- u.<br>Übernach-<br>tungsgeld, da<br>von der Ein-<br>stellungsbe-<br>hörde mit Ein-<br>stellung Umzug<br>anzuordnen ist<br>Abs. 6 A des<br>Erl. v. 16.10.40) | Für die Dauer<br>d. Reise (Nr. 4<br>Abs. 3 ADO.<br>zu § 22 TO. A) | Wie in Spalte 3                                      | Wie in Spalte 3 | Wie vorstehend                                                                                                                                                                                                                                                    | Wie in Spalte 3                   | Wie in Spalte 3          | Wie in Spalte 3                                | Für die Dauer<br>der Reise; für<br>den Ankunfts-<br>tag das Tage-<br>geld jedoch bis<br>24 <sup>00</sup> berechnet<br>und ein Über-<br>nachtungsgeld |

| Es erhalten                                                                                                                                                                                                               | Ruhestandsbeamte                                                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Durch freie Vereinbarung<br>eingestellte Angestellte |                 | Notdienstpflichtige                |                                   | Dienst-<br>verpflichtete | Hilfspolizei-<br>beamte                                   | Beamte, die von<br>d. Kripo zur Ge-<br>stapo als Ersatz<br>für eingesetzte<br>Beamte u. An-<br>gestellte abge-<br>ordnet sind                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------|-----------------|------------------------------------|-----------------------------------|--------------------------|-----------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                                                                                           | Widerrufs-<br>beamte                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Angestellte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | Angestellte<br>(ohne HJ-An-<br>gehörige)             | HJ-Angehörige   | ohne Beschäfti-<br>gungsverhältnis | mit Beschäfti-<br>gungsverhältnis |                          |                                                           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| 1                                                                                                                                                                                                                         | 2                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 3                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | 4                                                    | 5               | 6                                  | 7                                 | 8                        | 9                                                         | 10                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| 2. Trennungsentschädi-<br>gung<br>A. Verheiratete und<br>ihnen Gleichgestellte<br>a) mit eigenem<br>Hausstand i. S.<br>d. Nr. 8 der Ab-<br>ordnungsbestim-<br>mungen (eigene<br>Wohnung mit<br>Unterhalts-<br>gewährung). | a) Für die ersten<br>7 Tage bis zur<br>Höhe des Be-<br>schäftigungs-<br>reisegeldes<br>b) Vom 8. Tage<br>ab bis zur Höhe<br>des Beschäfti-<br>gungstagegel-<br>des (Nr. 26<br>Abs. 1 d. DV.<br>z. UKG.)                                                                                                      | Wie in Spalte 2,<br>wenn bereits<br>vorh. 10 Jahre<br>im öffentlichen<br>Dienst beschäf-<br>tigt gewesen,<br>sonst nur in<br>Grenzen von<br>75% des Be-<br>schäftigungs-<br>tagegeldes vom<br>Einstellungs-<br>tag ab (Nr. 12<br>ADO. zu § 22<br>TO. A)                                                                                                               | Wie in Spalte 3                                      | Wie in Spalte 3 | Nein                               | Wie in Spalte 3                   | Wie in Spalte 3          | Wie in Spalte 3,<br>jedoch nur<br>nach Stufe V            | Diese erhalten<br>keine Tren-<br>nungsentschä-<br>digung, son-<br>dern Beschäfti-<br>gungsvergü-<br>tung. Soweit<br>sie keinen eige-<br>nen Hausstand<br>i. S. der Nr. 8<br>d. Abordnungs-<br>bestimmungen<br>haben, jedoch<br>Besch.-Verg.<br>nur für 7 Tage,<br>da vom 8. Tage<br>an Umzugsan-<br>ordnung zu er-<br>teilen ist (Ab-<br>schnitt B Ziff. 7<br>Abs. 2 des Erl.<br>v. 24. 4. 1939<br>— MBIV.<br>S. 979 —) |
| b) mit eigenem<br>Hausstand i. S.<br>d. Nr. 8 d. DV.<br>z. UKG. (eigene<br>Wohnung ohne<br>Unterhalts-<br>gewährung)                                                                                                      | Mietkosten f. d.<br>bisherige Woh-<br>nung od. Un-<br>terstellung-<br>kosten f. d.<br>Möbel in Gren-<br>zen d. f. Un-<br>verheiratete<br>ohne eigenen<br>Hausstand vor-<br>gesehenen Be-<br>schäftigungs-<br>tagegeldes (Erl.<br>v. 24. 5. 1938 i.<br>d. F. v. 9. 11.<br>1938 — RBB.<br>S. 217 und<br>345 —) | Wie in Spalte 2,<br>wenn bereits<br>vorh. 10 Jahre<br>im öffentlichen<br>Dienst beschäf-<br>tigt gewesen,<br>sonst wie in<br>Sp. 2, aber nur<br>in Grenzen v.<br>75% des für<br>Unverheiratete<br>ohne eigenen<br>Hausstand vor-<br>gesehenen Be-<br>schäftigungs-<br>tagegeldes (Erl.<br>v. 24. 5. 1938 i.<br>d. F. v. 9. 11.<br>1938 — RBB.<br>S. 217 und<br>345 —) | Wie in Spalte 3                                      | Wie in Spalte 3 | Nein                               | Wie in Spalte 3                   | Wie in Spalte 3          | Wie in Spalte 3,<br>jedoch höch-<br>stens nach<br>Stufe V |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |



| Es erhalten                                                                                                                                                                                                                                                                      | Ruhestandsbeamte                                                                                                                                                                          |                                                                                                                                                                                  | Durch freie Vereinbarung eingestellte Angestellte |                      | Notdienstpflichtige                                                                                                                                                   |                              | Dienstverpflichtete  | Hilfspolizeibeamte                             | Beamte, die von d. Kripo zur Gestapo als Ersatz für eingesetzte Beamte u. Angestellte abgeordnet sind |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------|----------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|----------------------|------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                                                                                                                                                  | Widerrufsbeamte                                                                                                                                                                           | Angestellte                                                                                                                                                                      | Angestellte (ohne HJ-Angehörige)                  | HJ-Angehörige        | ohne Beschäftigungsverhältnis                                                                                                                                         | mit Beschäftigungsverhältnis |                      |                                                |                                                                                                       |
| 1                                                                                                                                                                                                                                                                                | 2                                                                                                                                                                                         | 3                                                                                                                                                                                | 4                                                 | 5                    | 6                                                                                                                                                                     | 7                            | 8                    | 9                                              | 10                                                                                                    |
| B. Unverheiratete einschließl. Verwitwete u. Geschiedene<br>a) mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 der Abordnungsbestimmungen (eigene Wohnung mit Unterhaltsgewährung)                                                                                                          | a) Für die ersten 7 Tage bis zur Höhe des Beschäftigungsreisegeldes<br>b) Vom 8. Tage ab bis zur Höhe des für Unverheiratete mit eigenem Hausstand vorgesehenen Beschäftigungstagesgeldes | Wie in Spalte 2, wenn bereits vorh. 10 Jahre i. öffentl. Dienst beschäftigt gewesen, sonst nur 75% d. f. Unverheiratete mit eig. Hausstand vorgesehene Beschäftigungstagesgeldes | Wie in Spalte 3                                   | Wie in Spalte 3      | Nein                                                                                                                                                                  | Wie in Spalte 3              | Wie in Spalte 3      | Wie in Spalte 3, jedoch höchstens nach Stufe V | —                                                                                                     |
| b) mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 d. DV. z. UKG. (eigene Wohnung ohne Unterhaltsgewährung)                                                                                                                                                                                 | Wie bei Abschn. A b)                                                                                                                                                                      | Wie bei Abschn. A b)                                                                                                                                                             | Wie bei Abschn. A b)                              | Wie bei Abschn. A b) | Nein                                                                                                                                                                  | Wie bei Abschn. A b)         | Wie bei Abschn. A b) | Wie bei Abschn. A b)                           | —                                                                                                     |
| III. bei späterer Abordnung oder bei Verwendung beim auswärtigen Einsatz<br>I. Reisekostenvergütung für die Reise zum neuen Beschäftigungsort<br>A. Verheiratete u. Unverheiratete mit eigenem Hausstand i. S. d. Nr. 8 der Abordnungsbestimmungen (Trennungsgeld empfangender). | Für die Reisetage je ein volles Tage- und Übernachtungsgeld                                                                                                                               | Wie in Spalte 2                                                                                                                                                                  | Wie in Spalte 2                                   | Wie in Spalte 2      | Wie in Spalte 2. Wird f. den Ankunfts- tag bereits freie Unterkunft gewährt, dann nur 0,25 Übernachtungsgeld. Die Vergütung f. Selbstverpf. u. Unterkunft fallen fort | Wie in Spalte 2              | Wie in Spalte 2      | Wie in Spalte 2, jedoch nur nach Stufe V       | Wie in Spalte 2                                                                                       |

| Es erhalten                                                                                                                       | Ruhestandsbeamte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                 | Durch freie Vereinbarung<br>eingestellte Angestellte |                 | Notdienstpflichtige               |                                  | Dienst-<br>verpflichtete | Hilfspolizei-<br>beamte                                                       | Beamte, die von<br>d. Kripo zur Ge-<br>stapo als Ersatz<br>für eingesetzte<br>Beamte u. An-<br>gestellte abge-<br>ordnet sind                                                                                                                                                                          |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|------------------------------------------------------|-----------------|-----------------------------------|----------------------------------|--------------------------|-------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                   | Widerrufs-<br>beamte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | Angestellte     | Angestellte<br>(ohne HJ-An-<br>gehörige)             | HJ-Angehörige   | ohne Beschäfti-<br>ungsverhältnis | mit Beschäfti-<br>ungsverhältnis |                          |                                                                               |                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| 1                                                                                                                                 | 2                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | 3               | 4                                                    | 5               | 6                                 | 7                                | 8                        | 9                                                                             | 10                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |
| B. Die übrigen Ver-<br>heirateten und<br>Unverheirateten                                                                          | Für die Dauer<br>der Reise, für<br>den Ankunfts-<br>tag das Tage-<br>geld, jedoch bis<br>24 <sup>00</sup> berechnet,<br>und ein Über-<br>nachtungsgeld                                                                                                                                                                                                          | Wie in Spalte 2 | Wie in Spalte 2                                      | Wie in Spalte 2 | Wie vorstehend                    | Wie in Spalte 2                  | Wie in Spalte 2          | Wie in Spalte 2,<br>Tage- u. Über-<br>nachtungsgeld<br>jedoch nach<br>Stufe V | Für die Dauer<br>der Reise, für<br>den Ankunfts-<br>tag jedoch ge-<br>rechnet bis 24 <sup>00</sup><br>und ein Über-<br>nachtungsgeld;<br>wurde jedoch<br>bereits vorher<br>Besch.-Verg.<br>gezahlt, dann<br>für die Reise-<br>tage je ein volles<br>Tage- u. Über-<br>nachtungsgeld<br>Wie in Spalte 2 |
| 2. Beschäftigungsvergü-<br>tung<br>A. Verheiratete u. Un-<br>verheiratete mit u.<br>ohne eigenen Haus-<br>stand                   | Nach Nr. 2 der<br>Abordnungs-<br>bestimmun-<br>gen v. 8. Tage<br>ab nach den in<br>Nr. 2 Abs. 4<br>aaO. vorgeseh.<br>Sätzen                                                                                                                                                                                                                                     | Wie in Spalte 2 | Wie in Spalte 2                                      | Wie in Spalte 2 | Nein                              | Wie in Spalte 2                  | Wie in Spalte 2          | Wie in Spalte 2,<br>jedoch nach<br>der Stufe V                                | Wie in Spalte 2                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| B. Unverheiratete mit<br>eigenem Hausstand<br>i. S. d. Nr. 8 d. DV.<br>z. UKG. (eigene<br>Wohnung ohne Un-<br>terhaltsgewährung). | Wie vorstehend,<br>jedoch neben<br>d. Besch.-Tage-<br>geld für Unver-<br>heiratete ohne<br>eigenen Haus-<br>stand vom 8.<br>Tage ab die<br>Mietkosten der<br>Wohnung am<br>Wohnort bis<br>zur Gesamt-<br>höhe des für<br>Unverheiratete<br>mit eigenem<br>Hausstand vor-<br>gesehenen Be-<br>schäft.-Tage-<br>geldes (Erl. v.<br>9. 5. 1940 —<br>RBB. S. 135 —) | Wie in Spalte 2 | Wie in Spalte 2                                      | Wie in Spalte 2 | Nein                              | Wie in Spalte 2                  | Wie in Spalte 2          | Wie in Spalte 2,<br>jedoch nach<br>der Stufe V                                | Wie in Spalte 2                                                                                                                                                                                                                                                                                        |



| Es erhalten                                                                                   | Ruhestandsbeamte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |             | Durch freie Vereinbarung<br>eingestellte Angestellte |                 | Notdienstpflichtige                                                                                                                                                                                                                                               |                                   | Dienst-<br>verpflichtete                                                                                                                         | Hilfspolizei-<br>beamte     | Beamte, die von<br>d. Kripo zur Ge-<br>stapo als Ersatz<br>für eingesetzte<br>Beamte u. An-<br>gestellte abge-<br>ordnet sind                                                                                                                            |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|------------------------------------------------------|-----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                               | Widerrufs-<br>beamte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Angestellte | Angestellte<br>(ohne H.J.-An-<br>gehörige)           | H.J.-Angehörige | ohne Beschäfti-<br>gungsverhältnis                                                                                                                                                                                                                                | mit Beschäfti-<br>gungsverhältnis |                                                                                                                                                  |                             |                                                                                                                                                                                                                                                          |
| 1                                                                                             | 2                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | 3           | 4                                                    | 5               | 6                                                                                                                                                                                                                                                                 | 7                                 | 8                                                                                                                                                | 9                           | 10                                                                                                                                                                                                                                                       |
| IV. Reisekostenvergütung bei<br>Rückkehr an den Wohnort<br>nach Beendigung d. Dienst-<br>zeit | a) Für Beamte<br>mit eigenem<br>Hausstand f.<br>d. Dauer der<br>Reise, d. Tage-<br>geld f. d. Ab-<br>fahrtstag je-<br>doch v. 0 <sup>00</sup> ab<br>gerechnet<br>b) Für die übr-<br>igen ebenfalls f.<br>d. Dauer der<br>Reise, f. d. An-<br>kunftstag je-<br>doch ein volles<br>Tage- u. Über-<br>nachtungsgeld                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | Nein        | Nein                                                 | Nein            | Nach § 4 Abs. 1<br>d. 3. DVO. z.<br>Notdienstver-<br>ordnung in Ver-<br>bindung m. d.<br>RdErl. v. 13.10.<br>1939 in der Fas-<br>sung v. 28. 5.<br>1940 (MBiV.<br>S. 1061) Buch-<br>staben A, B u.<br>C der Anlage<br>zu letzterem<br>RdErl. sind zu<br>beachten. | Wie in Spalte 6                   | Wie in Spalte 2<br>(Hinweis auf<br>§ 10 d. Ersten<br>Dienstpflicht-<br>Durchfüh-<br>rungsanord-<br>nung vom 2. 3.<br>1939 — RGBl.<br>I S. 403 —) | Nein                        | a) Für die Emp-<br>fänger von Be-<br>schäftigungs-<br>vergütung für<br>die Dauer der<br>Reise; d. Tage-<br>geld v. 0 <sup>00</sup> ab<br>berechnet.<br>b) Für die übr-<br>igen für den<br>Ankunftstag<br>ein volles Tage-<br>und Übernacht-<br>ungsgeld. |
| 8. Reisebeihilfen                                                                             | Nach Nr. 7, 8 u. 17 der Bestimmungen über Vergütung bei vorüber-<br>gehender auswärtiger Beschäftigung der Beamten vom 16. 12. 1933<br>— RBB. S. 200 — in der Fassung der RdErl. v. 31. 8. 1939 — RBB.<br>S. 245 —, vom 14. 6. 1940 — RBB. S. 191 und vom 30. 4. 1941 —<br>RBB. S. 134 —, sowie nach dem Erl. vom 6. 12. 1940 — RBB.<br>S. 301 —. Für das Protektorat, für die eingegliederten Ostgebiete,<br>für Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg u. Frank-<br>reich gelten die Erl. v. 14. 6. 1939 — RBB. S. 170 —, vom 16. 11.<br>1939 — RBB. S. 320 —, vom 18. 1. 1940 — RBB. S. 12 — u.<br>vom 18. 7. 1940 — RBB. S. 201 — u. v. 26. 11. 1940 — RBB.<br>S. 291 —. Für das Generalgouvernement gilt weiter der Erl. des<br>Generalgouverneurs vom 26. 2. 1940, bekanntgegeben durch Erl.<br>des RSHA. vom 9. 5. 1940 — I E 2 Nr. 16509/40-297-2 —, 4-An-<br>gehörige, die mindestens den Dienstgrad eines 4-Ustuf. bekleiden,<br>können bei Urlaubsreisen die Fahrkosten der II. Wagenklasse er-<br>stattet erhalten, wenn sie aus wichtigen Gründen in Uniform reisen<br>müssen. |             |                                                      |                 | Nach dem Rd-<br>Erl. d. RMdL.<br>vom 1. 4. 1942<br>(MBiV. S. 649)<br>4-Ustuf. und<br>Obstuf. kön-<br>nen bei Ur-<br>laubsreisen in<br>Uniform die<br>Fahrkosten der<br>II. Wagenkl.<br>erstattet er-<br>halten.                                                   | Wie in den Spal-<br>ten 2—5       | Wie in den Spal-<br>ten 2—5                                                                                                                      | Wie in den Spal-<br>ten 2—5 | Wie in den Spal-<br>ten 2—5                                                                                                                                                                                                                              |
| 9. Fahrtberechtigungsausweise                                                                 | Für Beamte im Krim.-Dienst sowie Angestellte im Vollzugsdienst<br>einschl. der Krim.-Angest. als Fernschreiber nach dem Erl. vom<br>23. 11. 1938 — MBiV. S. 1994 —, für die übrigen nach dem Erl.<br>des RSHA. vom 7. 5. 1940 — I E 2 Nr. 15863/40-297-8 —.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |             |                                                      |                 | Wie in den Spal-<br>ten 2—5                                                                                                                                                                                                                                       | Wie in den Spal-<br>ten 2—5       | Wie in den Spal-<br>ten 2—5                                                                                                                      | Wie in den Spal-<br>ten 2—5 | Nach dem Erl.<br>v. 23. 11. 1938<br>— MBiV.<br>S. 1994 —                                                                                                                                                                                                 |

| Es erhalten                                                                                                                                                       | Ruhestandsbeamte |                                                                                     | Durch freie Vereinbarung eingestellte Angestellte |                  | Notdienstpflichtige                                                                                                                                                                                |                              | Dienstverpflichtete                                                                                                                                                                   | Hilfspolizeibeamte | Beamte, die von d. Kripo zur Gestapo als Ersatz für eingesetzte Beamte u. Angestellte abgeordnet sind |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|-------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------|------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                                                                                                                                   | Widerrufsbeamte  | Angestellte                                                                         | Angestellte (ohne H.J.-Angestellte)               | H.J.-Angestellte | ohne Beschäftigungsverhältnis                                                                                                                                                                      | mit Beschäftigungsverhältnis |                                                                                                                                                                                       |                    |                                                                                                       |
| 1                                                                                                                                                                 | 2                | 3                                                                                   | 4                                                 | 5                | 6                                                                                                                                                                                                  | 7                            | 8                                                                                                                                                                                     | 9                  | 10                                                                                                    |
| 10. Notstandsbeihilfen (Beihilfengrundsätze und Vorschau-richtlinien f. d. Reichsverwaltung von Schilling usw. 7. Auflage, 1942)                                  | Ja               | Ja, jedoch sind die Einschränkungen in Nr. 1 ADO bei § 12 TO. A zu beachten         | Wie in Spalte 3                                   | Wie in Spalte 3  | Wie in Spalte 3<br>Erhalten der Notdienstpflichtigen oder seine Angehörigen Familienunterhalt, so sind die Leistungen der Familienunterhaltsbehörde aus Anlaß des Beihilfalles zu berücksichtigen. | Wie in Spalte 3              | Wie in Spalte 3                                                                                                                                                                       | Wie in Spalte 3    | Ja, von der Heilmatbehörde                                                                            |
| 11. Unterstützungen. (Erl. v. 12.5. 1938 — MBIV. S. 858 und Erl. v. 13.7. 1938 — MBIV. S. 1167)                                                                   | Ja               | Ja                                                                                  | Ja                                                | Ja               | Ja                                                                                                                                                                                                 | Ja                           | Ja, es ist jedoch zu beachten, daß das Arbeitsamt Sonderunterstützungen gewähren kann (Anordnung d. RAMin. v. 4.9. 1939 — Reichsanz. u. Preuß. Staatsanzeiger Nr. 207 v. 6.9. 1939 —) | Ja                 | Ja, von der Heilmatbehörde                                                                            |
| 12. Weiterzahlung der Dienstbezüge bei Einberufung zum Wehrdienst. (Erl. v. 26.8. 1939 — RBB. S. 212 —, 9.9. 1939 — RBB. S. 238 — und 5.4. 1940 — MBIV. S. 680 —) | Ja               | Ja, bei zeitlich begrenzter Verpflichtung jedoch nur bis zum Ende der Verpflichtung | Wie in Spalte 3                                   | Wie in Spalte 3  | Nein                                                                                                                                                                                               | Nein                         | Wie in Spalte 3                                                                                                                                                                       | Wie in Spalte 3    | Ja, von der Heilmatbehörde — ohne Dienstbereitschaftsgeld —                                           |



**Anlage D**

Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die außerhalb der Reichsgrenze und im Generalgouvernement eingesetzt werden

## Tagessätze

| Vergütung                                                                    | Ver-<br>gütungs-<br>gruppe | Inland<br><i>RM</i> | Belgien<br><i>frs</i> | Däne-<br>mark<br><i>Kr</i> | Frank-<br>reich<br><i>frs</i> | General-<br>gouverne-<br>ment<br><i>Zloty</i> | Norwegen<br><i>Kr</i> | Nieder-<br>lande<br><i>hfl</i> | Italien<br><i>Lire</i> |
|------------------------------------------------------------------------------|----------------------------|---------------------|-----------------------|----------------------------|-------------------------------|-----------------------------------------------|-----------------------|--------------------------------|------------------------|
| 1                                                                            | 2                          | 3                   | 4                     | 5                          | 6                             | 7                                             | 8                     | 9                              | 10                     |
| 1. Barvergütung                                                              | 1                          | 0,50                | 7,85                  | 1,25                       | 12,—                          | 1,50                                          | 1,35                  | 0,60                           | 4,80                   |
|                                                                              | 2                          | 1,—                 | 15,70                 | 2,50                       | 24,—                          | 3,—                                           | 2,70                  | 1,20                           | 9,60                   |
|                                                                              | 2a                         | 1,20                | 18,80                 | 3,—                        | 28,80                         | 3,60                                          | 3,20                  | 1,40                           | 11,50                  |
|                                                                              | 3                          | 1,50                | 23,50                 | 3,70                       | 36,—                          | 4,50                                          | 4,—                   | 1,70                           | 14,40                  |
|                                                                              | 3a                         | 1,70                | 26,65                 | 4,25                       | 40,80                         | 5,10                                          | 4,55                  | 2,—                            | 16,30                  |
|                                                                              | 4                          | 2,—                 | 31,30                 | 4,90                       | 48,—                          | 6,—                                           | 5,30                  | 2,30                           | 19,10                  |
|                                                                              | 4a                         | 2,20                | 34,50                 | 5,50                       | 52,80                         | 6,60                                          | 5,90                  | 2,60                           | 21,10                  |
|                                                                              | 5                          | 2,50                | 39,20                 | 6,20                       | 60,—                          | 7,50                                          | 6,70                  | 2,90                           | 24,—                   |
|                                                                              | 6                          | 3,—                 | 47,—                  | 7,40                       | 72,—                          | 9,—                                           | 8,—                   | 3,50                           | 28,70                  |
|                                                                              | 7                          | 3,50                | 54,85                 | 8,65                       | 84,—                          | 10,50                                         | 9,35                  | 4,—                            | 33,60                  |
| 2. Bekleidungsentschädi-<br>gung                                             |                            |                     |                       |                            |                               |                                               |                       |                                |                        |
| a) Oberkleidung .....                                                        | 2 bis 7                    | 0,60                | 9,40                  | 1,50                       | 14,40                         | 1,80                                          | 1,60                  | 0,70                           | 5,80                   |
| b) Stiefel .....                                                             | 2 bis 7                    | 0,20                | 3,10                  | 0,50                       | 4,80                          | 0,60                                          | 0,55                  | 0,25                           | 1,90                   |
| c) Unterkleidung .....                                                       | 2 bis 7                    | 0,20                | 3,10                  | 0,50                       | 4,80                          | 0,60                                          | 0,55                  | 0,25                           | 1,90                   |
| 3. Selbstverpflegung<br>Außerhalb d. Heimatorts                              | 2 bis 7                    | 3,—                 | 47,—                  | 7,40                       | 72,—                          | 9,—                                           | 8,—                   | 3,50                           | 36,—                   |
| 4. Auswärtige Übernacht-<br>ung, wenn Unterkunft<br>nicht gestellt wird .... | 1 bis 4a                   | 2,—                 | 31,30                 | 4,90                       | 48,—                          | 6,—                                           | 5,30                  | 2,30                           | 19,10                  |
|                                                                              | 5                          | 2,50                | 39,20                 | 6,20                       | 60,—                          | 7,50                                          | 6,70                  | 2,90                           | 24,—                   |
|                                                                              | 6                          | 3,—                 | 47,—                  | 7,40                       | 72,—                          | 9,—                                           | 8,—                   | 3,50                           | 28,70                  |
|                                                                              | 7                          | 3,50                | 54,85                 | 8,65                       | 84,—                          | 10,50                                         | 9,35                  | 4,—                            | 33,60                  |

| Slowakei | Ungarn | Kroatien     | Rumänien | Bulgarien | Serbien<br>(Rest-Jugo-<br>slawien) | Griechenland | Finnland | UdSSR. |
|----------|--------|--------------|----------|-----------|------------------------------------|--------------|----------|--------|
| Kronen   | Pengö  | Kuna (Dinar) | Lei      | Lewa      | Dinar                              | Drachmen     | Finnmark | Rubel  |
| 11       | 12     | 13           | 14       | 15        | 16                                 | 17           | 18       | 19     |
| 7,30     | 1,—    | 12,50        | 50,—     | 20,50     | 12,50                              | 37,50        | 13,30    | 6,20   |
| 14,60    | 2,10   | 25,—         | 100,—    | 41,—      | 25,—                               | 75,—         | 26,70    | 12,50  |
| 17,50    | 2,50   | 30,—         | 120,—    | 49,20     | 30,—                               | 90,—         | 32,—     | 15,—   |
| 21,90    | 3,10   | 37,50        | 150,—    | 61,50     | 37,50                              | 112,50       | 40,—     | 18,80  |
| 24,80    | 3,50   | 42,50        | 170,—    | 69,70     | 42,50                              | 127,50       | 45,30    | 21,20  |
| 29,10    | 4,20   | 50,—         | 200,—    | 82,—      | 50,—                               | 150,—        | 53,40    | 25,—   |
| 32,10    | 4,60   | 55,—         | 220,—    | 90,20     | 55,—                               | 165,—        | 58,70    | 27,50  |
| 36,50    | 5,20   | 62,50        | 250,—    | 102,50    | 62,50                              | 187,50       | 66,70    | 31,30  |
| 43,70    | 6,30   | 75,—         | 300,—    | 123,—     | 75,—                               | 225,—        | 80,—     | 37,50  |
| 51,10    | 7,30   | 87,50        | 350,—    | 143,50    | 87,50                              | 262,50       | 93,40    | 43,80  |
| 8,80     | 1,30   | 15,—         | 60,—     | 24,60     | 15,—                               | 45,—         | 16,10    | 7,50   |
| 2,90     | 0,40   | 5,—          | 20,—     | 8,20      | 5,—                                | 15,—         | 5,30     | 2,50   |
| 2,90     | 0,40   | 5,—          | 20,—     | 8,20      | 5,—                                | 15,—         | 5,30     | 2,50   |
| 54,—     | 9,—    | 90,—         | 420,—    | 150,—     | 90,—                               | 270,—        | 80,40    | 45,—   |
| 29,10    | 4,20   | 50,—         | 200,—    | 82,—      | 50,—                               | 150,—        | 53,40    | 25,—   |
| 36,50    | 5,20   | 62,50        | 250,—    | 102,50    | 62,50                              | 187,50       | 6,70     | 31,30  |
| 43,70    | 6,30   | 75,—         | 300,—    | 123,—     | 75,—                               | 225,—        | 80,—     | 37,50  |
| 51,10    | 7,30   | 87,50        | 350,—    | 143,50    | 87,50                              | 262,50       | 93,40    | 43,80  |

Anlage E

Notdienstverordnung; Übergangsbezüge für entlassene Notdienstpflichtige.

RdErl. des RMdI. vom 13. 2. 1942 — I Ra 140/42-268 C —

Auf Grund des § 7 Abs. 1 der Notdienst-VO. v. 15. 10. 1938 (RGBl. I S. 1441) ordne ich im Einvernehmen mit dem RFM. an:

1. Die aus Anlaß des Krieges zum langfristigen Notdienst herangezogenen Notdienstpflichtigen erhalten bei ihrer Entlassung zur Erleichterung des Übergangs in den Zivilberuf Übergangsbezüge, wenn sie

- a) zum langfristigen Notdienst ohne Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses herangezogen waren,
- b) kaserniert waren und amtlich verpflegt wurden oder die dafür festgesetzten Vergütungssätze erhalten haben,
- c) uniformiert waren,
- d) unter einem Befehl geschlossen eingesetzt wurden und
- e) seit dem 1. 9. 1939 mindestens 3 Monate (= 90 Tage) unter diesen Voraussetzungen notdienstverpflichtet waren oder aber vor Ablauf der 90 Tage auf Grund einer Notdienstbeschädigung (vgl. § 9 der Ersten Durchf.-VO. zur Notdienst-VO. v. 15. 9. 1939, RGBl. I S. 1775) entlassen werden:

2. Übergangsbezüge sind auch vor Ablauf einer Notdienstzeit von 90 Tagen zu gewähren, wenn der Notdienstpflichtige seit dem 1. 9. 1939 Wehrdienst oder Luftschutzdienst geleistet hat, dieser Dienst bei Vorliegen der zeitlichen Voraussetzungen zu Übergangsbezügen wie beim Notdienst berechtigt hätte, die Dienstzeiten zusammen mit der Notdienstzeit insgesamt mindestens 90 Tage ausmachen und Übergangsbezüge bisher noch nicht gewährt worden sind.

3. Übergangsbezüge werden nicht gewährt, wenn der Notdienstpflichtige im unmittelbaren Anschluß an die Entlassung aus dem Notdienst zum Wehrdienst oder zur Dienstleistung beim Luftschutzwarndienst oder Sicherheits- und Hilfsdienst herangezogen wird. Die Zahlung von Übergangsbezügen entfällt ferner, wenn die Entlassung aus Gründen erfolgt, bei deren Vorliegen Soldaten nach den Vorschriften des § 23, § 24 (1) oder § 24 (2c) des Wehrges. v. 21. 5. 1935 (RGBl. I S. 609) aus dem Wehrdienst entlassen werden müßten oder könnten.

4. Auf die Dauer von 14 Tagen nach dem Entlassungstag werden bei Vorliegen der Voraussetzungen unter Ziff. 1 gewährt:

- a) die Barvergütung, die im RdErl. v. 13. 10. 1939 in der Fass. v. 28. 5. 1940 (MBliV. S. 1064) mit den Ergänzungen v. 30. 8. 1940 (MBliV. S. 1746), 23. 12. 1940 (MBliV. 1941 S. 23) und 16. 1. 1942 (MBliV. S. 203) in der Anl. unter Abschn. A Ziff. 1 festgesetzt ist;
- b) ein Verpflegungsgeld von 1,20 RM je Tag;
- c) ein Unterkunftsgeld von 1 RM je Tag, wenn der Notdienstpflichtige nicht in den Haushalt familienunterhaltsberechtigter Angehöriger zurückkehrt oder nicht als Alleinstehender die Mietbeihilfe des Familienunterhalts erhält oder weder ganz noch teilweise seine Friedensbezüge weiter bezieht.

Nach den allgemeinen Bestimmungen bereits über den

Entlassungstag hinaus gezahlte Beträge an Barvergütung und Verpflegungsgeld sind anzurechnen.

5. Die zur Entlassung kommenden Notdienstpflichtigen erhalten unter den Voraussetzungen der Ziff. 1 außerdem ein Entlassungsgeld von 50 RM. Das Entlassungsgeld wird grundsätzlich nur einmal gewährt. Notdienstpflichtigen, die bereits bei ihrer Entlassung aus der Wehrmacht oder dem Reichsarbeitsdienst, als Notdienstpflichtige oder Luftschutzdienstpflichtige Entlassungsgeld erhalten haben, steht bei ihrer Entlassung aus dem Notdienstverhältnis das Entlassungsgeld nicht noch einmal zu.

6. Wegen der Vergütung von Reisekosten bei der Entlassung wird auf § 4 Abs. 1 Satz 1 bis 3 der Dritten Durchf.-VO. zur Notdienst-VO. v. 14. 10. 1939 (RGBl. I S. 2049) verwiesen.

7. Für den Monat, in den der Entlassungstag fällt, und für den folgenden Monat, in dem gegebenenfalls noch Barvergütung für die ersten 14 Tage nach dem Entlassungstag zusteht (Ziff. 4 Buchst. a), ist der gemäß § 1 Abs. 1a der Dritten Durchf.-VO. zur Notdienst-VO. v. 14. 10. 1939 (RGBl. I S. 2049) in der Fassung der Siebenten Durchf.-VO. v. 22. 5. 1940 (RGBl. I S. 818) abzuziehende Ausgleichsbetrag nicht einzubehalten.

8. Das Entlassungsgeld (Ziff. 5) ist auf den Höchstbetrag der zusätzlichen Beihilfe des Familienunterhalts (Nr. 116a des RdErl. v. 5. 7. 1940, MBliV. S. 1363, in der Fass. des RdErl. v. 14. 12. 1940, MBliV. S. 2251 in Verbindung mit Nr. 193 des RdErl. v. 5. 7. 1940) nicht anzurechnen.

9. (1) Dieser RdErl. ist auf alle Entlassungen seit dem 15. 7. 1940 anzuwenden. Der RdErl. v. 23. 1. 1941 (MBliV. S. 147) wird aufgehoben. Nachzahlungen, die sich auf Grund des vorstehenden RdErl. ergeben, sind nur auf Antrag zu leisten. Überzahlungen sind nicht zurückzufordern. Bei der Berechnung der Nachzahlungen und Überzahlungen sind die gesamten nach diesem RdErl. zu zahlenden Beträge den gesamten nach dem RdErl. v. 23. 1. 1941 gezahlten Beträgen gegenüberzustellen.

(2) Hat der Notdienstpflichtige in der Zeit seit dem 15. 7. 1940 für die ersten 14 Tage nach dem Entlassungstag für seine Person Familienunterhalt erhalten, so ist dieser Familienunterhalt auf die dem Notdienstpflichtigen für den gleichen Zeitraum zustehenden Übergangsbezüge zu 4a, b und c anzurechnen. Erstattungen zwischen den für die Zahlung der Übergangsbezüge zuständigen Dienststellen und den Stadt- und Landkreisen, die den Familienunterhalt gewährt haben, unterbleiben.

10. (1) Notdienstpflichtige, die vor dem 15. 7. 1940 entlassen worden sind, die aber seit dem 26. 8. 1939 die Voraussetzungen der Ziff. 1 erfüllt haben, erhalten auf Antrag das Entlassungsgeld nach Ziff. 5.

(2) Notdienstpflichtige, die in der Zeit vom 15. 5. 1940 bis 14. 7. 1940 wegen Dienstunfähigkeit entlassen worden sind, erhalten unter den Voraussetzungen der Ziff. 1 Übergangsbezüge nach Ziff. 4 und 5.

An die Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Landesregierungen), die preuß. Ober-Präs., den Stadtpräs. der Reichshauptstadt Berlin, die Reg.-Präs., die staatl. Pol.-Verwalter, die Landräte, die Gemeinden. An das Oberkommando der Wehrmacht, den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, den Reichsminister der Finanzen, den Reichsverkehrsminister, den Reichsprotektor in Böhmen und Mähren durch Abdruck.

— MBliV. S. 369.



# Befehlsblatt

Ausgabe A

## des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 32

Berlin, den 25. Juli 1942

3. Jahrgang



### Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

**Conrad Witt**, Kriminalsekretär, Reichssicherheitshauptamt, im August 1941

**Percy Baumhammer**, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt Posen, im Februar 1942

**Fritz Bauer**, SS-Oberscharführer, SD-Hauptaußenstelle Frankfurt/Oder, im August 1941

**Erich Jeckl**, SS-Bewerber, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Wien, im Februar 1942

**Emil Henner**, SS-Anwärter, Kraftfahrer beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Straßburg, im Dezember 1941

**Heinrich Wolfer**, SS-Unterscharführer beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in München, im Februar 1942

**Rudolf Kempter**, SS-Hauptsturmführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im Januar 1942

**Karl-Heinz Westphal**, SS-Bewerber, SD-Abschnitt Bremen, im Februar 1942

**Johann Knysok**, Kriminalsekretär, Kriminalabteilung Gleiwitz, im Februar 1942

**Hermann Kraut**, Kriminalassistentenanwärter, Kriminalpolizeistelle Linz, im Februar 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

**Hermann Glockmann**, SS-Oberscharführer, a. pl. Kriminalassistent, Staatspolizeileitstelle Berlin, im März 1942

**Stefan Poloczek**, SS-Bewerber, Kriminalassistent, Gemeindekriminalpolizei Brieg, im März 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

## Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

**Sicherheitspolizei u. SD.** RdErl. 26. 6. 42 Anerkennung, S. 208 — RdErl. 1. 7. 42 Kassenanschlag der Sich.Pol. für das Rechnungsjahr 1942, S. 208. — RdErl. 10. 7. 42 Anforderung von  $\#$ -Personalakten, S. 208. — RdErl. 14. 7. 42 Verbot ausländischer Druckschriften, S. 208. — RdErl. 15. 7. 42 Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge, S. 208. — RdErl. 16. 7. 42 Organisation der Sich.Pol. u. des SD im Bezirk Bialystok, S. 208. — RdErl. 18. 7. 42 Ärztliche Angelegenheiten,

S. 209. — RdErl. 18. 7. 42 Rohstoffbewirtschaftung, S. 209. — RdErl. 19. 7. 42 Abgabe von schwarzen Uniformen für die Spinnstoffsammlung S. 209.

**Reichskriminalpolizei.** RdErl. 13. 6. 42 Erholungsurlaub, S. 209.

**Verschiedenes.** RdErl. 14. 7. 42 Verlust von Dienstausweisen u. Erkennungsmarken, S. 210.

**Personalmitteilungen.** S. 210.

## Sicherheitspolizei und SD

### Anerkennung.

**RdErl. des RSHA. vom 26. 6. 1942**

— I A 1 b Nr. 168/42 —

Auf besonderen Vorschlag hat der Reichsführer- $\#$  und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern dem

1. Kriminalrat Hans Laue,
2. Kriminalsekretär Louis Evers,

beide Kriminalpolizeileitstelle Bremen, durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für hervorragende fachliche Leistungen ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 208.

### Kassenanschlag der Sicherheitspolizei für das Rechnungsjahr 1942.

**RdErl. des RF $\#$ uChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 7. 1942**

— S II C 1 Nr. 333/42-226-1 —

(1) Der Kassenanschlag der Sich.Pol. für das Rechnungsjahr 1942 wird den beteiligten Dienststellen voraussichtlich im Laufe dieses Monats übersandt werden. Zur Einsparung von Papier wurde die Stückzahl gegenüber dem Vorjahre eingeschränkt. Von der Anforderung weiterer Stücke ersuche ich daher abzusehen.

(2) Die für die Bewirtschaftung der zugewiesenen Planstellen und Haushaltsmittel maßgebenden Richtlinien sind wieder als Einleitung abgedruckt. In Ziffer 8 der Einleitung ist auch bestimmt, inwieweit die Ausgabereise des Rechnungsjahres 1941 freigegeben werden. Auf diese Ausführungen werden die Kassen besonders hingewiesen.

(3) Die Staatspolizei(lei)stellen (mit Ausnahme von Berlin), die Kriminalpolizeileitstelle Prag und die Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD im Generalgouvernement werden ersucht, der zuständigen Vorprüfungsstelle und der rechnungslegenden Kasse je ein Stück des Kassenanschlags zu übersenden.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 208.

### Anforderungen von $\#$ -Personalakten.

**RdErl. des RSHA. vom 10. 7. 1942**

— I A 5 Az. SA 2-3 —

(1) Aus dienstlichen Gründen werden ab sofort  $\#$ -Personalakten des RSHA. — I A 5 — nur noch an Dienststellen innerhalb des Amtes I herausgegeben, wenn bei Aktenanforderungen die Gründe hierfür mitgeteilt werden.

(2) Anforderungen von  $\#$ -Personalakten durch die Ämter II—VII des RSHA. und durch die Inspektoren

bzw. Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD bleiben in Zukunft grundsätzlich unberücksichtigt.

(3) Bei Anforderungen von  $\#$ -Personalakten durch II C zum Zwecke der Vorlage beim Reichsschatzmeister in Versorgungsfällen bleibt es bei der bisherigen Regelung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 208.

### Verbot ausländischer Druckschriften.

**RdErl. des RF $\#$ uChdDtPol. i. RMdI. vom 14. 7. 1942**

— S IV C 3 Nr. 8551/E u. 8549/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 18. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung sämtlicher Schriften aus dem Verlag

„Der Aufbruch“, Zürich—New York, und des Buches

„Bemerkungen zum Tage“ von Ernst Schürch, Verlag Paul Haupt, Bern, 1942,

verboten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 208.

### Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge.

**RdErl. des RSHA. vom 15. 7. 1942**

— II A 1 Nr. 33/42-151 —

Auf die unbedingte Beachtung des  $\#$ - und Polizeibefehls des Reichsführers- $\#$  vom 27. 9. 1940 — Nr. A/39/79/40 — bekanntgegeben mit hies. Erlaß vom 12. 10. 1940 — I B 1 Nr. 776/40-151 — (Befehlsblatt S. 114) wird erneut nachdrücklich hingewiesen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 208.

### Organisation der Sicherheitspolizei und des SD im Bezirk Bialystok.

**RdErl. des ChdSPudSD. vom 16. 7. 1942**

— II A 1 Nr. 8 IX/42-151 —

(1) Für den Bezirk Bialystok ist die Dienststelle eines Kommandeurs der Sich.Pol. u. des SD eingerichtet worden. Als Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD ist  $\#$ -Sturmabführer Regierungsrat Dr. Altenloh bestimmt worden.

(2) In der Dienststelle des Kommandeurs der Sich.Pol. u. des SD in Bialystok sind die bisherige Staatspolizeiaußendienststelle, Kriminaldienststelle und SD-Hauptaußenstelle in Bialystok zusammen-



gefaßt worden. Die bisherigen Befugnisse der Staatspolizeistelle Allenstein, der Kriminalpolizeistelle Königsberg und des SD-Leitabschnittes Königsberg gegenüber den im Bezirk Bialystok eingesetzten Kräften der Sich.Pol. u. des SD sind damit erloschen. Kräfte der Kriminaldienststelle in Bialystok aus der Polizeiverwaltung in Bialystok ausgeschieden. Der Inspekteur der Sich.Pol. u. des SD in Königsberg hat gegenüber dem Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in Bialystok die Befugnisse eines Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD. Hinsichtlich seiner Dienstbezeichnung „Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD“ tritt hierdurch keine Änderung ein.

(3) Die Erlasse vom 15. 10. 1941 — II A 1 Nr. 830/41-151 — (Befehlsbl. S. 216) und vom 14. 9. 1941 — II A 1 Nr. 2026/41-171 — (Befehlsbl. S. 184) werden hiermit aufgehoben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 208.

#### Ärztliche Angelegenheiten.

RdErl. des RSHA. vom 18. 7. 1942

— I A 6 Nr. 850/42 —

(1) Als „Leitender Arzt beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD“ ist  $\mathbb{H}$ -Obersturmbannführer Dr. Schlosser eingesetzt worden.

(2) Berichte, Anträge und sonstige Vorgänge in ärztlichen Angelegenheiten sind an diese Dienststelle unter der Anschrift:

Reichssicherheitshauptamt

— I San. —

Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 8,

einzureichen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 209.

#### Rohstoffbewirtschaftung.

RdErl. des RSHA. vom 18. 7. 1942

— II C 3 Nr. 2178/42-264-2 a —

(1) Das Verfahren auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlbewirtschaftung wird sich vom 1. 10. 1942 ab grundlegend ändern; statt der Zuteilung von Kontrollnummern wird in Zukunft ein Eisenscheckverfahren eingeführt werden. Die Durchführungsbestimmungen für die neue Regelung stehen noch aus. Anträge auf Eisenzuteilung für das IV. Quartal 1942 oder später sind daher vorläufig zurückzustellen, bis weitere Weisung ergeht.

(2) Gleichzeitig wird erneut darauf hingewiesen, daß der unmittelbare Schriftverkehr der nachgeordneten Dienststellen mit den zentralen Rohstoffstellen, insbesondere mit dem Rohstoffamt des Reichsführers- $\mathbb{H}$  in Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 142 bis 143, untersagt ist und sämtliche Anträge dem RSHA. — Referat II C 3 — vorzulegen sind.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 209.

#### Abgabe von schwarzen Uniformen für die Spinnstoffsammlung.

RdErl. des RSHA. vom 19. 7. 1942

— II C 2<sup>5</sup> Nr. 9100/42 —

(1) Der Reichsführer- $\mathbb{H}$  hat aus Anlaß der Spinnstoffsammlung folgenden Befehl erlassen:

„Die schwarze Uniform des Friedens hängt heute bei Tausenden von  $\mathbb{H}$ -Führern und Männern seit Jahren im Schrank und wird dadurch keinesfalls besser. Ich habe mich deshalb entschlossen, diese, soweit sie nicht für dienstliche Zwecke bei der Allgemeinen- $\mathbb{H}$  benötigt werden, sammeln zu lassen und ordne daher folgendes an:

1. Die Oberabschnittsführer haben in geeigneter Form vor allem an sämtliche Führer ihres Bereiches einen Appell zu richten, daß sie ihre schwarzen Uniformen zur Verfügung stellen.
2. Soweit es sich machen läßt, sind auch Uniformen von den zur Wehrmacht eingezogenen Führern und evtl. auch Männern zu erfassen.
3. Den  $\mathbb{H}$ -Führern wird dem Tragewert der abgelieferten Uniformen entsprechend auf Antrag nach dem Kriege eine angemessene Einkleidungsbeihilfe gewährt.
4. Unterführer und Männer erhalten nach dem Kriege für die abgelieferten Bekleidungsstücke kostenlosen Neuersatz.
5. Es dürfte auch möglich sein, verschiedene Uniformen gefallener Kameraden zu erbitten. Dies müßte jedoch äußerst taktvoll erfolgen. Es ist zu unterlassen, wenn kein geeigneter Führer für diese Aufgabe zur Verfügung steht. Selbstverständlich können in solchen Fällen Vergütungen erfolgen, wenn den Witwen oder Angehörigen damit geholfen werden kann.
6. Die Oberabschnitte richten für die zentrale Ablieferung innerhalb ihres Bereiches eine Sammelstelle ein. Das Ergebnis der Sammlung ist dem  $\mathbb{H}$ -Wirtschaftsverwaltungshauptamt zu melden. Von dieser Stelle aus erfolgt dann auch der Abruf der gesammelten Stücke.
7. Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des  $\mathbb{H}$ -Wirtschaftsverwaltungshauptamtes.“

(2) Ich erwarte, daß auch die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, soweit sie selbstbeschaffte schwarze  $\mathbb{H}$ -Uniformen besitzen, diese bei den  $\mathbb{H}$ -Oberabschnitten für die Spinnstoffsammlung abgeben. Bei der Abgabe wird eine Bescheinigung über Zahl und Art der Uniformstücke sowie Stoffart und Tragewert erteilt. Die Bescheinigung ist als Beleg für spätere Ansprüche bei den Personalakten abzulegen.

(3) Für die Angehörigen des RSHA. wird die Sammelstelle durch Hauserlaß bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 209.

### Reichskriminalpolizei

#### Erholungsurlaub.

RdErl. des RF $\mathbb{H}$ uChdDtPol. i. RMdI. vom 13. 6. 1942

— S I A 1 a Nr. 120/41-360-4 —

(1) Im Nachgang zu meinem RdErl. vom 19. 8. 1941 — S I A 1 a Nr. 120/41 — (Befehlsbl. S. 164) ordne ich an, daß die Bestimmungen dieses RdErl. auch auf Urlaubsgesuche der Leiter der Kriminalabtei-

lungen Anwendung finden, soweit diese leitende Kriminalbeamte sind.

(2) Die Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD ermächtige ich, den Erholungsurlaub der übrigen Leiter der Kriminalabteilungen in eigener Zuständigkeit zu gewähren.

(3) Die vorgelegten Berichte finden hierdurch ihre Erledigung.

An die Kriminalpolizei. — Befehlsbl.

## Verschiedenes

### Verlust von Dienstaussweisen und Erkennungs- marken.

RdErl. des RSHA. vom 14. 7. 1942

— I A 1 a Nr. 388/41 —

Der Dienstaussweis Nr. 8630, ausgestellt für den Kriminalangestellten Kraftfahrer Hans Thies, Staatspolizeistelle Braunschweig, und der Dienst-

ausweis Nr. 15 082, ausgestellt für den Kriminaloberassistenten Jakob Mehler beim Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD Krakau, sowie die Erkennungs-  
marken der Geh.Staatspolizei Nr. 8630 und 15 082 sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Übersendung an das RSHA. — Ref. I A 1 — ersucht.  
An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 210.

## Personalmitteilungen

### Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Krim.Rat: Krim.Komm. Herbert Lange;  
zum techn. Ob.Insp.: die techn. Insp. Just u. Kiesewalter;  
zum Pol.Insp.: apl. Pol.Insp. Demski;  
zum techn. Insp.: die techn. Ob.Sekr. Höhne u. Obst.

### Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Rat: die Krim.Komm. Bamesreiter (München), Casper (Schwerin), Stiel (Nürnberg) u. Taudt (Brünn);  
zum Pol.Ob.Insp.: Pol.Insp. Heiden (Hamburg).

Versetzt: Krim.Dir. Dr. Schäfer (Berlin) zum RSHA.;

die Krim.Komm. Bosselmann (Koblenz) nach Hohensalza, Jost (Dortmund) nach Brünn, Solle Brünn nach Dortmund u. Wörsdorfer (Berlin) nach Koblenz;

die Pol.Insp. Gagstädter (Hohensalza) zum RSHA. u. Sassenberg (Bremen) nach Fürstenberg.

Abgeordnet: #-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Biberstein (Oppeln) zur Einsatzgr. C als Führer des EK. 6, #-Sturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Christmann (Salzburg) zur Einsatzgr. D als Führer des SdKdo. 10 a;

die Pol.Insp. Artschwager (Grenzpol.Komm. Memel) nach Tilsit, Biermann (Breslau) zum Befh. Oslo, Sabbarth (Breslau) zum Befh. Oslo,

Sareika (Graudenz) nach Breslau unter Aufheb-  
d. Abordng. zum Befh. Oslo.

Die Versetzung des Krim.Komm. Landwehr (Münster) nach Hohensalza ist aufgehoben worden.

### SD.

Beauftragt: #-Hauptsturmführer Ziegler m. d. Leitung d. HAST. Köln, #-Hauptsturmführer Bunte m. d. Leitung d. HAST. Münster;  
#-Untersturmführer Harald Hoffmann m. d. Leitung d. AST. Aachen.

Kommandiert: die #-Hauptsturmführer Werner Fontane zum SD-LA. Düsseldorf u. Seynstahl zum Insp. Danzig;

#-Untersturmführer Kurt Adameck zum Insp. Posen.

Versetzt: #-Sturmbannführer Rudolf Seidel zum Insp. München;

die #-Hauptsturmführer Schirmbeck zum SD-A. Köln u. Schlegel zum Insp. Königsberg;  
#-Obersturmführer Hansch zum RSHA. — VI.

Abgeordnet: #-Obersturmbannführer Erich Körtling (SD-A. Braunschweig — z. Zt. SD-A. Leipzig —) nach Stalino als Kdr. d. SPudSD. f. d. Generalbezirk Stalino im Reichskommissariat Ukraine, #-Obersturmbannführer August Meyer (SD-LA. Breslau) zur Einsatzgr. C als Führer des SdKdo. 4 b;

#-Sturmbannführer Zapp (SD-A. Kassel) nach Simferopol als Kdr. d. SPudSD. f. d. Generalbezirk Taurien im Reichskommissariat Ukraine.

— Befehlsblatt 1942 S. 210.



# Befehlsblatt

Ausgabe A

## des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 33

Berlin, den 1. August 1942

3. Jahrgang



### Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

**Martin Dittmann**, Kriminalsekretär, Kriminalabteilung Elbing, im Februar 1942

**Eberhardt Schultze**, Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle Schneidemühl, im Februar 1942

**Franz Handschuch**, SS-Hauptsturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im Februar 1942

**Kurt Renner**, SS-Anwärter, Kriminalsekretär, Staatspolizeistelle Breslau, im Februar 1942

**Anton Gritsch**, SS-Bewerber, SD-Abschnitt Innsbruck, im Februar 1942

**Karl Kokorsch**, Kriminalangestellter, Staatspolizeistelle Troppau, im Februar 1942

**Albert Betz**, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt Stuttgart, im Februar 1942

**Rolf Schober**, SS-Untersturmführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im Februar 1942

**Dr. Adolf Liepelt**, SS-Sturmmann, SD-Leitabschnitt Breslau, im Februar 1942

**Fritz Moewus**, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeistelle Berlin, im Februar 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

**Dr. Walter Stahlecker**, SS-Brigadeführer, Generalmajor der Polizei, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Riga, im März 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

## Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

**Sicherheitspolizei u. SD.** RdErl. 20. 7. 42 Anwendbarkeit des Dienstgradangleichungserlasses vom 1. 4. 1942. S. 212. — RdErl. 20. 7. 42 Verbot einer ausländischen Druckschrift. S. 212. — RdErl. 27. 7. 42 Meldung von im auswärtigen Einsatz befindlichen beurlaubten Angeh. der SPudSD. S. 212. — RdErl. 27. 7. 42 Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums. S. 212. — RdErl. 28. 7. 42 Behandlung von Kuriersendungen. S. 212.

**Verschiedenes.** RdErl. 20. 7. 42 Erholungs- u. Kameradschaftsheimen f. Angeh. der SPudSD. S. 213. — RdErl. 27. 7. 42 Verlust eines Dienstausweises. S. 213. — Gauleiter der NSDAP. S. 213. — Verschlusssachen-Anschriftenverzeichnis vom 1. 10. 1941. S. 213.

**Personalmitteilungen.** S. 213.

## Sicherheitspolizei und SD

**Anwendbarkeit des Dienstgradangleichungserlasses vom 1. 4. 1942 — I A 1 a Nr. 114/42 —**

**RdErl. des RSHA. vom 20. 7. 1942 — I A 5 Az. SA 2-3 —**

(1) Für alle vom NSKK. notdienstverpflichteten Kraftfahrer des RSHA. findet der Erlaß vom 1. 4. 1942 — I A 1 a Nr. 114/42 — keine Anwendung. Die bisherigen Vereinbarungen bleiben in Kraft. NSKK-Angehörige, die als Kraftfahrer für das RSHA. notdienstverpflichtet sind, haben daher die ihrem NSKK-Dienstgrad entsprechenden  $\mathbb{H}$ -Dienstgradabzeichen anzulegen.

(2) NSKK-Führer, die auf Grund dieses Erlasses  $\mathbb{H}$ -Führerdienstgrade zuerkannt erhalten, dürfen als Fahrer auf Grund eines Reichsführer-Befehls keine Verwendung finden.

(3) Führerdienstgrade für NSKK-Angehörige sind, wie in allen anderen Fällen, beim RSHA. — I A 5 — mit eingehender Begründung zu beantragen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 212.

**Verbot einer ausländischen Druckschrift.**

**RdErl. des RFHuChdDtPol. i. RMdL vom 20. 7. 1942**

— S IV C 3 Nr. 8553/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung nachstehender Schrift verboten:

„Die Judenfrage eine entscheidende Frage der Kirche“ von Pfarrer Wilhelm Vischer, Verlag: Evangelische Buchhandlung, Basel.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 212.

**Meldung von im auswärtigen Einsatz befindlichen beurlaubten Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD.**

**RdErl. des RSHA. vom 27. 7. 1942**

— I A 1 d Nr. 8007/42 —

(1) Nach dem Erl. des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 16. 12. 1941 — II/1 — 12570 — erhalten Angehörige von Schutzgliederungen außerhalb der Wehrmacht, sofern sie außerhalb des Reichsgebiets eingesetzt sind, im Falle ihres Urlaubs die Lebensmittelbedarfsnachweise von den für ihren Aufenthalt zuständigen Kartenstellen. Der von den Angehörigen dieser Formationen den Kartenstellen vorzulegende Urlaubsbedarfsnachweise nach diesen Bestimmungen einer Mitteilung der zuständigen Meldebehörde, die die Meldung des Urlaubers auf den Urlaubsschein durch handschriftl. Aufdruck des Dienststempels und des Datums zu bestätigen hat.

„Ich die Beobachtung gemacht habe, daß beurlaubte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD sich der zu ihren Einsatzdienststellen begeben haben, weil ihnen die inzwischen erfolgte Aufhebung der Abordnung von ihren Heimatdienststellen nicht mitgeteilt werden konnte und sie somit dem Dienst z. T. wochenlang unnötigerweise entzogen worden sind, verfüge ich, daß sämtliche von den Einsatzdienststellen beurlaubte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD sich unverzüglich bei ihren Heimatdienststellen zu melden haben, die die Meldung des Urlaubers auf dem Urlaubsschein nach vorstehenden Angaben bescheinigen. Nach Berlin beurlaubte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD melden sich im RSHA., Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Str. 9, Zimmer 7.

(3) Diese Anordnung gilt auch für im Einsatz befindliche und zu Lehrgängen pp. kommandierte Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

(4) Die Einsatzdienststellen haben sämtliche Angehörige ihrer Dienststelle in regelmäßigen Zeitabständen hierauf hinzuweisen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 212.

**Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.**

**RdErl. des RSHA. vom 27. 7. 1942 — IV C 3 —**

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) teile ich folgende neue Einreichungen mit:

Wagner, August Stephan: „Die Stammtafel des Menschengeschlechts“, Verlag der Görres-Buchhandlung, Saarbrücken, 1935.

Schäfer, Georg: „Immer wieder Lucile“, Alster-Verlag Curt Brauns, Wedel (Holstein), 1941.

Handtmann-Kolberg, G.: „Wir pilgern nach Wittenberg“, Verlag Fischer & Schmidt, Stettin.

Schürch, Ernst: „Bemerkungen zum Tage“, Verlag Paul Haupt, Bern, 1942.

Jung, Hermann: „Die rotweiße Sphinx“, Völkischer Verlag, GmbH, Düsseldorf, wurde vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wieder zum Vertrieb freigegeben. Die Schrift darf jedoch nicht öffentlich angeboten, ausgestellt oder verliehen werden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 212.

**Behandlung von Kuriersendungen.**

**RdErl. des RSHA. vom 28. 7. 1942**

— II HB Nr. 41/42 —

(1) Beim Hauptbüro (Kurierstelle) des RSHA. gehen vielfach verschlossene oder verpackte Sendungen zur Weitergabe an Dienststellen der Sich.Pol.



SD und an andere Behörden in den be-  
zogen Gebieten ein. Hieraus ist sich heraus-  
gestellt, daß die entsprechend ihrer Anschrift weiter-  
geleiteten Sendungen nicht immer richtig beschriftet  
gewesen sind, wodurch in der Zustellung Unliebsame  
und unerwünschte dienstliche Verzögerungen ent-  
standen.

(2) Um solche Auswirkungen zu vermeiden, ist es  
erforderlich, daß verschlossen oder verpackt dem  
Hauptbüro des RSHA. zugeleitete Sendungen in allen  
Fällen die richtige und vollständige Empfangs-

anschrift tragen. Daneben ist es notwendig, daß die  
verschlossen aufgelieferten Sendungen zum Nachweis  
ihrer Weitergabe seitens der Kurierstelle auf dem  
äußeren Umschlag oder Packmaterial in der linken  
oberen Ecke unter Beachtung der VS-Bestimmungen  
mit dem Geschäftszeichen der absendenden Dienst-  
stellen sowie des inliegenden Schriftgutes, z. B. III A 1  
Nr. 2111/42, versehen werden.

(3) Diese Anordnung ist zur Wahrung eines ord-  
nungsmäßigen Kurierverkehrs unbedingt zu beachten.  
An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 212.

## Verschiedenes

**Erholungs- und Kameradschaftsheim für Angehörige  
der Sicherheitspolizei und des SD.**

RdErl. des RSHA. vom 20. 7. 1942

— II C 3 Nr. 4103/42 —

### I.

**Erholungsheim in Weichsel.**

Das Heim in Weichsel ist am 1. 7. 1942 geschlossen  
worden.

### II.

**Haus Niederschlesien in Bad Altheide.**

(1) In dem bekannten Herzbad Altheide (Glatzer  
Bergland) wird an Stelle von Weichsel ein neues Heim  
eröffnet, das für Erholungssuchende günstiger ge-  
legen ist. Das Haus liegt inmitten eines großen  
Gartens am Ortsrande in unmittelbarer Nähe des  
Waldes. Altheide bietet Gelegenheit zu Bade- und  
Trinkkuren. Ferner können weite Spaziergänge und  
Wanderungen in das Gebirge unternommen werden.

(2) Das Haus ist noch im Aufbau begriffen, so daß  
vorläufig nur eine begrenzte Zahl von Erholung-  
suchenden aufgenommen werden kann. Es bietet spä-  
ter Aufnahme für etwa 40 Personen. Die entsprechen-  
den Aufenthaltsräume sowie eine große Liegehalle  
sind vorhanden.

(3) Der Tagespreis für volle Verpflegung und  
Unterkunft beträgt 3,50 bis 4,— RM, für Kinder von  
2 bis 6 Jahren 2,— RM, für Kinder von 6 bis 14 Jah-  
ren 3,— RM.

(4) Anmeldungen sind rechtzeitig vorher an die  
Staatspolizeileitstelle Breslau, Abt. I, zu richten. Die  
Aufnahme wird jeweils durch einen Einweisungs-  
schein bestätigt, der bei Eintreffen an die Verwalterin  
abzugeben ist.

### III.

Wegen der #-Schühütte am Lenzenberg  
(Riesengebirge), des Gästehauses in Berlin-  
Wannsee und weiterer Erholungsmöglichkeiten  
wird auf die RdErl. vom 14. 10. 1941 (Befehlsbl. S. 213),

vom 10. 11. 1940 (Befehlsbl. S. 159) und vom 30. 4. 1941  
(Befehlsbl. S. 79) verwiesen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 213.

### Verlust eines Dienstausweises.

RdErl. des RSHA. vom 27. 7. 1942 — I A 5 d Az. 2 492 —

Der am 24. 1. 1942 für #-Sturmtruppführer Josef  
Trittner, #-Nr. 309 695, erstellte rote Dienstausweis  
Nr. 24 020/42 ist vor Aushändigung verloren gegangen.  
Der Ausweis wird für ungültig erklärt. Bei Auf-  
findung wird um umgehende Einsendung an das  
Referat I A 5 des RSHA. gebeten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 213.

### Gauleiter der NSDAP.

(1) Zwecks Berichtigung der Anschriftenverzeich-  
nisse für persönliche Schreiben wird bekanntgegeben,  
daß als Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd  
(Bochum, Wilhelmstr. 15/17) seit Dezember 1941  
Pg. Paul Giesler eingesetzt worden ist. Die Lei-  
tung des Gaues Franken (Nürnberg, Schlageter-  
platz 5) hat Gauleiter-Stellvertreter Karl Holz über-  
nommen.

(2) Wegen Erkrankung des bayerischen Staats-  
ministers und Gauleiters Adolf Wagner in München  
hat der Führer den Gauleiter des Gaues Westfalen-  
Süd Paul Giesler mit der vertretungsweisen Füh-  
rung der Geschäfte des Gauleiters des Gaues München-  
Oberbayern sowie des bayerischen Staatsministers des  
Innern und des bayerischen Staatsministers für Unter-  
richt und Kultus beauftragt.

(II A 1 Nr. 435/42-160) — Befehlsblatt 1942 S. 213.

### Verschlusssachen-Anschriftenverzeichnis vom 1. 10. 1941 (2. Nachtrag).

Im 2. Nachtrag (Befehlsbl. S. 185) muß es unter  
Abschnitt III bei lfd. Nr. 16 wie folgt heißen:  
„Wiesbaden: #-Standartenf. (nicht Oberf.) Oberst  
d. Pol.“

(II A 1 Nr. 400 III/41) — Befehlsblatt 1942 S. 213.

## Personalmitteilungen

### Personalmitteilungen.

#### Reichssicherheitshauptamt.

**Einstellung:** die Reg.Räte Dr. Abshagen u. Dr.  
Lindstaedt.

**Ernannt zum Reg.Rat:** #-Hauptsturmführer Reg.Asses-  
sor Weirauch unter Aufhebg. d. Abordng. z. SD-  
Hauptamt;

zum Reg.u.Krim.-Rat: #-Hauptsturmführer Krim.Rat  
Dr. Menke;

zum Reg.Assessor: #-Hauptsturmführer Assessor  
Boßhammer;

zum Reg.Ob.Insp.: die Pol.Ob.Insp. Feußner u.  
Krabbe;

zum Pol.Ob.Insp.: die Pol.Insp. Rutsch u. Tho-  
mas;

zum Pol.Insp.: Pol.Sekr. Tischer.

**Versetzt:** #-Sturmtruppführer Reg.Rat Mohr n. Darm-  
stadt als Leiter d. Stapost. unter Aufhebg. d. Ab-  
ordng. z. EKdo. 6.

**Abgeordnet:** #-Sturmtruppführer Reg.Rat Fritz  
Schmidt z. EGr. C.

**Staatspolizei(leit)stellen.**

**Ernannt** zum Pol.Ob.Insp.: die Pol.Insp. Groß (Wien), Loose (Posen) u. Pettauer (Klagenfurt);

zum Pol.Insp.: Pol.Ob.Sektr. Spetling (Münster);

zum techn.Insp.: Techn.Ob.Sekr. Nekola (Wien).

**Versetzt:** #-Sturmchef Reg.Rat Weiß-Bolandt (Münster) zum RSHA. unter Aufhbg. d. Abordng. zur EGr. C, #-Sturmchef Reg.Rat Stüber (Hannover) nach Oppeln als komm.Leiter unter Aufhbg. d. Abordng. zur EGr. A;

die Pol.Ob.Insp. Mentel (Zichenau-Schröttersburg) nach Salzburg, Schwinn (Trier) nach Saarbrücken;

die Pol.Insp. Erich Müller (Hannover) u. Schön (Berlin) zum RSHA.

**Abgeordnet:** #-Sturmchef Reg.Rat Dr. Auinger (Wien) zur EGr. B als Führer des SdKdo. 7b; Pol.Ob.Insp. Paterjey (Hannover) nach Münster; die Pol.Insp. Heinrich Meier (Köln) nach Linz, Plodeck (Linz) nach Kattowitz.

Die Abordnung des #-Sturmchefs Reg.Rat Dr. Braune (Stapoleiter Halle) zur EGr. D ist aufgehoben.

**Entlassen:** Krim.Komm. Wilts (Frankfurt/M.).

**Kriminalpolizei(leit)stellen und Kriminalabteilungen.**

**Ernannt** zum Reg.u.Krim.Dir.: #-Obersturmchef Ob.Reg.u.Krim.Rat Schmitz-Voigt (München); zum Krim.Rat: #-Obersturmchef Krim.Komm. Dr. Martin (Bochum);

zum Krim.Komm.: Krim.Komm.a.Pr. Spengler (KPLSt. Berlin).

**Versetzt:** Krim.Komm. Carl Schäfer (Oberhausen) nach Sosnowitz.

**Berichtigung:** Im Befehlsblatt 1942 S. 170 muß es unter „Versetzt“ heißen: „Krim.Rat Riechmann (Offenbach) zur Stapoleit. Magdeburg“.

**SD.**

**Ernannt** zum Referenten: #-Hauptsturmchef Schuback (RSHA.-VI), #-Obersturmchef Selke (SD-LA. Königsberg-III D).

**Versetzt:** die #-Obersturmchef Dr. Otto Elsner zum SD.-A. Kiel, Heinz Schubert u. Walter Zimmermann zum RSHA.;

die #-Untersturmchef Frommeyer zum Kdr. Lublin, Horn zum SD-LA. Kattowitz u. Rudolf Müller zum SD-LA. Königsberg.

**Abgeordnet:** #-Obersturmchef Steimle (SD-LA. Stuttgart) zur EGr. C als Führer des Sd-Kdo. 4a.

**Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.**

**Ernannt** zum Krim.Rat: Krim.Komm. Robrade (KPLSt. Bremen);

zum techn. Sekr.: Krim.Ob.Assistent Werner Manhardt (Stapost. Chemnitz);

zum Krim.Ob.Assistenten: die Krim.Assistenten Hermann Krebs (Stapoleitst. Berlin) u. Alfred Voigt (Stapost. Chemnitz) unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit;

zum Krim.Assistenten: die apl. Krim.Assistenten Hermann Anderl (KPSt. Linz) u. Karl Schneider (KPLSt. München);

zum apl. Krim.Assistenten: Krim.AssistentenAnw. Hubert Moser (Stapost. Innsbruck).

— Befehlsblatt 1942 S. 213.